

Unsere Deutsche Heimat

Gesamtdeutsche Zeitung für Politik, Geschichte, Wirtschaft und Recht

BGD - Nachrichten für das ganze Deutschland
Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft
DIE NEUE DEUTSCHE MITTE

Ausgabe:
Mai - August 2017

Herausgeber:
Bund für Gesamtdeutschland

Jahrgang 2017 - Nr. 115

- Verlagsort: 40501 Düsseldorf, Postfach 11 01 35 -

<http://www.bgd1.com>

Im Laufe von 70 Jahren wurden wir Deutsche verkauft und verraten von der CDU bis zu den Sozialdemokraten

in der BRD an den Kapitalismus - in der DDR an den Kommunismus

Dies trifft nicht auf die SPD-ler der ersten Stunde zu, die nach Kriegsende, sich Ihrer Verantwortung bewußt, zu Wort meldeten, wie Carlo Schmid, der in seiner Rede im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 unter anderem ausführte:

**„Was heißt denn: Parlamentarischer Rat ?
Was heißt denn: Grundgesetz ?**

Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.

Was heißt aber Verfassung?

Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und Inhalte seiner politischen Existenz.

Diese Voraussetzungen treffen für den Parlamentarischen Rat nicht zu. **Ein freies Volk legt seine Entscheidungen nicht seinem Besieger zur Genehmigung vor!**

Dieses Damoklesschwert schwebte über unser deutsches Volk bereits seit Gründung der „Weimarer“ Republik. Auch damals hatte sich der Sozialdemokrat Friedrich Ebert gegen die freiheitbeschneidenden Forderungen der Alliierten zur Wehr gesetzt. Diese geschichtlichen, aufrechten SPDler mit der heutigen Mannschaft um Schultz und weitere vergleichen zu müssen, ist für jeden Deutschen eine schmerzliche Erfahrung.

Die CDU als die andere politische Kraft in der BRD hat sich seit der ersten Stunde dem Alliierten Diktat gebeugt.

Diese Unterwerfung ist feststellbar in einem Vergleich der Präambel in „**Die Verfassung des Deutschen Reiches**“ vom 11. August 1919:

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

und der

*Präambel des Grundgesetzes **für** die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949:*

***Präambel** [1) Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.*

Eine CDU-Ära begann mit der Wahl des ersten Bundeskanzlers für die Bundesrepublik Deutschland am 15. September 1949. Konrad Adenauer wurde mit einer Stimme Mehrheit, seiner eigenen, zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(weiter nächste Seite)

Mit Adenauer als Kanzler der BRD trat 1949 ein Politiker, aus den Tiefen eines Klosters, ans Licht der Öffentlichkeit, in dessen Brust mehrere Seelen schlummerten. Eine dieser Seelen hatten ihn wohl bewogen im Jahre 1923 Aktivitäten bei der separatistischen Bewegung einer Staatsgründung im Rheinland, abgelöst vom Deutschen Reich, seine Aufmerksamkeit zu widmen. Hier wurde bereits sein Nimbus als Fuchs begründet.

Den Alliierten Siegern paßte ein Politiker mit diesen Fähigkeiten ins Konzept. Galt es doch für den sich verstärkenden Kampf um die Weltherrschaft zwischen den USA und der UdSSR, alle Ressourcen an Material und Menschen zu aktivieren.

Am **7. Oktober 1949** wurde auf deutschem Gebiet, welches gemäß der Kraft des Siegers unter Kontrolle der UdSSR stand, eine Deutsche Demokratische Republik, die DDR, gegründet.

Wo in der BRD die absolute Macht der Sieger möglichst im Hintergrund wirkte, hatte die UdSSR keinerlei Bedenken, eine „Staatsgründung“ provisorisch vollziehen zu lassen um ein Jahr später, im **Oktober 1950, Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten zu ernennen.**

Das diese „Staatsgründungen“ auf dem Territorium des Zweiten Deutschen Reiches weder den Regeln des Völkerrechtes entsprachen war die eine Seite. Der Höhepunkt der Scheinheiligkeit besteht in den Beteuerungen „...*hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben*“

Auch in der DDR-Verfassung findet sich „...*hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.*“

Allein aus der Tatsache heraus, daß es das deutsche Volk nur einmal geben kann, somit beide „Staaten“ sich, wenn überhaupt, nur auf einen Teil des deutschen Volkes berufen könnten, beweist die Handschrift eines Sieger-Diktates, die weit über das Versailler Diktat hinaus eine freie Weltordnung abschüttelt wie ein Hund sein nasses Fell.

Regierungen in „Westdeutschland“ wurden in den vergangenen Jahrzehnten von unterschiedlichen Parteikonstellationen gebildet. „Verträge“ gaukelten uns Deutschen immer ein bißchen mehr an Souveränität vor. Dabei ist es eine Binsenweisheit, es gibt kein „bißchen Schwangerschaft“. Folglich gibt es auch nicht ein bißchen Souveränität. Das dies nicht in die Köpfe eines Volkes eindringen konnte, ist der **Umwandlung** geschuldet.

Umgewandelt wurde alles, worauf Menschen Einfluß hatten bzw. nehmen konnten. Aus dem Mittelalter, von der Gutsherren-Zeit, den intakten Familien - Frau, Mann und Kinder, der überwiegenden Ernährung aus der Landwirtschaft bis in die „Neuzeit“. Die Lebensumstände der Menschen paßten sich den Forderungen einer industriellen Entwicklung an. Das Handwerk aus dem Mittelalter verlor zum Teil seinen Wert als Puffer zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen.

Die industrielle Revolution breitete sich sprunghaft aus. Und mit ihr Reichtum und Armut. Ausbeutung und Ausgebeutete in einem „Arbeitskreislauf“.

Die Erwerbsmöglichkeiten konzentrierten sich in den Städten.

Um den durch die industrielle Revolution größer werdenden Ertrag entstanden Spannungen innerhalb unseres deutschen Volkes, genauso auch in den Völkern aus anderen Ländern.

Konnte der Gutsbesitzer, so er mit seinen Helfern lebte und nicht nur von ihnen, ein soziales Gefüge gestalten und erhalten, so gelang im Industriezeitalter nur wenigen „Konzernherren“ eine Balance zwischen Ausbeutung und Gewinn.

Auf der politischen Ebene vollzog sich diese Umwandlung mit. Von den Monarchen, die ebenfalls wie vormals die Gutsherren und mit Beginn der industriellen Revolution die Konzernherren, ein offenes Ohr für ihre Mitarbeiter hatten bis zu den Raffies dieser Welt, so gestaltete sich auch die politische Entwicklung hin zu den über „Wahlen“ in Machtpositionen gelangten Volksvertretern.

Die Konstellation, daß Fürsten, Könige und Kaiser über unterschiedlichste Völker herrschten und trotzdem oder gerade darum „ihre“ Völker benutzten, um gegeneinander Krieg zu führen, endete mit der Periode der Aufklärung.

Ab diesem Zeitpunkt sind es nun Volksvertreter die Völker mißbrauchen und, wenn es gerade mal so paßt, auch in Kriege führen. Wobei nicht das Führen bei unseren Vorfahren, den Germanen, gemeint ist. Nein, diese Volksvertreter sitzen alle weit ab entfernt vom Schuß! - Und sollte doch einmal die Situation eintreten, daß Atom-Bomben unseren Globus in seinen Urzustand versetzen, werden diese Zeitgenossen mit Sicherheit in einer Rakete zu einem Stern aus einer anderen Galaxie unterwegs sein. Wenn es möglich sein sollte - einfach den Stöpsel ziehen und die Luft ablassen.

Horst Zaborowski

Inhaltsverzeichnis

Seite	
1	Im Laufe von 70 Jahren... von Horst Zaborowski
3	Freunde der ersten Stunde... von Horst Zaborowski
4	Schriftwechsel Dr. du Buy und Dr. K.
8	Merkel am Ende Ihrer Karriere von Erwin Arlt
11	Leserbrief von Hartmut Schirmer, Aschersleben Leserbrief von Josef Schuh, Moers
12	Leserbrief von Gustav Pietsch, Lünen
13	Als Teil im Gefüge der Natur sind wir ihren Gesetzen verhaftet! Deutsche Politiker mit antideutschen Sprüchen
14	Erinnerungen an die geraubte Heimat Ostpreußen - Nidden am Kurischen Haff von Johannes Raddatz
18	Wie geht es in Deutschland weiter? von Johannes Raddatz
31	„Evet“ - Ja zu Erdogan bedeutet Heimkehr der Türken! von Erwin Arlt
33	Unsere Schlesische Heimat Kanzelverkündigung der westdeutschen Bischöfe vom 30. Januar 1946 zur Vertreibung
34	Der Heilsbringer - Mr. 100 % und Andere von Erwin Arlt
36	Aus unseren Veröffentlichungen im Internet für Freunde, die keinen Zugang zu unseren „Knackpunkten“ haben.
58	Unser Bund für Gesamtdeutschland (BGD) fordert die Einhaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.
59	Grundsatz-Programm der Partei: Aus dem Lande stammende Deutsche - Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft
60	Zeit für Entscheidungen !

Freunde der ersten Stunde und alle, die seit unserer Gründung am 10. August 1990 beigetreten sind.

Der uns gestellten Aufgabe sind wir in den vergangenen 27 Jahren treu geblieben.

Das Schwergewicht im ersten Jahrzehnt unseres Kampfes lag auf der Unterstützung unserer Freunde aus den Ostgebieten des Zweiten Deutschen Reiches.

Der Schmerz der Austreibung aus der Heimat hatte auch nach Jahrzehnten noch gebohrt.

Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß leider nur ein ganz kleiner Teil der Heimatvertriebenen den Mut und die Kraft aufbrachten, um für Ihr, und dies ist auch unserer aller Deutscher Recht, zu streiten. Die absolute Mehrheit glaubte den schönen Worten der sanften, friedfertig glaubenden und hoffenden Schicksalsgefährten.

Ab dem Zeitpunkt, als die **DM**, für deren Kraft und Stärke auch wir Heimatvertriebene unsere Lebensleistung eingesetzt hatten, uns genommen werden sollte, standen wir mit Plakaten und mit unseren Freunden monatelang auf Straßen und vielen Plätzen der BRD. -

Heute erkennen viele Deutsche, was ihr damaliges abseits stehen für eine Sprengwirkung entfaltete. Die gesamte EU ist gescheitert.

Die Bundestagswahl 2017 steht vor der Tür.

Als vorhersehbar ist davon auszugehen, daß einer nationalen Kraft eine geballte Umerziehungs- und Verräter-Clique gegenüberstehen wird.

Wir haben für die Zeit nach der Wahl Vorbereitungen getroffen.

Bitte, informieren Sie sich auf den Seiten 1 und 2 sowie auf den Seiten 58, 59 und 60.

Nur gemeinsam sind wir starkt.

Horst Erwin Zaborowski



Impressum - Herausgeber und Verlagsort: Bund für Gesamtdeutschland BGD ww.bgd1.com
Postfach 110135, 40501 Düsseldorf / **Schriftleitung:** Postfach 33, 06680 Teuchern, Gesamtverantwortung i.S.d.P. **Horst Zaborowski.**
Für eingesandte Manuskripte übernimmt der Verlag keine Haftung. Für namentlich gezeichnete Beiträge und für Leserbriefe übernimmt der jeweilige Verfasser die volle Verantwortung. - Erscheinungsweise: dreimal im Jahr. Bei Bedarf Sonderausgaben. Satzspiegel: 175 X 265 mm
Konten: Sparkasse KÖLN/BONN Konto-Nr.: **DE 60370501980031018674 BIC COLSDE33XXX**
Stadtparkasse Düsseldorf Konto-Nr.: **DE 80300501100015081789 BIC DUSSDEDD**

Freunde - Förderer - Mitglieder

Auf den nachfolgenden Seiten veröffentlichen wir eine grundsätzliche Diskussion zwischen Herrn du Buy und Herrn Dr. K.

Zu diesem Thema sind in der Vergangenheit in unserer Zeitung mehrere Berichte veröffentlicht worden. Jedoch - wie heißt der schöne Spruch:

Weiches Wasser bricht den Stein

Einen besonderen Wert stellen diese nachfolgenden Beiträge dar, weil Herr du Buy einerseits ein anerkannter Wissenschaftler und zudem noch, wie aus seinem Namen bereits ersichtlich, ein gebürtiger Niederländer ist.

Am 08.01.2017 um 17:08 schrieb Herr Dr. K.

Sehr geehrter Herr du Buy,
Ihr vorgebrachtes vertieftes Interesse an meiner Meinung, veranlaßt mich nun doch zu einer Antwort.

Sie haben mir zehn Lebensjahre voraus, die ich respektiere und ich bitte um Entschuldigung, daß ich erst jetzt reagiere. Ich bin Großvater von vier Enkeln, denen ich gerade an den Feiertagen meine Aufmerksamkeit widmen möchte, da ich bei den eigenen beiden Kindern oft die Arbeit dominieren ließ.

Nun zu einigen Gegenthesen:

1. „Solide rechtliche Grundlage“

Sie orientieren in zurückliegenden Schriften oft auf diese Position. Ich gehe aber davon aus, daß politische gesetzliche Festlegungen oft im Kontext der Zeit sich wandeln oder sogar nutzlos werden. Im Gegensatz zu objektiven Naturgesetzen, sind rechtliche - vom Menschen geschaffene Regelungen - mit einem Verfallsdatum verbunden, die der Nutzer aus seiner Sicht anerkennt oder bewahrt wissen möchte. Sie selbst erkennen diesen von Ihnen bedauerten Sachverhalt:

„Aber in der internationalen Politik gelten zwischenstaatlich vereinbarte Rechtsnormen erfahrungsgemäß nur so lange, wie sich diese mit aktueller politischer Opportunität vereinbaren läßt“.

In seiner Nobelpreisrede 1962 hat Linus Pauling (Chemiker) zum Thema „Neue Moral und internationales Recht“ konstatiert, daß die Kernspaltung uns zwingt „in eine neue Ära der Weltgeschichte einzutreten, in der die Weltprobleme in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht auf eine

Weise gelöst werden, die allen Generationen Gerechtigkeit widerfahren läßt und allen Menschen nützt.“ Das klingt auch jetzt nach Utopie, aber bewegt uns fort vom Verharren bei alten Verträgen, zu denen man erneut auf anderslautende Übereinkünfte verweisen kann. Er formuliert deshalb: „Sollen wir statt dessen den Tod wählen, weil wir unsere Streitigkeiten nicht vergessen können? Wir appellieren Menschen an Menschen: erinnert euch eurer Menschlichkeit und vergeßt das Übrige.“

2. Moralisch, ethische Grundlage

Unabhängig vom Glaubensbekenntnis, verfügt speziell die Kulturgeschichte Europas seit 2000 Jahren über einen verlässlichen Kompaß im Umgang mit den Mitmenschen, der uns über viele geschichtliche Perioden sicher geführt hat und hoffentlich weiter begleitet. Ich hoffe deshalb, daß die Bevölkerung in Deutschland, wenn sie selbst zu wenig Kinder aufwachsen läßt, dem Zustrom ausländischer Bürger mit Zuversicht, aber auch rechtlicher Konsequenz begegnet.

3. Polen und unser Bundespräsident

Ich finde, man kann die polnische Geschichte so werten, wie Sie es tun. Die Geschichte der Polen ist über 1000 Jahre eng mit Europa durch viele Hochs und Tiefs geprägt. Ich bewundere das slawische Volk, das - im Gegensatz zu Karthago - dreimal aufgeteilt zum Spielball der Europäischen Mächte wurde und sich nach 123 Jahren aus Fremdherrschaft konsolidierte. Polen bewahrte sich auch unter Vorherrschaft der UdSSR und der polnischen Kommunisten ein beispielhaftes Maß an Freiheit in der Kultur und Religion.

Deshalb war es kein Zufall, daß 1980 in Danzig die unabhängige Gewerkschaft „Solidarnosc“ entstand und die Erosion in Osteuropa einleitete.

Ich finde, das biblische Gebot „Du sollst nichts Falsches gegen deinen Nächsten aussagen“, kehrt sich eher gegen Sie!

Sehr geehrter Herr du Buy, ich danke Ihnen für die Vermittlung Ihres Standpunktes, aber ich hoffe auch, daß meine Betrachtung Sie inhaltlich erreicht. Von Herzen wünsche ich Ihrer Frau und Ihnen weiteres Interesse an unseren Belangen, aber besonders Gesundheit, um kritische Publikationen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K.

**Am 27.01.2017 um 23:00 schrieb
Dr. Frans du Buy:**

Sehr geehrter Herr Dr. K.

endlich komme ich dazu, auf Ihr Dankeschreiben vom 08.01.2017 zu meinen „Gedanken“ zu antworten.

Ich sage Ihnen nochmals meinen wohlgemeinten Dank für Ihre kritische Stellungnahme, worüber ich mich sehr gefreut habe.

Denn Kritik regt dazu an, seine eigenen Ansichten nochmals zu überdenken und, wenn nötig, neu zu formulieren. Leider habe ich auf meine „Gedanken...“ nur sehr wenige Reaktionen erhalten. Diese Erfahrung mache ich immer wieder auch bei anderen von mir verfaßten Stellungnahmen. Ein Grund dafür wird wohl sein, daß der Kreis der Bekannten, an den ich mich richte, nicht sehr groß ist und außerdem diese Bekannten in der übergroßen Mehrheit alt oder sogar sehr alt und demzufolge oft gar nicht mehr in der Lage sind, sich zu den Themen, die ich anzusprechen versuche, noch eingehend zu äußern.

Nun aber zur Sache:

Ich bin nicht so naiv oder weltfremd, zu meinen, daß einmal in nationalen Gesetzen oder in zwischenstaatlichen Verträgen festgelegte Rechtsnormen für alle Ewigkeit Geltung haben können oder gar müssen. Wir Menschen, wo immer wir auf der Welt leben, sind ständig dazu gezwungen, sich früher oder später ergebenden neuen Entwicklungen anzupassen.

Dazu brauchen wir auch eine Anpassung der Gesetzgebung oder zwischenstaatlich vertraglich festgelegte neue Vereinbarungen. Richtschnur dabei aber muß - meiner Meinung nach - immer die strikte Einhaltung von allgemein anerkannten Rechtsprinzipien sein. Auch Rechtsauffassungen können sich im Laufe der Zeit ändern und werden dies auch. Dann ist es auch für mich eine Selbstverständlichkeit, daß von Seiten der Politiker – allerdings unter strikter Beachtung ethischer Rechtsnormen - nach einer Neuformulierung gesucht und wenn man sich darüber einig geworden ist, eine solche Neuformulierung nicht nur vorgenommen werden sollte, sondern von allen Seiten auch beachtet und eingehalten werden müßte.

So verhält man sich in politischen Fragen leider nur selten oder gar nicht. Beispiel:

Aus Anlaß des Geschehens in der blutigen Schlacht bei Solferino (24.06.1859, Frankreich und Piemont versus Österreich) wurde im Jahre 1899 in Den Haag/Niederlande von mehreren Staaten das „Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ unterschrieben.

In Anbetracht der Tatsache, daß es „indessen nicht möglich war, sich schon jetzt (1899) über Bestimmungen zu einigen, die sich auf alle vorkommenden Fälle erstrecken“ - welche in ein vollständigeres Kriegsgesetzbuch festgelegt werden sollten - wurde von den hohen vertragschließenden Teilen (Parteien) am 18.10.1907 ein neues (IV.) Haager Abkommen vereinbart.

Dieses IV. Haager Abkommen erhielt eine Ergänzung mit dem „Genfer Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege“ (17.06.1925).

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind zusätzlich vier Genfer Rotkreuz-Abkommen (allesamt mit Datum des 12.08.1949) und ein Zusatzprotokoll, datiert 12.12.1977), hinzugekommen, die alle zum Ziel hatten, die Leiden der Menschen in Kriegsfällen zu lindern.

In der Praxis hat sich aber gezeigt, daß sämtliche kriegführenden Parteien sich ohne Skrupel über die in diesen Abkommen festgelegten Rechtsnormen hinweggesetzt und gemordet, geraubt, geplündert, vergewaltigt, nicht militärische Ziele bombardiert, zivile Wohngebiete mittels Feuerstürmen vernichtet und zielbewußt Kulturfrevel begangen haben. Das ist nicht nur erneut im Zweiten Weltkrieg geschehen, sondern geschieht bis zum heutigen Tage immer wieder.

So etwas, sehr geehrter Herr Dr. K., kritisiere ich. Denn ich empfinde es als völlig ungerecht, daß nur die von deutscher Seite im Ersten und Zweiten Weltkrieg angeblich oder tatsächlich in Wirklichkeit begangenen Kriegsverbrechen tagtäglich gebetsmühlenartig angeprangert werden, die von der Gegenseite begangenen Verbrechen jedoch mit Fleiß und eisigem Stillschweigen übergangen werden.

Es ist m. E. völlig berechtigt, die vom damaligen NS-Regime auf Grund seiner Rassenideologie praktizierte Auslöschung „minderwertiger Rassen“ abzulehnen und zu verurteilen. Aber es sollte dann

doch ebenfalls zwingend geboten sein, die von den damaligen Gegnern des Deutschen Reiches zielbewußt vorgenommene Vernichtung ganzer Städte zur Ermordung möglichst vieler Zivilisten anzuprangern und strafrechtlich zu verfolgen. Das jedoch ist leider nicht geschehen.

Hinzu kommt noch die Tatsache, daß die Prozesse der Siegermächte durch das Internationale Militärtribunal (IMT) ein Verstoß war gegen das vom italienischen Juristen Cesare Bonesano de Beccaria (1738-1794) in seiner Schrift „Dei delitti e delle pene“ erstmals formulierte Prinzip, daß keine Tat strafbar ist, wenn diese nicht bereits bevor sie begangen wurde, in einem Gesetz festgelegt und als strafbar umschrieben worden ist.

Die Normen, nachdem die Richter des IMT zu richten hatten, **wurden jedoch erst im Sommer 1945 als „Kriegsverbrechen“ festgelegt, also nachdem die im Namen des NS-Regimes begangenen Verbrechen begangen worden waren.**

Außerdem war die ganze Prozeßführung ein Spektakel, wo den „Richtern“ ihre primitivsten Gefühle hinsichtlich ihrer Auffassung von Rechtsnormen freien Lauf gelassen wurde.

Derartige Verbrechen, die von Seiten der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges gegen Deutsche und ihre damaligen Verbündeten begangen worden waren, wurden aber gar nicht geahndet. Es gab demzufolge auch keine Verurteilungen.

Ähnlich verhält es sich bei dem Vorgehen der westlichen Alliierten in dem seit Jahren andauernden Gemetzel im Nahen Osten. **Politiker sollten sich erst einmal eingehend mit der Geschichte dieser Regionen auseinandersetzen, bevor sie sich anmaßen, dazu berechtigt zu sein, darüber Entscheidungen zu treffen, wie diese Staaten regiert werden sollten oder Soldaten aus europäischen Staaten als Söldner in USA-Diensten dorthin zu entsenden.** Die katastrophalen Entwicklungen in den besagten Regionen sind die späte, aber jetzt noch immer nachwirkende Folge des Sykes-Picot-Abkommens vom 16.05.1916 zwischen Frankreich und England über die Teilung eines Teiles der Beute unter sich, nachdem das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg zerschlagen sein würde.

Hinzu kommt der unsinnige Friedensvertrag von Sèvres (10.08.1920) zwischen den damaligen Alliierten Frankreich, England und dem Völkerbund einerseits und dem Osmanischen Reiche andererseits. Auch dieser Vertrag kann in Anbetracht seines Inhalts genauso wie der „Versailler Friedensvertrag“ der damaligen Siegermächte mit dem Deutschen Reiche (28.06.1919) in Wirklichkeit nur als ein Diktat bezeichnet werden.

Schließlich sei hier noch auf diesbezügliche, auf der Konferenz von San Remo (19.-26.04.1920) getroffenen Entscheidungen und sowie auf die im Vertrag von Mosul (05.06.1926) zwischen England und der Türkei hingewiesen. Im letztgenanntem Vertrag mußte die Türkei die zwischen England und Frankreich die von diesen beiden letzterwähnten Staaten unter sich vereinbarten jeweiligen eigenen Einflußsphären anerkennen.

Nachdem England und Frankreich durch die beiden Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert ihre führende Position in Europa und anderswo in der Welt verloren hatten, traten an ihrer Stelle die USA und die Sowjetunion. Diese beiden „Supermächte“ übernahmen zum Teil oder ganz die Probleme, mit denen sich bis in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhundert vornehmlich England und Frankreich als Kolonialmächte in mehreren Teilen der Welt auseinanderzusetzen hatten.

Dies alles ist die Vorgeschichte und späte Folge wahnsinniger politischer Entscheidungen, die nach dem Ersten Weltkrieg von den damaligen Siegermächten getroffen worden waren, mit Gerechtigkeit aber nichts zu tun hatten.

Aus rechtlicher Sicht betrachtet, sind alle diese Abkommen und Verträge deshalb nur als rechtswidrige Entscheidungen zu betrachten.

Wenn nationale Gesetze oder zwischenstaatliche Verträge nur aus politisch-opportunistischen Überlegungen des Augenblicks verletzt werden, dann ist dies m. E. verwerflich. So etwas darf nicht hingenommen werden. Das verstehe ich unter einer „soliden rechtlichen Grundlage“.

Als weiteres Beispiel politischer Tricksereien - viele andere könnten noch weiter herangezogen werden - möchte ich auf die sog. Atlantic-Charta vom 14.08.1941 hinweisen. In dieser Charta legten **Winston Churchill und Franklin Delano**

Roosevelt ihre KRIEGSZIELE im Krieg gegen die Achsenmächte fest.

Die USA traten aber erst am **07.12.1941** in diesen Krieg ein und dies auch noch über den Umweg einer schon zuvor jahrelang von der USA-Regierung erfolglos geübten Provozierung Japans. Der letztgenannte Staat war damals ein halbherziger Verbündeter des Deutschen Reiches und Italiens. Roosevelt wählte diese List, um durch sie - den herausgeforderten „Überfall“ auf Pearl Harbour - zum von ihm sehnlichst gewünschten Krieg mit dem Deutschen Reich zu kommen.

Ich nehme an, sehr geehrter Herr Dr. K. , daß Sie den Text dieser acht Punkte der Atlantik-Charta kennen und auch Sie als Politiker die Schlußfolgerung gezogen haben, daß es sich bei dieser Charta nur um hohle Phrasen handelte, die bereits damals nicht seriös gemeint und deshalb bereits während des Zweiten Weltkrieges von den Gegnern des Deutschen Reiches nicht eingehalten wurden. Auch in den Jahren nach dem Sieg im Mai 1945 waren die in der besagten Charta enthaltenen hehren Ziele von den Siegermächten längst vergessen und sind daher von ihnen auch nicht angewandt worden.

Die übergroße Mehrheit der Deutschen - und übrigens auch alle andere Menschen in Europa - sind sich der Tatsache nicht bewußt, daß uns von Politikern so manches auf nationaler oder internationaler Ebene vorgegaukelt wird, was aus rechtlicher Sicht falsch und daher verwerflich ist.

Welcher Deutsche weiß z. B., daß das Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Wirklichkeit eine oktroyierte Verfassung ist. Das geht klar ersichtlich hervor aus der Überschrift dieses Grundgesetzes, in der geschrieben steht: „Grundgesetz **f ü r** die Bundesrepublik Deutschland“ und nicht „Grundgesetz **d e r** Bundesrepublik Deutschland“.

Außerdem hat sich längst erwiesen, daß mehrere Artikel dieses Grundgesetzes in Wirklichkeit nur leere Floskeln sind. Bereits die Präambel enthält die **unwahre Formulierung, daß „das deutsche Volk sich dieses Grundgesetz gegeben hat“.**

Diese Formulierung entspricht nicht den unwiderlegbaren Tatsachen. Denn die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die von den westlichen Besatzungsmächten in Deutschland den Auftrag bekommen hatten, eine Entwurf-Verfassung für die

staatliche Neugestaltung Westdeutschlands auszuarbeiten, **durften jedoch nur weisungsgebunden arbeiten und standen während der gesamten Prozedur unter der ständigen Kontrolle der besagten Besatzungsmächte.**

Auch die Formulierung, daß das deutsche Volk „sich dieses Grundgesetz gegeben hat“, entspricht keineswegs der damaligen Realität.

Das Grundgesetz wurde am **23.05.1949** proklamiert, die erste Bundestagwahl in der BRD fand aber erst im **August 1949** statt. Mit diesen nicht zu leugnenden Fakten haben die bundesdeutschen Politiker sich anscheinend nie näher auseinandergesetzt oder haben sich nie dazu veranlaßt gesehen, ihre Stimme gegen diesen merkwürdigen Vorgang zu erheben.

Wenn man die in dieser Frage bestehende Diskrepanz zwischen dem in der Präambel und jenem im Art. 146 des GG. enthalten Text hinzuzieht, wird die hier angesprochene heikle Frage noch klarer ersichtlich. In Art. 146 GG heißt es nämlich unmißverständlich:

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Hier ist zwar die Rede von einer freien Entscheidung des deutschen Volkes. **Diese freie Entscheidung aber ist nie getroffen worden.**

Das berechtigt zu der Frage, warum nicht?

Die Antwort kann nur lauten, daß das deutsche Volk in der Zeit bis zur Teilwiedervereinigung 1989/90 so erfolgreich von den westlichen Siegermächten umerzogen und derart zum politisch-korrekten Verhalten indoktriniert worden ist, daß seine Politiker es nicht wagten, die Einlösung des im Grundgesetz verankerten Versprechens zu fordern.

Liebe Leser - zur Information

Unser Bund für Gesamtdeutschland hat die Forderung nach Erfüllung GG Art. 146 öfter gestellt. Siehe Ztg. Nr. 114, Seite 30. Horst Zaborowski

Die Begründung vom damaligen Vorsitzenden des Parlamentarischen Rates, Carlo Schmid, warum das Endprodukt der Arbeit des besagten Rates „Grund-

gesetz“ und nicht „Verfassung“ genannt werden sollte, ist nicht stichhaltig. Die Worte „Verfassung“ und „Grundgesetz“ sind völlig identische Begriffe. Auch das Wörtchen „für“ in der Überschrift dieses Grundgesetzes ist vielsagend, aber deutsche Politiker stört dies nicht. **Sie geben sich damit zufrieden, wissen möglicherweise auch gar nicht, warum die Überschrift „Grundgesetz für und nicht der Bundesrepublik Deutschland“ lautet.**

Ich finde Ihren Hinweis, sehr geehrter Herr Dr. K., auf das, was Herr Linus Pauling in seiner Rede zum Thema „Neue Moral und internationales Recht“ ausgeführt hatte, nicht so glücklich. Hier verkürzt wiedergegeben, stellt Herr Pauling die Frage, ob im Falle von einem drohenden Konflikt, wobei die Verwendung von Kernwaffen nicht ausgeschlossen werden kann/soll, ob wir dann lieber den Tod wählen sollen anstatt Vertragsbruch hinzunehmen.

Muß man in so einem Fall, bevor eine gesetzlich oder vertraglich zu regelnde Materie in Angriff genommen wird, sich dann eigentlich nicht vorab die Frage stellen, inwieweit diese Materie, die bis dahin in nationalen Gesetzen festgelegt oder im zwischenstaatlichen Bereich vertraglich vereinbart worden war, von Anfang an als geltende Rechtsnorm auch wirklich ernstgemeint war, oder ob der Gedanke doch eigentlich immer nur als „Aktionismus“ in einem konkreten Fall mit nicht näher angegebenen Verfallsdatum zu betrachten sei?

Meine Bewunderung für das polnische Volk hält sich in Grenzen. Ich schätze die Hartnäckigkeit, womit dieses Volk in der Vergangenheit immer seine eigenen nationalen - oder auch nur seine vermeintlich eigenen nationalen Anliegen vertreten hat und auch heute noch weiter vertritt und verteidigt. Ob sein Eintreten für die Verwirklichung dieser Anliegen aber immer berechtigt war, steht auf einem anderen Blatt. Die polnische Geschichte kennt, - wie Sie mit vollster Berechtigung schreiben, viele Höhen und Tiefen. Aber nicht verschwiegen werden darf, daß viele dieser Höhen und Tiefen ihre Ursachen in den inneren Verhältnissen dieses Volkes in dem mehrmals wechselnden Umfang seines Staatsgebietes fanden.

Der polnische Adel hat das „einfache“ polnische Volk über lange Zeit in schändlichster Weise malträtirt.

Auch wie Warschau in den Jahren zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gegen das Deutsche Reich und gegen die Tschechoslowakei vorgegangen ist und in von Polen zur damaligen Zeit annektierten Teilen Weißrußlands und der Ukraine vorgegangen ist, kann gewiß nicht als ein Ruhmesblatt in der polnischen Geschichte gewertet werden.

Da könnte das NS-Regime so Einiges von den Polen gelernt und in die Praxis umgesetzt haben. In Warschau betrachtete man in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen die Existenz der Tschechoslowakei als ein vorübergehendes Übel, das eines Tages - in polnischem Sinne - aus dem Weg geräumt werden mußte. Nur Dank Hitlers erhielt Polen als Folge des „Münchner Abkommens“ vom **29.09.1938** die damals zur Tschechoslowakei gehörende Stadt Oderberg, die einen sowohl für Polen als auch für das Deutsche Reich wichtigen Bahnknotenpunkt hatte. Auch hier sich einmal mehr bewahrheitet, daß Macht leicht zum Mißbrauch verleitet.

Zum Schluß meiner Ausführungen als Reaktion auf Ihr E-Post-Schreiben vom 08.01.2017 hätte ich doch gerne von Ihnen Näheres darüber gewußt, wo Sie der Meinung sind, daß meine, sich auf einen konkreten Fall gezielte Bemerkung, daß man kein falsches Zeugnis ablegen sollte, sich Ihrer Meinung nach, mehr auf mich bezieht als auf die Person, die ich namentlich genannt hatte. Ich bin lernfähig!

Mit nochmaligem Dank für Ihre Kritik an meinen „Gedanken“ verbleibe ich,

mit freundlichem Gruß
Dr. Frans du Buy

Liebe Leser und Freunde!

Auf ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Dr. K.

Von einer Erde auf der alle Menschen glücklich und in Frieden leben, träumt nicht nur Herr Dr. K.

Realität ist: Seit Urzeiten bekämpften sich Menschen. Und Menschen werden sich auch weiterhin bekämpfen. Wer den Überlebenswillen, ganz gleich aus welchen Motiven schwächt, ist mitverantwortlich an den Toten, die ohne diese Schwächung nicht gestorben wären.

Horst Zaborowski

Merkel am Ende Ihrer Karriere

von Erwin Arlt

Ein Ruck sollte laut dem früheren Bundespräsidenten Roman Herzog durch die BRD gehen. Aber die deutschen Bürger ruckten nicht so recht!

Dafür machte „unsere“ Angela Merkel einen Ruck nach dem anderen und zwar immer in die gleiche Richtung, nämlich nach links, dort wo die SPD und die GRÜNEN sitzen.

Geht doch, wird sie sich gedacht haben, solange kein großes Geschrei und keine große Unruhe entstehen, machen wir so weiter und ein weiterer Ruck nach links wurde eingeleitet.

Bei jedem Ruck nach links lobte sie die gesamte westliche Welt, zumindest das Establishment.

Die US-Presse nahm sie auf die Titelseiten und sie wurde gar zur Politikerin des Jahres gekürt. Da muß doch der Eindruck entstehen, die politische Linie ist richtig!

Schließlich hat sie doch lange genug Schulungen in Sozialismus und Internationalismus, auf Parteihochschulen der SED und des mächtigsten Führungsstaates bei der KPdSU der Sowjetunion in Moskau genossen und mit Bravour absolviert. Wissend, daß jeder Ruck nur so weit gehen darf, daß der schlafende BRD-Bürger es garnicht so recht merkt.

Natürlich müssen dabei Themen wie Steuersenkung, Erhöhung der Löhne und auch der Klimawandel im Vordergrund stehen und in den Massenmedien entsprechend hochgepuscht werden. Der Bürger muß sich, besonders vor Wahlen mit den „richtigen“ Themen beschäftigen.

Mit dem so lebenswichtigen Thema, das den Deutschen auf den Nägeln brennt, der Masseneinwanderung aus aller Welt, sollen sich die BRD-Bürger am besten gar nicht oder nur ganz am Rande beschäftigen. Sollte es sich doch nicht verhindern lassen, so muß das Thema so positiv, wie nur irgend möglich, dargestellt werden. Straftaten wie am Hauptbahnhof in Köln an Silvester vorigen Jahres, müssen sofort dahingehend aufbereitet werden, daß es eben nur Einzeltäter waren, die ja aus einem ganz anderen „Kulturkreis“ kamen, wo „**ANTANZEN**“ ja wirklich das gleiche positive Tun ist, wie bei uns, Weihnachtslieder abzuspielen!

Gleichzeitig muß für das nächste Jahr klagemacht werden, daß das Singen unserer an und für sich Traditionswihnachtslieder, nun als Provokation wirkt auf die „armen und sexuell ausgehungerten Männer aus der 3. Welt“ und sich nicht mit unseren deutschen und europäischen Maßstäben messen läßt und daher richtig gehandelt wurde von der Justiz, wenn sie diese Leute in den Gerichtsverfahren freispricht oder erst garnicht anklagt.

Es muß daher den Frauen gesagt werden, daß sie eben den Platz meiden und allen, die meinen, bei diesen Menschen hätte Ehrlichkeit die gleiche Bedeutung, wie bei uns in Europa, sollen ebenfalls solche Straßen und Plätze umgehen, denn es könnte leicht sein, daß sie dann eben ihr Handy oder ihre Geldbörse vermissen.

Wenn Gehsteige ganz von Migrantanten besetzt sind, gebietet es die Höflichkeit, auszuweichen und dies natürlich mit einem fröhlichen Gesicht!

Sollten bei Demos von schwarzen Menschen Schilder - an und für sich strafbaren Inhalts gezeigt werden, wie etwa „**Wir bleiben auf jeden Fall hier oder Zuwanderung ist das Recht von Migrantanten**“ oder ähnlich, sind diese Schilder natürlich nicht durch die Polizei zu entfernen, sondern selbstverständlich die Demonstranten schwarzer Hautfarbe zu unterstützen und in ihrem „Recht“ auf Bleibe und Einwanderung.

Weisen Rechtspopulisten in einem ihrer Aufmärsche auf die Rechtslage hin, so ist diesen das Recht des Zeigens ihrer gestrigen Parolen zu untersagen. Bei Weigerung sind die Plakate und Spruchbänder „dieser Leute“ zu beschlagnahmen und wegen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Anzeige zu erstatten! Wie überhaupt Aufmärsche von Rechtspopulisten immer anmeldepflichtig sind, die der „armen Flüchtlinge“ natürlich keiner Genehmigung bedürfen!

Wo kämen wir auch hin, wenn sich die Deutschen mit Themen, wie Abschaffung der Völker, Länder und Staaten, eben der Nationen, beschäftigen würden und das noch vor wichtigen Wahlen!

Sicherheitshalber darf vor einer Wahl kein „Ruck nach links“ stattfinden, da hat doch Herr, Junker sicher Verständnis!

Ob also Hasch nach der Wahl freigegeben und sogar als Heilmittel dann von der Wiederkanzlerin be-

zeichnet wird, ist ja egal. Die Wahl hat doch der Kanzlerin Recht gegeben, die notwendigen Stimmen zur Mehrheit oder sagen wir, zur Bildung einer „Großen Koalition“, „wurden doch erreicht. Machen wir also weiter so und schon wird der nächste Ruck nach links angesteuert, ein gemeinsamer Finanzhaushalt muß her und ein europäisches, besser EU-Finanzministerium muß aufgebaut werden. Die EU braucht dringend die deutschen und anderen europäischen Steuerzahler.

Wenn vielleicht auch Wolfgang Schäuble dagegen ist, weil er ja seinen Posten dann verlieren würde, ist er in Pension zu schicken, denn die EU geht vor. Was die deutschen Steuerzahler dazu sagen werden, ist unerheblich, denn es dient ja einer höheren Maßnahme. Volksabstimmungen dazu, sind wie immer, zu verhindern!

Es wird sich auch sofort ein EU-Finanzminister finden, dort wird ja auch besser bezahlt.

Zwischendurch gibt die „Linksruck-Kanzlerin“ eine große Pressekonferenz und ein Interview für alle, Fernsehanstalten und Rundfunksender, das natürlich am nächsten Tag von der willigen Lizenz- und Systempresse groß auf den Titelseiten erscheint. Motto der Überschriften: „Endlich ein mutiger Schritt in die richtige Richtung „Vereinigte Staaten von Europa.“

Da soll einer nicht sagen, „dieses Land“ funktioniert nicht ganz prima!

Sollten irgendwelche „unbedeutenden Rechtsparteien“ und Populisten trotzdem dagegen sein und Unsinn in die Welt posaunen oder gar auf ihren Wahlplakaten rückwärtsgewandte Parolen zeigen, so haben doch die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern, die Möglichkeit, das zu verbieten.

Kundgebungen und Wahlversammlungen werden wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nun leichter verboten werden können.

Das Nichtverbot der rechtsextremistischen Partei NPD durch das BVerfG darf uns keinesfalls erschüttern.

Dann müssen eben andere Mittel und Wege gefunden werden, diese und andere „rechtsextremistische Umtriebe“, nach dem Vereinsrecht zu verbieten, im Vorfeld aber zu behindern.

Im schlimmsten Fall lassen wir das Problem durch die befreundete „antifa“ aus dem Haushalt, hier Ti-

tel „Kampf gegen Rechts“ zu erledigen - Motto „Nazis klatschen!“

Sie merken schon liebe Leser, wie diese Art zu denken schon verkommen ist und wie weit sich die leider noch maßgebenden Systemparteien schon von ihrem eigenen, dem deutschen Volk, entfernt haben. Diese Politiker brechen vielmehr andauernd ihren Eid, dem deutschen Volk zu dienen.

Lassen wir uns das nicht mehr gefallen!

Ein solcher Dienst ist, z.B. die deutschen Grenzen, so gut wie möglich, zu schützen.

Grenzschutz ist also Hilfe für das eigene Volk, es ist Heimatschutz!

Wenn von diesen amtsvergessenen und volksvergessenen Politikern argumentiert wird, daß das Wirtschaftswachstum durch diese illegalen Eindringlinge angekurbelt würde, so ist das noch lange kein Grund, Grenzen abzuschaffen oder ständig offen zu halten und nicht mehr zu kontrollieren.

Durch diese Zerstörer der Nationen, wird die organische Gemeinschaft des jeweiligen Volkes, unseres deutschen Volkes zerstört.

Diese Politik ist schärfsten zu bekämpfen!

Andere Politiker, vorwiegend von den GRÜNEN und der LINKEN, faseln, daß es ein Recht auf Zuwanderung und Überschreitung aller Grenzen gäbe, natürlich auch in die Sozialsysteme.

Nochmal - so entfernen sich diese Politiker immer mehr von denen, die zu vertreten, sie vorgeben.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß die Verwurzelung im Heimatboden, aus dem die Menschen stammen, den sie durch Abstammung tief in ihrer Seele tragen, gleichsam ein Abbild ihrer Landschaft mit der sie von Geburt an verwurzelt sind.

Diese Heimatverbundenheit prägt auch das Zusammenleben einer bestimmten Menschenart und prägt die Volkwerdung.

Jeder wird also verstehen, daß die Menschen im Senegal oder in Tschetschenien anders geprägt sind. und andere Lebensgewohnheiten, andere Werteordnungen haben.

Deshalb sind auch lange gepflegte Traditionen so wichtig für Heimat, Volk und Vaterland.

Halten wir also fest, die „Eine Welt“ - Politiker“

und die Globalisierer wollen die Entwurzelung der Menschen!

Da sind sie leichter hin und her zu schieben.

Die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge waren deshalb so gut wieder zu „integrieren“, weil sie gemeinsame Wurzeln, eine gemeinsame Kultur und Sprache hatten.

Schließen wir also die Betrachtung mit festen Grundsätzen für unsere Arbeit und auch für unser Leben damit ab:

Deshalb auch ist Angela Merkel, die Kanzlerin, „am Ende ihrer Karriere“, weil sie diese Grundsätze, auch noch vieles andere mehr, nicht beachtet und unser deutsches Volk ins Unglück und in die Auflösung führt.

**Dies klar festzustellen,
daran führt kein Weg vorbei!**

»Nation und Nationalbewußtsein sind für uns keine Begriffe der Vergangenheit.

Nur ein gesundes Nationalbewußtsein wird in der Zukunft die Völker vor der Vermassung und damit vor Beherrschung und Unterdrückung bewahren.

Im Prinzip ist es vollkommen gleich, ob diese Fesseln westlicher großkapitalistischer oder östlicher staatskapitalistischer Art sind.“



Leserbrief:

Hartmut Schirmer

Hellgraben 8, 06449 Aschersleben

Aschersleben, den 21.2.201

Herrn

Oberbürgermeister Hilbert

Rathaus

Rathausplatz

01067 Dresden

Betr.: Ihre Bemerkungen zu dem alliierten Luftangriff am 13.2.1945

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Anbei schicke ich Ihnen einen Ausdruck aus dem Internet.

Ich kann Ihnen nur sagen: „Hätten Sie geschwiegen, wären Sie ein Philosoph gewesen.“

Sie brauchen sich über gewisse Reaktionen nicht zu wundern. Diese „Kunst“ von Herrn Halbouni dürfte auch nicht gerade von den Dresdenern angenommen werden.

Als Teilnehmer des heutigen Gedenkmarsches möchte ich Ihnen empfehlen, deutsche Interessen und keine der alliierten Sieger von 1945 zu vertreten.

Andere Völker würden sich auch empören, wenn ihre Politiker fremde Interessen vertreten würden. Sie sollten in ruhiger Minute darüber nachdenken.

Mit freundlichem Gruß

gez. H. Schirmer



Herrn

Horst Zaborowski

Postfach 33

06680 Teuchern

Lieber Herr Zaborowski,

Ihr Bericht über die Vernichtung Dresdens 1945 ist der umfassendste, den ich bisher gefunden habe.

In den früheren Darstellungen selbst anerkannter Historiker ist die Tiefenwirkung des Feuers unbekannt.

Vergessen haben Sie, daß 20.000 Eheringe in Eimern gesammelt wurden, was die zuletzt im Fernsehen verkündete Opferzahl von 15.000 wertlos erscheinen läßt.

Quelle: Der Zweite Weltkrieg, Band 3, Seite 1131, vom Franzosen Raymond Cartier, Verlag Lingen.

Ich wünsche Ihnen eine lange erträgliche Gesundheit.

Moers, 3.2.2017

Ihr Josef Schuh,

Anton Viusstr. 5, 47441 Moers

iosef.schuh@t-online.de

Leserbrief:

Lünen d. 12.3.17

Sehr geehrter Herr Zaborowski!

Seit Jahren erbaue ich mich an Ihren Schriften und bewundere, Ihr, dem Erhalt unseres Gemeinwesens dienendes Schaffen! Ein gewaltiger Willensakt, der allein aus der Wahrheit gespeist wird:

„Erst dann, wenn ein Mensch unter einem Zustand leidet, wird ihm die Kraft offenbar, wirksam dagegen anzukämpfen!“ - Das trifft auch auf Sie, Herr Zaborowski, voll zu! Jeder, dem das Gemeinwesen noch am Herzen liegt, muß einem Feind widerstehen, der scheinbar unbesiegbar ist. Da dessen Merkmal, Heuchelei, Täuschung, Lüge und Betrug ist! Es ist die Geldmacht, die jeden Käuflichen zu kaufen vermag, um mit deren Hilfe den auszuschalten, der sich ihren Zielen verweigert! -

Wehe, wer dieser ins Gehege kommt! Ein, der Geldmacht nicht genehmes Wort genügt, dann werden all jene über den Täter herfallen, die in der Gunst der Geldmacht stehend, ihr, ihre Treue unter Beweis stellen! Also haben wir es nicht allein mit der Geldmacht zu tun, sondern auch mit der wesentlich größeren Masse derer, die von ihren Gönnern, für ihr völkervernichtendes Mitwirken, bezahlt werden!

Alle zielen auf Zerstörung Leben tragender Ordnung, auch Gutmenschen! Es ist doch ein Witz, daß gerade die Kräfte (Parteien usw.), die politisch mitmischen dürfen, alle auf der Seite derer stehen, die zur Durchsetzung ihrer Ziele, die Völker vernichten!

Während die Kräfte, die um der Zukunft ihrer Kinder willen, sich dem Gemeinwesen verpflichtet fühlen, im „Kampf gegen Rechts“ der Vernichtung preisgegeben werden!

Diese Entwicklung erfolgte von Oben nach Unten. Wer zum Beispiel Merkels Worte an ihren Taten mißt, erkennt, daß die Hinterhältigkeit dieser Frau durch nichts zu steigern ist!

Was muß in den Köpfen derer vorgehen, die das noch befürworten, was diese Frau an Verbrechen am Volk begangen hat und noch zu begehen bereit ist! Stünde diese Frau nicht unter dem Schutz der

Geldmacht, dann wäre sie längst weggefegt! **Denn für die Geldmacht ist diese Frau die Versicherung, zur Einbindung der Völker Europas, in deren Weltherrschaftssystem! - Also erstrebt sie dienstbeflissen, unsere Vernichtung!**

Doch alles kommt und alles geht! In der Situation sollten wir uns an das erinnern, was uns von Babel überliefert ist. Auch sie wollten einen Turm bauen, der bis in den Himmel ragt. - Doch plötzlich verwirrten sich ihre Stimmen!

Was war geschehen?

Man hatte, wie auch wir heute erkannt, die Entwicklung stagniert und streitet heftig über das „Wie weiter“. **Doch wer erkennt, daß die ungeheure, inzwischen das gesamte Erdenleben bedrohende Übermacht des Menschen zur Umwelt, nun dessen Entwicklungsumkehr erzwingen wird.**

Da der Mensch ein Teil im Gefüge der Natur ist, ist er auch ihren Gesetzen verhaftet! Ergo wird sich das, was sich zu Lasten der Umwelt, dem Wettbewerb zu entziehen vermochte, Lebensfähigkeit und Lebenswillen einbüßend, aus der Geschichte verabschieden!

Denn Leben ist das Spiel der Kräfte, im Rahmen tragbarer Ungleichgewichte. (Also das ständige Pendeln der Kräfte um das Gleichgewicht.) Wird dieser Rahmen aber, wie heute, im Zuge zunehmender Ungleichgewichte gesprengt, dann wird er vom Regelmechanismus der Natur, über Vernichtung des zu Übermacht Gelangten, wieder erzwungen!

Eine Lage, in der sich inzwischen nicht nur Europa befindet, sondern.....!

Das ist die Sicht der Dinge, eines 1920ers, der Ihnen diese in der Gewißheit anbietet: Der stets die Umwelt mißachtende, nur auf sich bezogene Mensch, wird nun zur Kasse gebeten!

In dem Sinne grüßt Sie herzlich

Gustav Pietsch, Lünen

Danke für Ihren Einsatz.

Leider sind wir aus der Erlebnisgeneration zwar der Zahl nach noch ein entscheidender Faktor, leider reicht nicht immer mehr die Gesundheit.

Trotzdem, wir werden Mahner bleiben - bis zuletzt.

Horst Zaborowski

1. Als Teil im Gefüge der Natur sind wir ihren Gesetzen verhaftet!

Doch alles gehorcht den zur Weltherrschaft drängelnden **Naturgesetzleugnern**. Die mit ihrem betrügerischen Geldsystem, die Völker unter ihren Willen zwingend, ihnen gewaltige Geldmengen abpreßt!

Und doch stehen Politiker, Parteien und Medien, zum Leid der Völker, **im Dienst der Geldkaste!** Die mit ihrem Einfluß, nun neue Arten zur Völkervernichtung (Gendermainstream usw.) fördert.

Und treibt auch, **Humanität heuchelnd**, in der Absicht, es zugrunde zu richten, **fremde Völkermassen in unser Land!**

Wer aber deren Treiben tadelt, wird Opfer aller, die mit Blick auf ihren Nutzen, der Geldkaste Linientreue beweisen wollen!

Und das nennt sich rechtstaatlich und demokratisch!

2. Der Zustand des Staates läßt Fragen aufkommen, wie:

Wie lange noch ist die Ordnung aufrecht zu erhalten, da die Regierung sie selbst untergräbt?

Wie lange noch halten die Finanzen die Wirtschaft am Leben, da der Staat doch bald an seinen Schulden erstickt?

Wie lange noch bestehen Gemeinwesen und Freiheit, da man beiden das Licht ausbläst?

Wie lange noch werden Menschen ihrer Tätigkeit nachgehen können, da das tödliche Chaos bald alles verschlingen wird?

Aber Aufrufen zur Selbsterhaltung begegnet die Regierung mit Strafen!

Doch überlebt ein Gemeinwesen, wenn die allein der Geldmacht verpflichtete Regierung, dessen Ableben erstrebt?

Und hier sind wir Bürger gefordert. Wir die wir jeden Tag, ein jeder nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten, dieses „Gemeinwesen“ am Leben halten.

Wir wollen Leben, menschenwürdig leben. Ein jeder, der uns daran hindert, ist unser Feind.

Feinde müssen bekämpft werden!

Die oder Wir!

Deutsche Politiker mit antideutschen Sprüchen

Konrad Adenauer am 30.08.1954 zum französischen Ministerpräsidenten Mendés-France:

„Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich.

Doch sind wir bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können. Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“

(Der Spiegel, Nr. 14/1979)

Helmut Kohl am 19.02.1976 im Bundestag

„Hier sitzt kein deutscher Nationalist...!, sondern ein engagierter Freund der polnischen Geschichte, der polnischen Zukunft und vor allem des polnischen Volkes.“ (Lexikon... , a.a.O., S.79)

Helmut Kohl im Herbst 1982:

„Einen deutschen Nationalstaat im Sinne Bismarcks wird es nicht mehr geben, weil niemand in Ost und West ein so wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Bewohnern will. Die Wiedervereinigung steht nicht auf der Tagesordnung der Geschichte“ (FAZ vom 19.11.1982)

Helmut Kohl bekannte 1986:

„Von der Idee eines deutschen Bundes halte ich nichts, meine Vorstellung, meine Vision, wenn Sie so wollen, geht in die Richtung einer politischen Einigung Europas.“ (Die Welt, 1.10.1986)

Und wer kennt nicht die **Kohl**'schen Lieblingsformeln:

„Kein Zurück zum Nationalstaat!“

„Kein rückwärtsgewandter Nationalismus!“

„Kein Nationalstaat wieder auf deutschem Boden“ („Mensch und Maß“, 9.9.1990, S. 780)

Dies ist der gleiche Bundeskanzler Helmut Kohl, der an dem Tag, als die Mauer zwischen DDR und BRD fiel, zu Verzichtsverhandlungen in Polen war, auf schnellstem Wege in die Bundesrepublik Deutschland zurückeilte, um sich dann als Kanzler der Einheit feiern zu lassen.

Sollte es in unserem deutschen Volk keine Politiker geben die eine Ehre im Leib haben?

Horst Zaborowski

Erinnerungen an die geraubte Heimat Ostpreußen

- Nidden am Kurischen Haff -

von Johannes Raddatz

Ostpreußen - „Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen“, zwischen Weichsel und Memel, zwischen der Ostsee und Johannisburger und Rominter Heide gelegen, war aus dem ehemal. Herzogtum Preußen hervorgegangen und kam bereits im Jahr 1618 an die brandenburgischen Hohenzollern. In der Zeit von 1722 bis 1740 siedelte Friedrich Wilhelm I. rund 29 000 Siedler, insbesondere vertriebene Salzburger Protestanten, in Ostpreußen an. Die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 im südlichen Ostpreußen hatte zwar ein überwältigendes Ergebnis für das Deutsche Reich gegen Polen ergeben, doch u.a. auch dessen ungeachtet waren schon seit dem „Friedens“-Diktat von Versailles im Jahr 1919 Ostpreußen und die Freie Stadt Danzig durch den Weichselkorridor - einem zwischen Hinterpommern und der Weichsel gelegenen, vorher zur preußischen Provinz Westpreußen gehörigen Landstreifen - vom übrigen Gebiet des Deutschen Reiches abgetrennt worden.

Eine Reise in das nunmehr vom Deutschen Reich abgetrennte Ostpreußen war seinerzeit alles andere als ein Vergnügen. Eine Fahrt mit der Deutschen Reichsbahn von Hinterpommern durch den Weichselkorridor nach Ostpreußen verlief in von außen verschlossenen Reisezugwagen - nicht selten von Schikanen der polnischen Machthaber begleitet oder sogar unterbrochen.

Im Jahr 1945 schließlich war das noch verbliebene Ostpreußen durch alliierte, völkerrechtswidrige Siegerwillkür Polen bzw. der damaligen Sowjetunion zugeschlagen worden.

Trotz eindeutiger Rechts- und Völkerrechtswidrigkeit steht Ostpreußen auch heute noch unter

polnischer bzw. russischer Verwaltung und ist somit immer noch nur ein Teil der Erinnerung an die geraubte Heimat - hier an die Kurische Nehrung und das Kurische Haff.

Die Kurische Nehrung, eine langgestreckte Landzunge, erstreckt sich über eine Länge von 98 km von Cranz bis nach Sandkrug, einem Badeort von Memel, wo das Kurische Haff durch das Memeler Tief mit der Ostsee verbunden ist.

Ganz besonders bekannt war die Kurische Nehrung durch Rossitten, im Süden gelegen, mit seiner berühmten Vogelwarte, weiterhin durch Nidden mit den bis zu 70 m hohen Dünen, den beliebten und bekannten Kur- und Badeort Schwarzort sowie schließlich den ebenso bekannten Ort Sandkrug, dem Badestrand von Memel, an der nördlichen Spitze der Kurischen Nehrung.

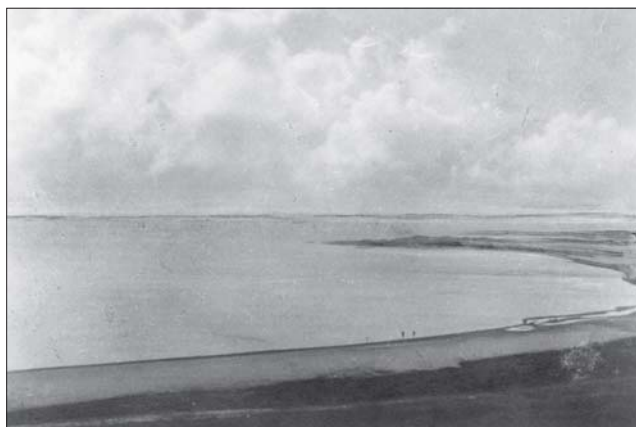
Die Kurische Nehrung trennt das Kurische Haff, einen von der Ostsee abgetrennten flachen Strandsee mit einer Länge von rund 90 km und einer Breite von bis zu 45 km, von der Ostsee.

Die bis zu 70 m hohen Dünen waren ein beliebter Ort für Segelflieger, jedoch noch bis in das 19. Jahrhundert, sind ganze Ansiedlungen den Wanderdünen zum Opfer gefallen und zugeschüttet worden.



Die hier gezeigten Bilder sind rund 80 Jahre, also mehr als ein dreiviertel Jahrhundert alt, haben Flucht und Vertreibung und ihre „Entsorgung“ aus Desinteresse nachfolgender Generationen überstanden.

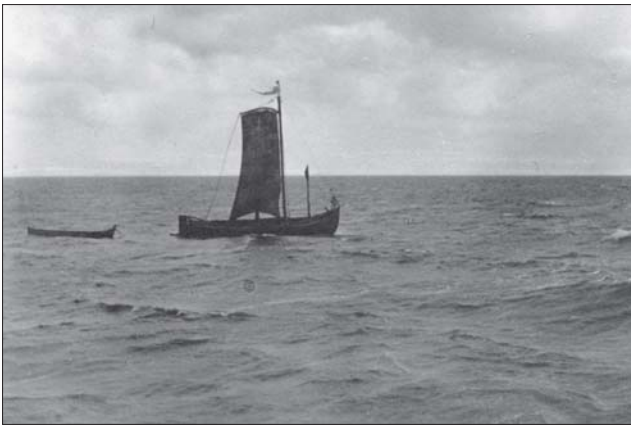
Aus diesen Gründen ist die Qualität aller dieser Bilder natürlich nicht mit dem Maßstab heutiger Photographien zu messen; als Erinnerung an die Heimat sind sie jedoch unersetzlich.



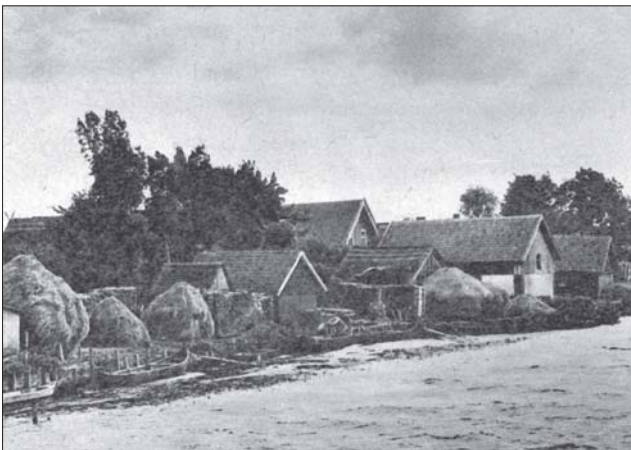
Blick auf Rossitten am Kurischen Haff.



Kurenkähne vor dem Hafen von Nidden.



Kurenkähne mit dem bunten Klicker an der Mastspitze, der dem Kahnführer die Windrichtung „verklickert“ (anzeigt).



Nidden auf der Kurischen Nehrung.



Fischer mit ihren Kähnen am Kurischen Haff.



Die Bewohner von Nidden - Fischermädchen und ein Elch.



Das Heu wird mit dem Kahn angelandet und mit dem Pferdefuhrwerk weitertransportiert.



Vom Kammweg auf den Dünen bietet sich ein herrlicher Blick auf die Ostsee zur einen und auf das Haff zur anderen Seite.



Die hohen Dünen waren ein beliebter und idealer Platz für den Start von Segelfliegern.



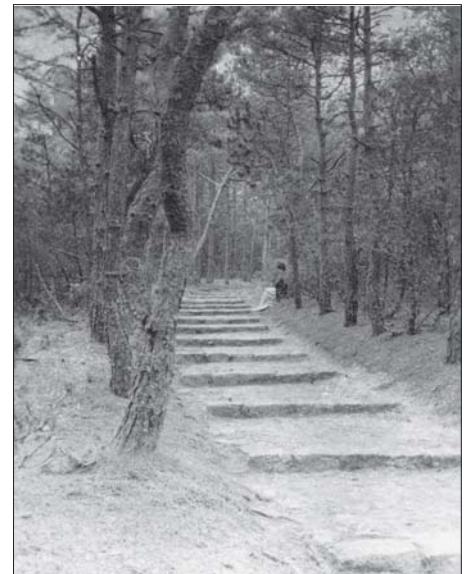
Geschmückte Wagen beim Umzug des Volksfestes.



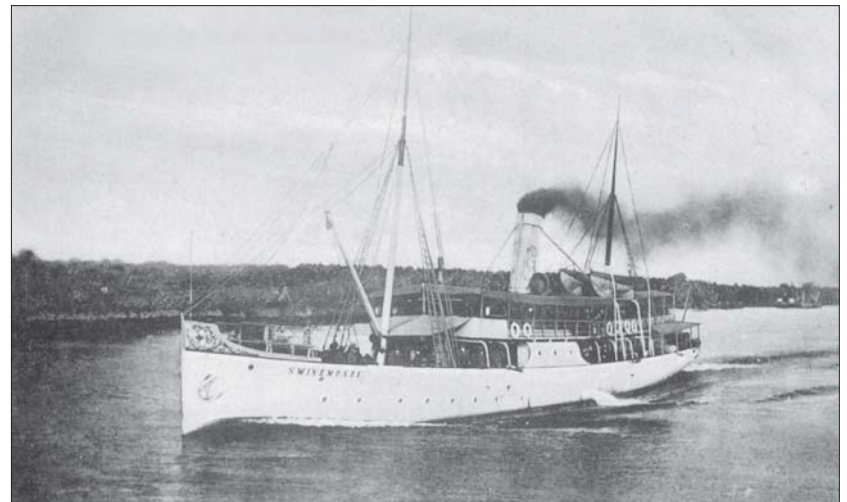
Bei den Badegästen beliebt - eine Fahrt mit der Pferdekutsche.



Am Abend geht es dann noch einmal zum Tanz auf dem Volksfest und am nächsten Tag folgt noch ein beliebter Ausritt auf dem Kammweg der Dünen.



Und dann geht man noch ein letztes Mal den Weg durch den herrlichen Kiefernwald und steigt die Stufen hinauf zur Düne.



Doch schließlich hilft alles nichts - die herrliche Zeit hier ist vergangen wie im Fluge; und mit dem „Seedienst Ostpreußen“, der Reedereien Hapag, Norddeutscher Lloyd und Braeunlich, geht es für die Badegäste auf dem Seeweg wieder zurück nach Hause.



Wie viele mußten unterdessen von uns gehen, ohne daß Ihnen für die geraubte und verlorene Heimat, für ihr gestohlenen Privateigentum oder gar für das Leid und die Verbrechen, die ihnen nach dem Kriege als völlig unbeteiligte Zivilisten zugefügt wurden, in irgend einer Form Gerechtigkeit widerfahren wäre und die bis zum letzten Atemzuge die dafür verantwortlichen Politiker aller „demokratischen“ Parteien bis in die Steinzeit verflucht haben!

Im Gegenteil - verlogene, heimatvergessene, ehr- und würdelose, der Rachejustiz der Sieger treu ergebene Politiker und andere üble Zeitgenossen, die all das nicht erleben mußten, erdreisten sich heute, darüber zu urteilen, die Betroffenen zu beschimpfen, zu beleidigen, als „Nazis“ und ewig Gestrige zu verleumden und zu diffamieren, ja gelegentlich sogar zu bedrohen - und das alles ist möglich in

einem (angeblich) **demokratischen Rechtsstaat!** Und nicht nur das, selbst die rund 300.000 elendig-lich verbrannten, verstümmelten und zu Asche verglühten Toten bei den verbrecherischen Bombenangriffen auf Dresden, einem vorsätzlich geplanten Völkermord an der Zivilbevölkerung, am 13. und 14. Februar 1945, als der Krieg längst entschieden war, werden auf 25.000 heruntergelogen. Aber schließlich waren das ja auch „nur“ Deutsche...! Und ich weis, wovon ich hier rede, denn alle meine Vorfahren mütterlicherseits, Großväter und Urgroßväter, stammen aus Dresden und väterlicherseits stammen alle meine Vorfahren aus Pommern, urkundlich nachgewiesen seit dem Jahre 1316. Doch eines vermögen heute alle nicht: **„Aus dem Paradies der Erinnerungen“ können uns selbst die widerwärtigsten Zeitgenossen nicht vertreiben!**

Wie geht es in Deutschland weiter?

vor bzw. nach den Wahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein, in NRW und nach der Bundestagswahl

von Johannes Raddatz

Ein alter Mensch, der drei Staatsformen in Deutschland erlebt hat, das Großdeutsche Reich, die Sowjetische Besatzungszone als Vorläufer der DDR und schließlich die BRD, schaut aus aktuellem Anlaß hier einmal zurückblickend auf die vergangenen Jahrzehnte und geht dabei der in der Überschrift gestellten Frage nach.

Kurz vor Beginn der Verhandlungen zum EU-Austritt Großbritanniens haben sich Ende März 2017 in Rom die 27 Vertreter der (noch) verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten „feierlich“ versammelt und eine Erklärung zur Zukunft der EU - man höre und staune und kann es kaum glauben, daß so viel Unverfrorenheit denkbar ist - in „**Frieden, Freiheit und Wohlstand**“ unterzeichnet.

Was die Unterzeichner allerdings nicht erläutert haben, ist, wo auf der Welt denn wohl überhaupt noch Frieden herrscht, angesichts von weit über 100 Kriegs-, Konflikt-, Terror- und Hungersnotgebieten weltweit - und das, obwohl doch angeblich einzig und allein immer nur Deutschland für alle Kriege und alles Leid der Welt jemals verantwortlich gewesen ist.

Weiterhin fehlt die Erklärung, für wen hier wohl Freiheit zugesichert wird!

Freiheit für die Großkonzerne, ihre Milliarden-Gewinne in Steueroasen zu verschieben, um sich „arm“ zu rechnen und auf Kosten der Menschen, der Umwelt und nachfolgender Generationen ihren dreckigen Profit ins Uferlose zu treiben?

Für die Freiheit der längst schon allgemein und landesweit als „Lügenpresse“ eingestuften Medien, Tatsachen zu verdrehen, zu verschweigen, dagegen jedoch eindeutige Lügen als „historische Wahrheit“ zu verbreiten?

So z.B. die nachweislich 300 000 Toten bei den verbrecherischen Bombenangriffen auf wehrlose Zivilisten in Dresden, die in schamlosester und menschenverachtendster Weise immer wieder aufs Neue und wider besseres Wissen auf 25 000 herunter gelogen werden?

Für die Freiheit der Andersdenkenden (da ja lt. kommunistischer Weltanschauung „Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist“) die sich gegen die Unterdrückung ihrer Lebensinteressen, gegen ihre schamlose Bevormundung durch eine völlig von jeder Normalität abgehobenen EU-Politclique und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Fracking, Pestizide, zerstörerische Monokulturen, Genmanipulation mit unvorhersehbaren Folgen,

eklatante Verbrechen gegen die Tierwelt und die Natur, einzig und allein aus Gründen der maßlosen Profitgier weltweiter Großkonzerne?

Freiheit für den ausgeferten Atom-Wahnsinn und, und und....? Man könnte diese Liste nahezu unendlich fortsetzen.

Die allergrößte Unverfrorenheit dieser 27 Unterzeichner jedoch ist „das erneuerte Versprechen“ auf **Wohlstand...!**

Wohlstand für wen? Für die herrschenden Politcliquen, die sich auf schamloseste und unverfrorenste Art und Weise am Volksvermögen bereichern, indem sie fortlaufend ihre Bezüge erhöhen, erhöhen und nochmals erhöhen, während Millionen schuldlos arbeitslos gewordener Menschen, Kranke und Rentner und sogar solche, die trotz einer 40-Stunden-Arbeitswoche nicht von ihrem Lohn leben können und zusätzlich Hartz IV beziehen müssen - die sogenannten Aufstocker, am unteren Rand des Existenzminimums dahinvegetieren müssen?

Wohlstand für diejenigen der BRD-„Wohlstandsgesellschaft“, die in Containern nach von den Handelsketten „entsorgten“ Lebensmitteln suchen müssen und dafür dann auch noch wegen Diebstahls vor Gericht belangt werden - und das von Richtern mit, je nachdem, einem monatlichen Einkommen zwischen 8 000 und 25 000 Euro?

Oder Wohlstand für diejenigen, die in den Städten alle Müllbehälter nach leeren Flaschen und Büchsen absuchen, um sich so ein paar Pfennige - Verzeihung ... ein paar Cent zu „verdienen“?

Oder etwa gar „Wohlstand“ für die 20 Millionen Menschen, zum großen Teil Kinder, die lt. UNO und DRK in der größten Hungerkatastrophe der Welt vom Tode bedroht sind?

Und dazu sind natürlich wieder die Menschen zu Spenden aufgerufen, während von allen Staaten und deren politisch Verantwortlichen die Milliarden für Rüstung, Krieg, völlig sinnlose „Weltraum-Abenteuer“, die auch wieder nur dem militärischen Machtstreben dienen und für sonst was noch alles nur so hinausgeschmissen werden.

Das alles allein ist schon eine Schande für einen Staat, dessen Politiker die Stirn besitzen, diesen Staat als „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ zu bezeichnen. Dann aber auch noch heuchlerisch und geradezu schamlos die Ärmsten der Armen in diesen verkommenen Gesellschaftsordnungen glattweg zu verhöhnen, indem man ein „Versprechen für Wohlstand“ unterzeichnet, ist der absolute Gipfel dessen, was sich die Herrschenden der „demokratischen“ Parteien überhaupt leisten können!

Und das natürlich ganz sicher vor und nach mehreren überaus üppigen „Festgelagen“ auf Kosten der Steuerzahler - anlässlich der Unterzeichnung derart schamloser und verlogener Versprechungen.

EU-Kommissionspräsident Juncker nannte den bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU eine Tragödie und bemerkte dazu: „Das ist ein trauriger Vorgang. Ich finde mich eigentlich nicht damit ab, daß die Briten aus der Europäischen Union austreten.“

Und weiterhin prophezeite er der EU eine große Zukunft und erklärte vor dem „Festakt“: „Es wird einen 100. Geburtstag der Europäischen Union geben“.

Hatten wir das nicht schon einmal in Europa, daß uns jemand ein allerdings „Tausendjähriges Reich“ prophezeit hat...?!

Und Ratspräsident Tusk setzte dem noch einen drauf, indem er zum Besten gab: „Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde. Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu besegeln, eine neue Welt zu entdecken.“

Doch diese Nationen in der EU sind, wie unterdessen zweifelsfrei feststeht, so „frei“, daß sie sich seit Jahren bzw. schon Jahrzehnten pausenlos von den schwachsinnigsten Verordnungen und Vorschriften dieser EU schikanieren, entmündigen und bevormunden lassen müssen.

Und diese Nationen waren auch bisher so „frei“, daß kein Mensch in diesen „freien Nationen“ von den herrschenden Politikern jemals befragt wurde, ob sie sich diesem nur sinnlos Milliarden verschlingenden, nichtsnutzigen Moloch EU überhaupt haben anschließen wollen.

Und wenn sich die Menschen dann besinnen, was man ihnen mit dieser EU eingebrockt hat und diesen Wahnsinn verlassen wollen, dann werden solche „freien Nationen“ von Seiten dieser EU in je-

der nur denkbaren Weise glattweg bedroht und mit den unverschämtesten finanziellen Forderungen konfrontiert.

Und dazu kommt auch noch, daß alle diejenigen, die sich diesem EU-Wahnsinn nicht mehr länger beugen wollen, verunglimpft, denunziert, oder urplötzlich mit allen möglichen Sanktionen belegt werden - siehe dazu die Aufhebung der Immunität der französischen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen durch das EU-Parlament und deren Verunglimpfung als „EU-Feindin“.

Und ebenso urplötzlich findet sich dann auch eine Anschuldigung gegen sie wegen einer bereits Jahre zurückliegenden online-Veröffentlichung „gewaltverherrlichender Bilder“ durch Marine Le Pen, von Bildern, die in anderen Medien bereits vor Jahren öffentlich zu sehen waren.

Aber - auch hier könnte man die Liste nahezu unendlich fortsetzen, so z.B. mit der jüngsten Forderung eines Bundestagspräsidenten Lammers, der nun ganz plötzlich den Alterspräsidenten des Bundestages nach seinen „Dienstjahren“ und von der Politik „erfahrenen“ Abgeordneten, an Stelle nach dem Lebensalter bestimmen möchte.

Damit zeigt sich die unbeschreibliche Furcht und die panische Angst der etablierten Herrschenden vor politisch Andersdenkenden, wie z.B. der AfD, die nunmehr mit einem ihrer Landesvorsitzenden den Alterspräsidenten des Bundestages stellen könnte und somit die AfD nun natürlich mit allen denkbaren „demokratischen Mitteln“ dieses „demokratischen Rechtsstaates“ bekämpft werden muß.

Denn hier zeigt es sich ja, daß tatsächlich eine unmittelbare Gefahr nicht nur hin zu einem längst überfälligen politischen Kurswechsel, sondern auch für die eigenen fetten Pfründe besteht, an die man sich in den vergangenen Jahrzehnten doch so schön und „unveränderbar“ gewöhnt hat...!

Und ein Kanzleramtsminister Altmaier (CDU) versteigt sich sogar zu der Aussage, „eine Partei - in diesem Falle DIE LINKE - sei weder auf Bundes- noch auf Landesebene regierungsfähig, weil sie die EU und die Nato ablehnt“.

Noch unverschämter, selbtherrlicher und in geradezu unübertrefflicher Selbstüberschätzung kann ein Vertreter der CDU sich und seine Partei, eine (angeblich) **christliche und demokratische** Partei, wohl wirklich nicht mehr darstellen. Und demzufolge ist auch vorhersehbar, was in Zukunft von diesen „Demokraten“ in der CDU zu erwarten ist.

In das gleiche Horn hat dann aber auch gleich CDU-Vize Armin Laschet in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk geblasen, wo er lauthals und selbstherrlich verkündete:

„mit der CDU werde es niemals Volksentscheide geben“

und wie gut er doch die „repräsentative Demokratie“ findet, in der seinem „Demokratieverständnis“ nach Demokratie allerdings nur dann Demokratie ist, wenn sie von den gerade herrschenden Parteipolitikern bestimmt wird - **der oberste Souverän des Staates, das Volk**, davon aber ausgeschlossen bleibt und entmündigt ist.

Doch siehe da - es stehen Wahlen vor der Tür - und die CDU besinnt sich scheinbar wieder einmal auf Ihre Wähler....!

Unter „Meine Idee für Deutschland“ heißt es im April 2017 (man möchte es fast für einen verspäteten Aprilscherz halten!) unter dem Link:

<https://www.cdu.de/schreibe-zukunft>

„Wir suchen Ihre Idee für Deutschland. Jeder gute Gedanke zählt. Ihre Erfahrung ist uns wichtig. Schreiben Sie mit am Regierungsprogramm der CDU zur Bundestagswahl am 24. September. Schicken Sie uns Ihre Anregungen bis zum 28. April 2017.

Vielen Dank! Ihre CDU Deutschlands“

Allerdings - mehr als 2000 Zeichen sind als Vorschlag in dem hierfür zur Verfügung stehenden Rahmen nicht möglich und allein deswegen sollte es für einen jeden ersichtlich sein, wie „unerhört wichtig“ es der CDU in Wirklichkeit sein dürfte, ihr Ohr einmal dem Wähler zu leihen.

Volksentscheide und Volksinitiativen fördern aber nicht nur Verantwortung und Solidarität, die unsere Gesellschaft so dringend benötigen würden, sie sind auch ein unerläßliches Instrument der Einmischung des obersten Souveräns, des Volkes, in Entscheidungen von politischer Tragweite, die uns alle und zukünftige Generationen betreffen.

„Wegen der rasant steigenden Armut - Kinderarmut, Altersarmut, der ebenso rasant steigenden Umweltzerstörung usw. funktioniert Demokratie nur dann, wenn wir uns stets in unsere eigenen Angelegenheiten einmischen“, so der Schweizer Schriftsteller Max Frisch.

Ein Artikel der NEUEN ZÜRICHER ZEITUNG vom 10.01.2017 mit dem Titel „Regiere dich selbst!“ beschreibt klar und deutlich die totalen Funktionsstörungen der repräsentativen Demokratien (auszugsweise) so:

„Zwischen den Bürgern und den politischen Geschäften einer repräsentativen Demokratie steht eine Schicht von Repräsentanten, die, wie die Aristokratie, der sie in Europa nachgerückt sind, von ihren Privilegien leben.

Naturgemäß suchen sie ihre Wiederwahl durch Gefälligkeiten an ihre Klientel zu fördern. Und die Summe all dieser Gefälligkeiten schlägt sich in unhaltbarer Überschuldung und einem überdimensionierten Staatsapparat nieder....

Repräsentanten halten das Volk für unfähig zu politischen Entscheidungen mit großer Tragweite - als ob eine Präsidentenwahl keine Tragweite hätte. Dabei ist das Schwierigste in repräsentativen Republiken die Parteitaktik: Wie kann eine plausible Sache als Eigengewächs befördert und zugleich der Gegenpartei eins ausgewischt werden?

Oder schärfer und in den letzten acht Jahren in den USA realer Horror: Wie kann die Gegenpartei an jeglichem Erfolg gehindert werden?“

Und auch aus aktuellem Anlaß - dem erneut vorgenommenem Irrsinn der Zeitumstellung auf die sogenannte „Sommerzeit“ - hier eine Anmerkung dazu, daß sich die herrschenden Parteipolitiker und „Demokraten“ geradezu einen feuchten Dreck um Volkes Wille scheren:

Zufolge einer aktuellen und repräsentativen Umfrage von You Goo sind mehr als 60 % der Menschen in Deutschland **eindeutig gegen** einen solchen abartigen und völlig unnatürlichen Eingriff der Menschen bzw. der herrschenden Politcliquen in den tagtäglichen Zeitablauf, der längst schon nachgewiesenermaßen keinerlei Vorteile in sich birgt, sondern nur eindeutige Nachteile für das Wohlbefinden von Mensch und Tier mit sich bringt; und auch von einer dadurch angeblichen Energieeinsparung ist nichts weiter als das Wunschdenken derer geblieben, die einen solchen Schwachsinn ausgeschwitzt haben.

Zum weiteren ist aber auch zu fragen, wie sich die „demokratischen“ Parteien denn überhaupt zu einer solchen Maßnahme der „Zeitumstellung“ durchringen konnten, da doch schon zu Zeiten von „Adolf

selig“ ab 1940 ein derartiger Blödsinn verfügt wurde und - ob das denn, nach Lesart und ähnlichen, schon zum Überdruß geäußerten Befürchtungen dieser „Demokraten“ nicht gar „zu Assoziationen zum Nationalsozialismus“ führen könnte...?!

Doch so weit scheint das Denk- und Vorstellungsvermögen dieser „Demokraten“ dann wohl doch nicht zu reichen.

In alle dem zeigt sich aber immer deutlicher und offener die häßliche Fratze der herrschenden „repräsentativen Demokratie“ und deren „ewiger Berufsparteipolitiker“, die in fast schon unbeschreiblicher Selbstherrlichkeit und in nicht mehr zu überbietender Selbstüberschätzung nichts, aber auch gar nichts neben sich dulden wollen.

Doch auch das alles wird schließlich und endlich nicht verhindern können, daß die Menschen - möglicherweise sogar schon sehr bald - aufwachen und feststellen werden, von wem sie hier seit Jahren für dumm verkauft, schikaniert, entmündigt und bevormundet - und nicht zuletzt auch noch finanziell ausgeplündert, um ihre Ersparnisse und, im ganzen Gegenteil zu den Herrschenden, auch noch um ihre Altersvorsorge gebracht werden!

So läuft seit Anfang 2017 u.v.a. eine Volksinitiative gegen CETA in Schleswig-Holstein, bei der alle unterschreiben können, die zur nächsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sind, ebenso läuft in Bayern ein entsprechendes Volksbegehren.

Auch in NRW wurden eine Volksinitiative und in Baden-Württemberg ein Volksantrag gegen CETA ins Leben gerufen. Dort können sich alle Bewohner in Unterschriftenlisten eintragen.

Die Aktion der Musiklehrerein Marianne Grimmenstein aus Lüdenscheid gegen CETA und ihre entsprechenden Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht sind unterdessen ja fast schon legendär.

Alle derartigen „Verträge“, TTIP, CETA usw. , die keine Verträge sind, sondern auf Grund von völlig undurchsichtigen Geheimverhandlungen zwischen EU-Politikern, die noch nicht einmal eine wirklich demokratische Legitimation besitzen, und Großkonzernen der Wirtschaft sind als sogenannte Freihandelsabkommen völlig fehl bezeichnete „Verträge“ und sind zu fast schon mittelalterlich anmutenden **Symbolen für die Macht der Herrschenden und die Ohnmacht der Beherrschten**, sowie zu **Symbolen von Wirtschaftslobbyismus und Geheimpolitik der EU-Oberen** geworden.

Doch auch hier offenbart sich ein weiteres Mal die Rechts- und Gesetzeswidrigkeit des Handelns der herrschende Politikaste, die das diesbezügliche Urteil durch das BVG, **obwohl das als solches absolut bindende Gesetzeskraft hat (!)** - in nur noch staats- und politikkriminell zu bezeichnender Weise mißachtet und ignoriert und entgegen den eindeutigen Forderungen des BVG, daß unter anderen Forderungen, **„ein solcher Vertrag auch kündbar sein muß“**, und **gegen Volkes Wille** dieses schandvolle Machwerk CETA in der EU unterzeichnet hat.

Selbst junge Menschen, wie z.B. die Schüler Nils und Ludwig im Alter von 13 und 15 Jahren aus der Nähe von Stuttgart haben über die Petitionsplattform change.org eine Kampagne gegen CETA gestartet, die bis Ende März 2017 bereits von über 60 000 Menschen unterzeichnet wurde und die den Ministerpräsident Kretschmann von den GRÜNEN auffordert, sein Versprechen zu halten und CETA im Bundesrat abzulehnen.

Damit erweisen sich zwei Schüler als schlauer, einsichtiger und vernunftbegabter als die herrschenden Polit-„Eliten“ im Bundestag und in den Länderparlamenten. Noch erbärmlicher können sich die herrschenden Politiker der „demokratischen“ Parteien nicht mehr blamieren - gegenüber zwei jungen Menschen, denen mit derart verbrecherischen Knebelungs-„Verträgen“ wie CETA ihre Zukunft ruiniert oder sogar ganz und gar gestohlen wird!

Doch all das wird von den herrschenden Parteipolitikern der „demokratischen“ Parteien ignoriert, verteufelt und mit allen nur erdenklichen „rechtsstaatlichen“ Mitteln zu verhindern versucht.

Die Mißachtung der Mehrheitsinteressen des deutschen Volkes durch die herrschenden Parteipolitiker empfinden die Menschen längst schon als ihre ganz persönliche Mißachtung.

Die Menschen fühlen sich zu recht im Stich gelassen, belogen und betrogen in jeder nur denkbaren Weise - durch Arbeitslosigkeit, Kostensteigerung wo man nur hinschaut, Explosion der Mieten, Altersarmut, Kinderarmut, Übervölkerung durch „andere Kulturen“ und, und, und... und sie bemerken, daß sich die herrschenden Parteipolitiker längst schon von jeglicher Realität in unserem Land restlos entfernt haben und nur noch in einer eigenen, „unantastbaren“ und völlig abgehobenen Welt le-

ben, in der sie ihren eigenen Wohlstand selber bestimmen und gesetzlich festschreiben dürfen.

Wie heißt es dazu doch so treffend bei Gabor Steingart vom „Handelsblatt“: Weltbeben, Knaus 2016): **„Realität ist für viele Politiker nur noch ein Rohstoff, der entsprechend ihrer Interessen verformt, verpackt und schließlich massenmedial vertrieben wird.“**

Vor den Wahlen werden von den herrschenden Parteien alle nur denkbaren Parolen und Versprechungen postuliert, die aber sofort nach der Wahl wieder „vergeben“ und vergessen sind.

Dies alles geht sogar schon so weit, daß aus solchen Gründen von der Menschen- und Tierrechtspartei ETHIA in Schleswig-Holstein Strafanzeigen gegen die Partei der GRÜNEN wegen eindeutiger und vorsätzlicher Wählertäuschung im Sinne von § 108a StGB, sowie gegen den verantwortlichen Spitzenkandidaten, Umweltminister Dr. Robert Habeck, sowie Monika Heinold und die Vorsitzenden Ruth Kastner und Arfst Wagner in Verantwortung des BÜNDNIS90/Die GRÜNEN Landesverbands in Schleswig-Holstein erstattet wurden.

Doch auch das scheint die Politiker der GRÜNEN absolut nicht zu stören, die nach ihrer Gründung ehemals „Müsli-fressend“ im Bundestag saßen und sich den Umweltschutz und vieles andere doch ganz **allein nur auf ihre Fahnen** geschrieben hatten.

Doch davon ist heute längst schon landesweit gar nichts mehr oder nur noch sehr wenig zu spüren - ganz im Gegenteil, auch dort ordnet man sich unterdessen bereits treu und brav dem „Mainstream“, den herrschenden Konzernen, Großbanken und deren maßlosen Profitinteressen unter.

Und das alles - obwohl die Parteien lt. Grundgesetz (Artikel 21) bei der politischen Willensbildung des Volkes ganz klar und deutlich **nur!** mitwirken dürfen und **nicht in irgend einer Form das Recht auf absolute Alleinbestimmung haben!**

Das Volk ist der Souverän (Artikel 20 GG) und damit auch das oberste Staatsorgan. Und nur das Volk ist berechtigt, seine gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu bestimmen!

Doch auch dieses grundgesetzlich verbriefte Recht wird unterdessen nicht nur von den herrschenden Parteipolitikern, sondern sogar von der obersten

Justiz dieses „demokratischen Rechtsstaates“ dem Volk vorenthalten und als „undemokratisch“ eingestuft.

(Siehe dazu das Urteil des Landesverfassungsgerichts Hamburg vom 13. Oktober 2016, in dem die Forderung des Hamburger Volksbegehrens „Rettet den Volksentscheid“, daß Änderungen der Landesverfassung und des Wahlgesetzes künftig nur mit Zustimmung des Volkes möglich sein dürfen, in dem o.g. Urteil mit der Begründung abgeschmettert hat, daß diese Forderungen des Volksbegehrens **„gegen das Demokratieprinzip verstoßen“**. (Nachzulesen in „Unsere Deutsche Heimat“, Nr. 113, auf Seite 57.)

Immer wieder zeigt sich, in welchem Zustand die bundesdeutsche Justiz ganz eindeutig bereits abgeglitten ist, denn **das Recht auf Selbstbestimmung** ist ein in beiden UN-Menschenrechtspakten festgeschriebenes Naturrecht eines jeden Volkes: „(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

Und das Völkerrecht ist ein Bestandteil des Grundgesetzes! - Wie immer man zu diesem „Grundgesetz“ auch stehen mag; es hat nach wie vor Gültigkeit für die BRD und **„Die Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ (Art. 1 (3) GG).**

Somit machen sich also alle hier Genannten - Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung - des eindeutigen Rechtsbruches und der Rechtsbeugung schuldig und werden dabei durch rechtswidrige, geradezu skandalöse Urteile oberster Gerichte darin auch noch bestärkt.

Wie hatte doch dazu der bekannte Rechtsanwalt Rolf Bossi in seinem Buch „Halbgötter in schwarz“ geschrieben:

„In Deutschland (gemeint ist damit die BRD) können Richter ungehindert und ungestraft Rechtsbeugung begehen.“

Und kein Richter hat sich bis heute dagegen zur Wehr gesetzt, da es den Tatsachen entspricht und dementsprechend bewiesen und sachlich untermauert wurde.

Doch diese beängstigenden Beispiele aus der bundesdeutschen Justiz sind keineswegs ein Einzelfall, was ein weiteres Beispiel aus jüngster Zeit mehr als nur deutlich belegt:

Auf die bereits erwähnte Strafanzeige der Menschen- und Tierrechtspartei ETHIA gegen die Partei DIE GRÜNEN, insbesondere gegen Ruth Karstner, Arfst Wagner, Monika Heinold und Robert Habeck (Umweltminister der GRÜNEN in Schleswig-Holstein) „wegen **Wählertäuschung und tierschutzwidriger Richtlinien**“ hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel unter dem Datum des 29.03.2017 - Az: 590 Js 14378/17 der Klägerin schriftlich mitgeteilt:

„ ...den von Ihnen zur Anzeige gebrachten Sachverhalt habe ich geprüft, jedoch von der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen abgesehen.“

Siehe dazu die Petition der Partei ETHIA unter:
www.change.org/seehunde

Damit wird einmal mehr deutlich, daß Rechtsbeugung und regelrechte Rechtsverweigerung durch die bundesdeutsche Justiz längst schon zur „ganz normalen Tagesordnung“ gehören - offenbar nicht zuletzt aus dem Grund, da es sich hier ja um eine (wenn auch sachlich absolut begründete und dargelegte) Strafanzeige gegen eine der herrschenden „demokratischen“ Parteien handelt, deren Akteure offensichtlich Narrenfreiheit genießen.

Hier wird also noch nicht einmal ermittelt, obwohl es sich um eine sachlich begründete Strafanzeige handelt - es wird nur lapidar und selbstherrlich mitgeteilt: „ ... **man hat von der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen abgesehen ... !**“

Die Staatsanwaltschaft hält es „bei gewissen Personen und Parteien“ also noch nicht einmal für nötig, die strafrechtliche Relevanz einer Strafanzeige auch nur zu überprüfen! - **Noch Fragen...?**

Ganz anders dürfte es sich da wohl verhalten, wenn eine Strafanzeige gegen eine andere Partei, wie z.B. gegen die AfD vorliegen würde...

Oder - man stelle sich einmal folgendes Szenario vor - wenn z.B. ein „nicht ganz Gescheiter“ nachts um zwei Uhr auf der Straße stockbesoffen „Heil Hitler“ grölen würde; wie viele Staatsanwälte wür-

den da wohl in Bewegung gesetzt und mit allen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um ein solches „weltfriedensgefährdendes“ Vorkommnis gebührend zu verfolgen und zu ahnden?!

Und mit welcher Vehemenz da wohl ermittelt würde und mit welcher unbeschreiblichen Begeisterung sich die Medien landesweit auf diese Ermittlungen stürzen und das „Urteil“ bereits im Voraus verkünden würden?!

Angesichts aller solcher unbestreitbaren Tatsachen können sich nur noch völlig Ahnungslose, von der Wirklichkeit in diesem Land restlos „abgehobene“ oder absolute Ignoranten der Wirklichkeit über die bereits landesweit herrschende Staats- und Politikverdrossenheit - eine fast schon zwangsläufige Entwicklung - wundern, die in vielen Fällen längst schon in maßlosem Haß und oftmals in blanker Gewalt der „Ohnmächtigen“ gegen die herrschenden Mißstände zum Ausdruck kommt.

Doch auch mit allem dem zeigt sich immer wieder auf's Neue, in welchem erschreckenden und beängstigenden, ja fast schon gemeingefährlichen Zustand die BRD-Justiz heute ganz offensichtlich bereits abgeglitten ist.

Und das alles geschieht bzw. darf geschehen unter einer Koalition aus Parteien, die sich als „**christlich, demokratisch und sozial**“ bezeichnen!

Und - eingedenk eines absolut ähnlichen Themas - muß man sich fragen, mit welcher Dreistigkeit, sich eine Partei auch noch **christlich** nennt, mit deren Duldung und sogar noch Unterstützung durch Steuergelder verabscheuungswürdigste Verbrechen z.B. an der Tierwelt begangen werden?!

Schweine, die sich Zeit ihres erbärmlichen Lebens in Gitterboxen nicht einmal um sich selbst drehen können, teilweise zwischen Kadavern dahinvegetieren müssen, Kücken, die jährlich millionenfach „geschreddert“ werden, weil die Aufzucht männlicher Kücken der Profitgier der „Lebensmittel“-Großkonzerne im Wege steht oder aber diese Kücken vergast werden - obwohl es doch eigentlich ganz besonders das „Vergasen“ ist, das gerade unter den „Demokraten“ stets die allergößte Empörung hervorgerufen hat und immer noch hervorruft. Und die Liste derartiger Verbrechen gegen die Tier- und Pflanzenwelt, gegen die Umwelt und da-

mit nicht zuletzt gegen die gesamte Menschheit, ließe sich noch seitenlang fortsetzen oder aber auf Dutzenden von web-Seiten im Internet verfolgen!

Der Gipfel des Ganzen wurde aber unlängst von den **Bremer Jusos**, der Jugendorganisation der SPD, dargeboten - mit ihrer Forderung, die Bremer Polizei zu entwaffnen und somit nicht nur die Bürger, sondern auch die Polizeibeamten der längst schon (nicht nur in Bremen) völlig ausgeufernten Kriminalität schutz- und wehrlos auszusetzen. Und das, obwohl das ROT/GRÜNE Bundesland Bremen lt. Statistik (PKS 2016) nach Berlin die zweithöchste Anzahl an Straftaten aufzuweisen hat. Hier muß man sich ja bereits fragen, ob es sich bei dieser Art von Zeitgenossen überhaupt noch um vernunftbegabte und zurechnungsfähige Menschen handelt, vor allem aber um welche Art von Parteigenossen es sich auch bei der SPD handelt, die sich noch nicht einmal auf Grund solcher abartiger, ja geradezu gemeingefährlicher Forderungen und perverter Tendenzen von „möchte gern Politikern“ aus ihrem Nachwuchs-Kindergarten bemüßigt sehen, hier absoluten Einhalt zu gebieten.

Aber - wie heißt es doch so treffend:

„Der Apfel fällt nicht weit vom ... Pferd!“

Und schließlich führt uns die Forderung eines Bundestagspräsidenten Lammers, der nun ganz plötzlich den Alterspräsidenten des Bundestages „nach seinen Dienstjahren“ und von der Politik „erfahrenen“ Abgeordneten, an Stelle nach dem Lebensalter bestimmen möchte, zu einem ganz ähnlichen Thema, nämlich der fachlichen, menschlichen und jeder anderen Qualifikation derer, die ein Parteiamt, ein Bundestagsmandat oder gar ein Amt innerhalb des Bundestages oder der Länderparlamente anstreben bzw. bereits einnehmen und in der Vergangenheit eingenommen haben.

Ohne Beruf und Schulabschluß hat die Qualifikation ja immerhin zu einem Bundesaußenminister gereicht und eine britische Universität hat sich nicht entblödet, dem auch noch den Dokortitel h.c. hinzuzufügen.

Und wenn es mit der Politik eines Tages nichts mehr ist, wird dann ein absolut lukrativer und einträglicher „Job“ bei den Atom-Konzernen angetreten und sich einen Dreck darum geschert, daß diese Atom-Konzerne mit ihrem strahlenden Abfall die Umwelt in allerschlimmster Weise **auf Jahrtausende ver-seuchen** und damit für ihren, im wahrsten Sinne

des Wortes, **dreckigen** Profit eine durch nichts mehr zu bändigende Geisel der Menschheit schaffen.

Weiterhin waren zwei absolvierte Semester Theatergeschichte auch ausreichend für das Amt einer stellvertretenden Bundestagspräsidentin - um hier nur zwei Beispiele anzuführen, obwohl man die Liste derer mit entsprechender „Qualifikation“, die dann aber plötzlich als Lügner, Betrüger, Doktorarbeiten-Abschreiber, Lebenslauffälscher usw. usf. „enttarnt“ wurden, hier durchaus noch weiter führen könnte.

In allen diesen Fällen hat und hätte sich den „demokratischen“ Parteien die Frage nach der Qualifikation oder Erfahrung an Stelle des Lebensalters z.B. für den Alterspräsidenten natürlich gar nicht erst gestellt, denn schließlich waren das ja Parteiangehörige mit dem gerade „richtigen, genehmen und passenden“ Parteibuch.

Ganz anders sieht das lt. Lammers aber dann aus, wenn es sich nunmehr um ein Mitglied der AfD handelt.

Hier wird alles nur Erdenkliche an den Haaren herbeigezogen und sich auch keinesfalls gescheut, jahre- bzw. jahrzehntelang eindeutig befolgte Gepflogenheiten und festgeschriebene parlamentarische Regelungen nur den genehmen Parteien der Herrschenden zu gewähren, Parteien einer tatsächlichen Opposition, die man sonst aber vergebens im Bundestag sucht, diese jedoch zu verweigern. Und ebenso ganz anders sieht es natürlich auch aus, bei dem neuen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers; dafür ist die „Qualifikation“ als ehemals alkoholabhängiger und in die Pleite gegangener Buchhändler offensichtlich auch vollkommen ausreichend.

Es ist in der Tat schon sehr viel mehr als nur interessant und aufschlußreich, wer heute alles in die Politik drängt und wer von den „demokratischen“ Parteien dazu dem Volk offeriert wird.

Wie sagte doch schon Einstein? „Alles auf der Welt ist relativ.“ Doch manches, und offensichtlich ganz besonders unter den „demokratischen“ Parteien ist wohl doch noch um ein Vielfaches „relativer“...!

Und dazu muß man immer wieder erleben und sich in den Medien vorsetzen lassen, daß sich die herrschenden Politiker „wieder einmal scharf angreifen“ und das sogar innerhalb der eigenen großen Koalition, ja man droht gelegentlich sogar mit rechtlichen Schritten und Klage gegen die Schwesterpartei und mit einem Bruch der Koalition!

Doch kurz darauf liegt man sich in bester Versöhnlichkeit wieder in den Armen und hinter den Kulissen schlägt man sich dann vor reinem Vergnügen auf die Schenkel, wie man das für blöd erklärte „Stimmvieh“ wieder einmal vera....lbert hat.

Doch gehen wir in diesen Überlegungen noch einen Schritt weiter und kommen zum Amt des Bundeskanzlers, das heute von einer Parteiangehörigen einer „**christlichen und demokratischen**“ Partei, der CDU belegt ist.

Überaus interessant und absolut aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß der Lebenslauf von Angela Merkel, nach ihrer Geburt als Angela Dorothea Kasner im Jahr 1954 in Hamburg, auf der offiziellen web-Seite des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin erst im Jahr 1973 mit ihrem Abitur in Templin beginnt, zwischendurch aber eine Riesenlücke besteht.

Und selbst von da an werden noch alle möglichen aber entscheidenden Tatsachen aus ihrem Lebenslauf einfach ignoriert; sie sind „gar nicht vorhanden“, anderes dagegen wird verändert, verharmlost oder beschönigt, so wie es gerade paßt.

Was Wunder also, wem also auch hier wieder der heute längst schon landesweit gebrauchte Begriff „Lügenpresse“ in den Sinn kommt?!

An anderer Stelle heißt es dazu - bezogen auf die hier vorhandene Lücke u.a.:

„Politisch aktiv war sie in dieser Zeit noch nicht. Die Wendezeit aber änderte das: Sie wurde 1989 Mitglied der Gruppierung „Demokratischer Aufbruch“, die sich ein Jahr später mit der CDU zusammenschloß.“

Die (Ost)-CDU - Mitglieder dieser Parteien, wie auch der anderen Blockparteien in der Volkskammer der DDR (NDPD, LDPD, DBD) waren solche Leute, die aus Gründen des beruflichen Fortkommens im sozialistischen Staat DDR keinesfalls „parteilos“ sein durften, die aber - aus welchen Gründen auch immer - nicht Mitglieder der Einheitspartei SED werden wollten, konnten oder auch nicht durften.

Und einer Mitgliedschaft in der SED ging stets eine nicht ganz einfache Zeit als „Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ voraus und war mit einer oftmals mehr als gewissenhaften Prüfung des Kandidaten, seiner Vergangenheit, seiner

politischen und weltanschaulichen Einstellung, der Eltern, seines familiären Umfeldes und seiner Staats- und Linientreue zur DDR verbunden.

Nur wer diese Zeit „gnädig“ überstanden hatte, erhielt dann auch das entsprechende Parteibuch und Parteiabzeichen und somit standen ihm dann auch alle beruflichen und anderen Wege offen, die in der DDR Nicht-Parteimitgliedern in der Regel oder sogar grundsätzlich verschlossen waren.

Die sogen. Blockparteien, mit Ausnahme des DBD, hatten somit also weiter nichts als die Funktion einer „Alibi-Partei“, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, der SED beitreten zu müssen oder ihr nicht beitreten zu dürfen, was z.B. auf sogenannte Übersiedler aus der BRD, also aus dem nicht-sozialistischen „Ausland“, zutraf.

Doch wer heute etwa glaubt, diese Parteien, NDPD, LDPD und CDU wären nun wirkliche Oppositionsparteien in der Volkskammer gewesen, der glaubt auch daß „Zitronenfalter Zitronen falten“, daß „Gabelstapler Gabeln stapeln“ und über dies auch noch an den Weihnachtsmann!

Diese Blockparteien waren absolut eingebunden in den Zustimmungszwang zu allen Beschlüssen der SED, gegen die es nichts, aber auch gar nichts einzuwenden gab, denn wie hieß es doch:

„Die Partei, die Partei, die hat immer recht!“

Doch zurück zum Lebenslauf. Totgeschwiegen wird auch, daß Angela Merkel seit 1968 lange Zeit eine stramme FDJ-Sekretärin war (Freie Deutsche Jugend = Jugendorganisation der DDR), in der sie, ihren eigenen Worten nach „sehr gern tätig gewesen ist“. Und zwar als **FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda**, was sie selbst heute als „Kulturfunktionärin“ umschreibt und beschönigt. Eine FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda war zu DDR-Zeiten aber alles andere als eine Kulturfunktionärin im üblichen Sinne!

Zunächst einmal war die FDJ die „Kampfrreserve der Partei (SED)“. Die meisten FDJ-Funktionäre waren über dies auch Mitglieder oder Kandidaten der SED. Mitglieder anderer Blockparteien wurden nicht zu FDJ-Funktionären ernannt.

Ein Sekretär für Agitation und Propaganda war zwar auch für die Kultur zuständig aber nicht so wie man sich das vorstellt, etwa um das kulturelle Leben dieser Organisation zu organisieren, sondern einem Sekretär für Agitation und Propaganda (AgitProp) oblag die Aufgabe, alle Kulturveran-

staltungen, Zirkel, Singegruppen usw. politisch dahingehend zu überwachen, ob deren Inhalte und Veranstaltungen auch systemkonform und absolut linientreu organisiert waren und abliefen.

Wer mehr erfahren möchte, vor allem auch über die immer wieder aufgeworfene Frage, „war Angela Merkel unter dem Decknamen „Erika“ IM (inoffizieller Mitarbeiter des MfS = Ministerium für Staatssicherheit der DDR)“, kann sich darüber unter <http://www.chronik-berlin.de/news/merkel.htm> „Wer ist und was war Angela Merkel wirklich“ und an zahlreichen anderen Stellen im Internet informieren und dort Informationen erhalten, die aber aus „absolut verständlichen“ Gründen von offizieller Seite ignoriert und totgeschwiegen werden.

Und genau diese FDJ, in der die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel später als leitende Funktionärin tätig gewesen ist, war es auch, die bekanntlich schon in den 1950er und 1960er Jahren eine überaus traurige „Berühmtheit“ erlangt hatte und die verantwortlich war und sich schuldig gemacht hat für zahlreiche Drangsalierungen, Bedrohungen und sogar Körperverletzungen durch sogenannte „Ordnungsgruppen“ der FDJ gegen solche DDR-Bürger, die auf ihrem Dach eine Antenne für das Westfernsehen stehen hatten.

Zahlreiche Fälle von Hausfriedensbruch, Bedrohung der Hausbewohner und Sachbeschädigung, für welche die Betroffenen niemals entschädigt worden sind, gingen auf das Konto dieser hierfür mißbrauchten „Ordnungsgruppen“ der FDJ, in Form von offensichtlich geistig minderbemittelten „Westantennenjäger-Trupps“ der FDJ - genau der Organisation, der später auch die heutige Bundeskanzlerin in leitender Position angehörte und in der sie nach ihren eigenen Worten „sehr gern tätig war“.

So rief unmittelbar nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 die FDJ zur „Aktion Ochsenkopf“ auf, um, wie es dazu hieß, „die Bürger des sozialistischen Staates DDR von geistigem Grenzgängertum abzuhalten“, was keineswegs selten zu den bereits geschilderten Übergriffen solcher FDJ-Trupps geführt hat.

Wie hieß es doch seinerzeit von der SED-Führung: „Notfalls müssen die Menschen zu ihrem Glück gezwungen werden.“

Und dieses „Glück“ sollte und durfte nach dem Willen der oberen Genossen der SED natürlich einzig und allein im Sozialismus und in der „sozialistischen Heimat DDR“ zu finden sein.

Schon in den 1950er Jahren hatten die „Ordnungsgruppen“ der FDJ eine ebenso traurige „Berühmtheit“ bei ihrem Kampf gegen „westliche Dekadenz“, wie z.B. das Hören westlicher Musik oder gar das Rock'n-Roll- oder „Auseinander“-Tanzen erlangt. Doch auch damals war den Versuchen dieser selbsternannten „Beglücker der Menschheit“, die Jugendlichen der DDR von „westlichen Einflüssen“ abzuhalten, kein Erfolg beschieden.

Und so führte schließlich und endlich auch der Kampf der SED-Führung gegen das Westfernsehen, in's absolute „Nichts“ und kehrte sich vielmehr in das glatte Gegenteil um.

Bei all diesen Schilderungen drängen sich überaus fatale Erinnerungen an diese Vergangenheit und darüber hinaus fast schon schauerliche Vergleiche zu heute auf - zu dem „Glück“, das nach dem Willen der EU-Oberen und deren „Kommissare“ (Begriffe, fast schon wie zu Zeiten der Sowjetunion) einzig und allein in der Europäischen Union zu finden sein darf und der Diffamierung, Beleidigung und teilweise regelrechten Bedrohung all derer, die ihr Glück keinesfalls in dem Milliarden-Grab und in den ständigen Reglementierungen und Bevormundungen durch den Riesen-Moloch EU finden möchten.

Und ein weiterer Vergleich drängt sich aus der Zeit nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone auf, als dort ein Spruch landesweit kursierte, der auf die schon damals zahlreich vorhandenen „Wendehälse“, seinerzeit allerdings von „ehemals Braun auf plötzlich Rot“ gemünzt war:

„Die über Nacht sich umgestellt,
das sind wahren die Künstler dieser Welt,
die sich zu jedem Staat bekennen –
man könnte sie auch Lumpen nennen.“

Der Volksmund hat schon stets das richtige Wort zu dem gefunden, was sich in der Politik unter dem Deckmantel von angeblicher „Demokratie, Sozial- und/oder Rechtsstaatlichkeit“ und ähnlichem an reiner Willkür, an Rechts- und Gesetzesbrüchen und sogar an Verbrechen gegen die Menschlichkeit verborgen hat.

Weg mit den Ochsenkopiantennen!

Diese Forderung ist Diskussionsstoff in Tausenden Einwohnerversammlungen,
in Zehntausenden Gesprächen.

Dächer frei von Ochsenköpfen!

Das fordern alle friedliebenden und klugen Leipziger, das fordern alle die, die begriffen haben:

Wer seine geistige Nahrung vom RIAS, vom Schwarzen Kanal bezieht, geht daran zugrunde.

Wem dienen denn RIAS, Westfernsehen, Radio Luxemburg und ähnliche Hetzinstitutionen?

Sie werden von den imperialistischen Konzernen bezahlt, von Militaristen und Nazis der Sorte Glohke -
Strauß unterstützt und von Agentenorganisationen zur Spionage benutzt.

Sie besorgen die Politik ihrer Geldgeber, sie hetzen zum Kriege und gegen den Sozialismus, sie versuchen uns zu schaden, wo sie nur können.

Der Aufbau des Sozialismus braucht starke Hände und saubere Köpfe.

Wer sich vom Westen „informieren“ läßt, sammelt Unrat, Verleumdung, Hetze. Er läßt sich für Kriegshetze und Spionage mißbrauchen, er läßt in sein eigenes Unglück und schadet sich und unserer Republik.

Deshalb beschlossen die Wählervertreterkonferenzen des Stadtbezirktes Süd:

Das ist unser Gesetz!

Alle denen, die, wie Frau Meyerhöfer, Härtelstraße 25 glauben, sie können den Schwarzen Kanal sehen, weil es kein Gesetz verbietet, sei gesagt:

Unseren Staat regieren die Arbeiter und Bauern und alle friedliebenden Bürger.

Sie haben die Macht und dulden es nicht länger, daß mit Hilfe der Westantennen inmitten unserer Republik Kriegs- und Völkerhetze getrieben wird. Sie dulden es nicht, daß Rundfunk- und Fernsehgeräte zum Sprachrohr der Adenauer und Brandt werden.

Die friedliebenden Bürger unseres Stadtbezirktes werden den Beschluß ihrer Wählervertreter durchsetzen.

Die Dächer unseres Stadtbezirktes werden sauber!

Stadtbezirksausschuß Süd der Nationalen Front
Agitationskommission

Bürger von Colditz!

Seit Sonntag starben in Colditz über 120 Ochsenköpfe!

Das ist der Anfang der Beseitigung von Inseln der Feindideologie in unserer Stadt.

Ab heute muß es weitergehen!

Deshalb fordert die Arbeiterklasse!

1. Alle restlichen Ochsenkopfantennen verschwinden in Colditz bis zum Sonnabend, den 2. 9. 1961.
2. Jeder hilft mit, daß mit der Ochsenkopfantenne auch das Eindringen und Verbreiten der feindlichen Ideologie des Westens bei manchem Bürger unserer Stadt verschwindet. Das Verbreiten der Feindideologie ist strafbar.
3. Colditz muß zu einer Stadt des Fortschritts und der Entwicklung einer hohen sozialistischen Kultur werden. Wir brauchen daher nicht die westliche Unkultur!
4. Mancher Bürger sagte: „Macht doch ein Gesetz!“

Wir sagen:

Dort wo die Arbeiterklasse die Macht ausübt ist es Gesetz. Deshalb gibt es auch keine Zugeständnisse hinsichtlich des Fernes der Entfernung.

5. Zur Entfernung des Ochsenkopfes gehört gleichzeitig, nicht mehr die Feindsender RIAS, Luxemburg, Nordwestdeutscher Rundfunk zu hören.
6. Wer dem Feind sein Ohr leiht, wird bewußt oder unbewußt zum Feind der Republik, er unterstützt die feindl. Mächtschaften, wie z. B.
 - a) Gamsterei infolge der vom Feind erlogenen Geldumtauschaktion und damit die Schädigung der planmäßigen Versorgung unserer Bevölkerung;
 - b) Rowdytum der Jugendlichen!

Jeder Bürger wird aufgefordert, diese Aktion wirksam zu unterstützen.

M/13/6 L. 725/61 5057

Doch damit immer noch nicht genug; in Zukunft soll, wenn es nach dem Willen der heute Herrschenden geht, nun auch noch gegen „Unwahrheiten im Netz“ per Gesetz vorgegangen und somit, wie man leider befürchten muß und wie bereits von zahlreichen Organisationen offen und eindeutig kritisiert wird, reinem Gesinnungs- und Meinungsterror Tür und Tor geöffnet werden, angesichts dessen nur noch die gerade „herrschenden Demokraten“ zu bestimmen haben, was dann trotz Meinungsfreiheit laut **Grundgesetz Art. 5 (1)**

„*Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*“ noch gesagt und geschrieben werden darf und was als „Unwahrheit und Lüge“ deklariert und unter Strafe gestellt wird.

Orwell läßt grüßen...! Allerdings hatte er von den sich in diesem „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ tatsächlich anbahnenden Zuständen seinerzeit wohl noch nicht einmal eine der Wirklichkeit nahekommende Vorstellung.

Falls es sich bei diesem Gesetzesvorhaben nun tatsächlich nur darum handeln sollte, Lügen im Internet zu unterbinden, wäre dagegen ja noch nicht einmal etwas einzuwenden.

Jedoch - die traurigen Erfahrungen aus der Vergangenheit geben sehr viel mehr Anlaß zu der Befürchtung, daß sich dieses Gesetz später, in der dann schließlich gehandhabten Praxis als ein reines „**Maulkorb-Gesetz**“ erweisen dürfte und es sich um einen neuerlichen, möglicherweise

(weiter auf Seite 28)

Abb. links:

Zwei Dokumente aus DDR-Zeiten zu dem Kampf der SED und der dazu von ihr mißbrauchten „Ordnungsgruppen“ der FDJ gegen alle solche Bürger, die sich auch im „real existierenden Sozialismus“ das Westfernsehen nicht verbieten lassen wollten.

Die Texte lesen sich teilweise fast wie der Tagesbefehl eines Armeeführers an seine Truppen vor einem bevorstehenden Angriff auf den schlimmsten Feind der Menschheit, den man sich überhaupt nur vorzustellen vermag und es stellt sich dabei, wenn auch keinesfalls erst heute, die Frage, ob denn hier überhaupt noch geistig halbwegs normale Menschen am Werke gewesen sein können.

sogar einmal endgültigen Rundschlag der „Mächtigen gegen die Ohnmächtigen“ und deren **freie Meinungsäußerung** als **freie Bürger** in einem **freien Land** und somit letztendlich zur offenbar längst schon geplanten „Überwindung“ von **Art. 5 (1) GG für die BRD** handeln könnte.

Wie hieß es doch vor längerer Zeit schon einmal so treffend: „**Wehret den Anfängen!**“

Mit dem Inkrafttreten eines solchen „Maulkorb-Gesetzes“ wäre es dann allerdings **an aller erster Stelle** angezeigt, die schandvollen und in schlimmster Weise menschenverachtenden, aber immer wieder aufs Neue postulierten Lügen der BRD-Medien bezüglich der angeblich nur 25 000, an Stelle von tatsächlich **rund 300 000 Toten** bei den verbrecherischen Bombenangriffen im Februar 1945 in Dresden, als der Krieg längst schon entschieden war, auf schutz- und wehrlose Menschen in einer unverteidigten, mit Flüchtlingen restlos überfüllten Stadt - einem vorsätzlich geplanten Völkermord an deutschen Menschen - zu unterbinden und gebührend zu ahnden.

Doch auch damit ist es noch keinesfalls genug; und richtig besehen, würde man bei ständiger Verfolgung der aktuellen politischen Ereignisse überhaupt nicht mehr zu einem Ende dessen kommen, was auch hier nun schon über Seiten hinweg aufgeführt werden mußte.

So ist z.B. ein neuerliches Gesetzesvorhaben der noch bestehenden großen Koalition bisher mehr oder weniger unbeachtet geblieben; alle Medien überschlugen sich ja förmlich mit anderen Meldungen, Türkei, Syrien, Trump, sich geradezu überstürzende Terror-Meldungen usw. usf.

Mit all diesen Meldungen und Schlagzeilen wird - offenbar ganz eindeutig gewollt und mit Sicherheit wissentlich und vorsätzlich - darüber hinweggetäuscht, daß das **deutsche Volk von einer neuerlichen Privatisierungswelle per Grundgesetzänderung geradezu überrollt werden soll**, wie sie in einer solchen Art und Weise bisher in der BRD noch nicht dagewesen ist.

Noch verfügt die große Koalition über die für eine Grundgesetzänderung erforderliche (wenn auch nur durch „Wahlgesetze“ angemähte und absolut undemokratische) Zweidrittelmehrheit.

Aus diesem Grund will die Bundesregierung mit Abstimmung im Mai 2017, noch vor der Bundestagswahl, eine Grundgesetzänderung in 13 Artikeln,

rücksichtslos am erklärten Volkswillen vorbei und gegen jeden Widerstand mit aller Gewalt durchpeitschen - Grundgesetzänderungen, die in ihren weitreichenden Folgen für unser Land und für das gesamte deutsche Volk noch gar nicht absehbar sind, denn bei diesen geplanten Grundgesetzänderungen geht es um die folgenschwersten und skandalösesten Vorhaben, die im Endstadium der großen Koalition aus „**christlichen und sozialen**“ Parteien überhaupt noch zu erwarten sind:

Privatisierung von Autobahnen, Privatisierung der Infrastruktur, Privatisierung von Schulen und Kindergärten.

So sollen u.a. mit einem neuen zusätzlichen Artikel 104c sogenannte

Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)

engl. **Public Private Partnership (PPP)**

(deutsch: **Pleiten, Pech und Pannen**)

bei Autobahnen und bei der kommunalen Bildungsinfrastruktur, wie Kindergärten und Schulen usw. ermöglicht werden - unter Mißachtung der bisherigen föderalen Zuständigkeiten sowie dem bestehenden Weisungsrecht des Bundes.

Damit soll **ohne öffentliche Debatte verhökert werden**, was vom Steuerzahler teuer bezahlt wurde. Die ständigen Ablenkungsmanöver der Medien dürften den noch herrschenden Koalitionsparteien dazu also in jeder Form willkommen sein!

Mit diesen Änderungen werden dann Investitionsvorhaben dieser ÖPP für förderwürdig, vor allem jedoch für förderfähig erklärt bzw. sie sollen in Zukunft sogar die Voraussetzung für eine öffentliche Förderung sein - und das natürlich mit entsprechender „Beratung“ durch eine neu zu gründende „ÖPP-GmbH“ als Nachfolgeorganisation der bisherigen Lobbyorganisation „ÖPP Deutschland AG“, die seinerzeit - mit „Basta“-Kanzler Schröder und Minister Steinbrück an der Spitze - ins Leben gerufen wurde und somit, wie vieles andere auch, absolut im Geiste der verheerenden, neoliberalen „Agenda 2010“ ausgelegt war. -

Somit bleibt also abzuwarten, ob der Wähler endlich aufwacht und weiterem derartigen Machtmißbrauch einen Riegel vorschieben wird!

Doch immer noch nicht genug - unlängst konnte man nun auch noch erfahren, daß am 2. Mai 2017 die Historikerin Sybille Steinbacher, geb. 1966 in München, die bundesweit erste „Holocaust-Professur“ in Frankfurt am Main antreten wird. Hessens

Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU), geb. im Jahr 1972 in Frankfurt a. Main, nannte Steinbachers Berufung „einen Meilenstein auf dem Weg zum besseren Verständnis der nationalsozialistischen Verbrechen und deren Wirkungsgeschichte bis in die Gegenwart“.

Und neben der Professur tritt diese Dame auch noch die Leitung des „Fritz-Bauer-Instituts zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“ an.

Dieses Institut „*pfl egt den Kontakt zu den Überlebenden des Holocaust und der Rat dieser Überlebenden diskutiert und begleitet kritisch die Arbeit des Instituts in regelmäßigen Zusammenkünften*“.

Somit wäre es also einem (zumindest angeblichen) Rechtsstaat, der die Bundesrepublik Deutschland gemäß aller ihrer Repräsentanten ja ist, und dessen **Gleichheitsgrundsatz gem. Artikel 3 GG** absolut angemessen, zumindest parallel dazu auch ein Institut zu gründen, das Kontakt zu den Überlebenden von

**Flucht, Vertreibung, Mord und Totschlag
sowie anderen, bis heute ungesühnten
Verbrechen und Greueln**

an unbeteiligten und schuldlosen deutschen Zivilisten - alten Männern, Frauen und Kindern, sowie des Diebstahls deren Privateigentums - nach Kriegsende! - pfl egt und die Erlebnisse dieser Überlebenden in regelmäßigen Zusammenkünften diskutiert und kritisch seiner Arbeit zugrunde legt.

Doch an ein solches Institut oder an eine, wie auch immer geartete solche Professur ist, wie man nur zu gut weiß, natürlich nicht im geringsten zu denken, denn alle Verbrechen, die „nur“ diesen Deutschen begangen wurden, sind ja absolut nicht der Rede wert, sie werden zynisch und menschenverachtend als „Umsiedlung“ verharmlost, schamlos und schandvoll in „eigene Schuld“ umgekehrt, glattweg abgestritten oder auch völlig totgeschwiegen.

„Wehe den Besiegten...!“

Wie wäre es z.B. - muß man sich hierbei fragen, wenn zumindest parallel zu dem o.g. Institut ein ähnliches oder auch eine Professur eingerichtet würde für die fast unglaublichen und schandvollen jüngeren Verbrechen an 13 Millionen schutz- und wehrlosen deutschen Zivilisten, mit über einer Million Toten bei Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat - nach Kriegsende und dem millionenfachen Diebstahl ihres Privateigentums, sowie der ebenso fast unglaublichen Verbrechen der alliierten Siegermäch-

te an schutz- und wehrlosen Soldaten der Deutschen Wehrmacht - nach Ende des Krieges, die z.B. in den berüchtigten Rheinwiesen zu Tausenden verhungert und verdurstet sind und die man wissentlich und vorsätzlich, ohne jede medizinische Betreuung oder gar Hilfe schandvoll hat umkommen und buchstäblich im Dreck hat verrecken lassen.

Doch darunter befanden sich nicht etwa bekannte Nazi-Größen oder gar ein General Paulus, sondern nur Soldaten der unteren Chargen der Deutschen Wehrmacht, denen gar nichts anderes übrig geblieben war, als in den Krieg zu ziehen und die sich auch keinerlei Verbrechen schuldig gemacht haben; ganz im Gegensatz zu einem General Paulus, der 1943 die 6. Armee vor Stalingrad, getreu Hitlers irrsinnigen Durchhaltebefehlen, in der größten Katastrophe der Militärgeschichte in den Untergang geführt hat für den Tod von rund 260 000 Soldaten verantwortlich ist.

Und dabei ging es zu dieser Zeit schon längst nicht mehr darum, Stalins Angriffsplänen gegen Deutschland zuvorzukommen, sondern um die Eroberung des Donezbeckens mit seinen Bodenschätzen und Kohlevorkommen.

Und das, obwohl jeder aus der Geschichte wissen konnte und wissen mußte, daß Rußland, ein Land mit dieser riesigen Ausdehnung und dem „russischen Winter“ nicht zu erobern ist - (**auch nicht von der EU mit ihren schandvollen Sanktionen!**).

Doch nach seiner Beförderung zum Generalfeldmarschall ließ sich Paulus sogar noch sechs Paar Epauletten seines neuen Dienstgrades aus Deutschland in seine sowjetische „Luxus“-Gefangenschaft schicken und wurde schließlich trotz alle dem nach seiner Entlassung nach Dresden auch noch von den damals herrschenden SED-Oberern der DDR in aller nur denkbaren Weise hofiert.

Auch wäre eine Professur zu wünschen, die sich einmal mit dem Verbrechen der Bombardierung Dresdens, einer unverteidigten Stadt und als der Krieg längst schon entschieden war, wodurch rund 300 000 Menschen, unbeteiligte und wehrlose Zivilisten, eine Übermenge Flüchtlinge und andere Heimatlose elendiglich verbrannt, verstümmelt und zu Asche verglüht wurden, **wahrheitsgemäß** auseinandersetzt, die aber heute in den bundesdeutschen Medien auf schandvollste und menschenverachtendste Weise, in regelrechter Volksverhetzung auf 25 000 herunter gelogen werden.

Dem hessischen Herrn Wissenschaftsminister, ganz besonders als Politiker einer angeblich **christlichen** Partei würde es überaus gut anstehen, sich - wenn schon - dann auch für derartige, wie die eben genannten und vorgeschlagenen Professuren in seinem Bundesland einzusetzen!

Und auch allen anderen, geradezu krankhaften Bewältigungs- und Demütigungs-Masochisten, die sich über tatsächliche oder auch nur angedichtete deutsche Verbrechen heute zu urteilen anmaßen und die zu Zeiten des Nationalsozialismus noch gar nicht auf der Welt bzw. noch nicht einmal „geplant“ waren und die selbst zu Zeiten der ehem. DDR noch in den Windeln lagen, sei in ihr „demokratisches“ Parteibuch geschrieben, daß es eine **geradezu ungläubliche weitere Anzahl wesentlich jüngerer Verbrechen** zu bewältigen gäbe!

So z.B. die Verbrechen des Menschenschinder- und Mauermörderstaates DDR mit seinem berüchtigten Ministerium für Staatssicherheit (MfS), von dem aber nach der sogen. „Wende“ ganze Abteilungen vom bundesdeutschen Verfassungsschutz übernommen wurden, wie beispielsweise eine ganze solche Abteilung des MfS aus Leipzig.

Doch stattdessen können die Ziehsöhne und Ziehtöchter dieses Verbrechersystems DDR heute längst schon wieder große Töne spucken und sitzen - wohl dotiert sowie allerbestens versorgt und abgesichert auf Steuerzahlers Kosten - im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten des „**demokratischen** und sozialen **Rechtsstaates**“.

Weiterhin gäbe es überaus reichlich Stoff für eine Professur, die zahllosen Enteignungen zu DDR-Zeiten betreffend, die nach der sogen. „Wende“ nicht etwa durch den „**demokratischen und sozialen Rechtsstaat**“ BRD folgerichtig wieder rückgängig gemacht und diese Grundstücke und Liegenschaften den rechtmäßigen Besitzern wieder übergeben worden wären.

Nein, diese rechts- und völkerrechtswidrig enteigneten Liegenschaften (und das war keinesfalls etwa nur Großgrundbesitz!) hat sich der „demokratische und soziale Rechtsstaat“ BRD in ungezählten Fällen ganz einfach einverleibt oder an finanzkräftige „Investoren“ weiterverhökert, wofür sich seinerzeit ein Bundeskanzler Schröder im Bundestag in aller Öffentlichkeit als Häuserdieb bezeichnen lassen mußte und nichts dagegen unternehmen konnte, weil es der Wahrheit entsprach.

Doch zum Schluß noch eine Anmerkung zu dem bereits beklagten, z.T. geradezu katastrophalen Zustand nicht nur der BRD-Justiz, sondern auch der „europäischen“ Justiz, nämlich **des Europäischen Gerichtshofes** in Luxemburg.

Mehr als 30 Monate verhandelte der Europäische Gerichtshof (EuGH) über die Klage der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „**Stop TTIP**“ gegen die EU-Kommission, die diese Bürgerinitiative auf selbstherrliche, willkürliche und, wie nun feststeht, **eindeutig rechtswidrige Weise** abgelehnt hatte.

Am 10.05.2017 wurde dann endlich entschieden:

„Die Ablehnung der EBI durch die EU-Kommission war rechtswidrig.“

Der EuGH gab damit der Klage in vollem Umfang statt und bezog sich dabei auf den „**Grundsatz der Demokratie**, der zu den grundlegenden Werten gehört, auf die sich die Union gründet“.

Das Gericht stellte fest, daß TTIP und CETA „unbestreitbar eine Änderung der Rechtsordnung der Union herbeiführen würden“ und daher **Teil einer demokratischen Debatte sein müssen**.

Dieses Urteil des EuGH stellt nicht nur eine klatschende Ohrfeige für die EU-Kommission dar, die solche „Handelsabkommen“ ausschließlich hinter verschlossenen Türen verhandeln möchte, sondern es offenbart **durch diese Rechtswidrigkeit** einmal mehr den geradezu erschreckend selbstherrlichen, absolut willkürlichen, ja fast schon regelrecht politkriminellen Charakter dieser EU-Kommission.

Nahezu **3,3 Millionen Unterschriften** wurden seitdem mit einer selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „**Stop TTIP**“ gesammelt, ein überwältigendes Ergebnis und ein eindeutiges Votum der Bürger gegen die selbstherrliche, anmaßende und rechtswidrige Willkür der herrschenden EU-Kommission.

Der Klage Az.: T-754/14 gegen die EU-Kommission wurde in vollem Umfang stattgegeben und die Gerichtskosten, die eigenen Kosten der Beklagten und die gesamten Kosten der Klägerin wurden der EU-Kommission auferlegt – doch damit nicht etwa den dafür verantwortlichen Polit-Hasardeuren der EU-Kommission mit ihren ohnehin exorbitant ausgefertigten Bezügen für deren rechtswidrige politische Willkür-Eskapaden, sondern damit ausschließlich **allen** von dieser EU-Kommission gegängelten, bevormundeten und entmündigten **EU-Bürgern**. Solche Rechtswidrigkeiten, Rechtsbrüche und glatte Rechtsverweigerung durch die selbstherrliche

EU-Kommission finden in den gleichgeschalteten, EU-hörigen Medien natürlich kaum oder gar keine Erwähnung.

Derartiges ist heute bereits „Normalzustand“ geworden und nicht mehr erwähnenswert, vor allem aber, weil es sich hier ja „nur“ um lupenreine Willkür und glatte Rechtsbrüche durch die EU-Kommission handelt, was der (angeblich!) mündige Bürger natürlich gar nicht wissen soll und darf!

Das Urteil stärkt Europäische Bürgerinitiativen und besagt absolut eindeutig, daß internationale Abkommen wie TTIP und CETA **auch gegen den Willen** der selbstherrlichen EU-Kommission Gegenstand einer Bürgerinitiative sein können. **Dieses Urteil ist somit wegweisend für die Zukunft.**

Besorgniserregend ist allerdings die überlange Dauer der Verfahrens vor dem EuGH, denn zwischenzeitlich wurde CETA auf europäischer Ebene ratifiziert und die EU-Kommission hat einen Teil ihrer **eindeutig rechtswidrigen Ziele** erreicht.

Doch nun wird der Kampf gegen TTIP und CETA weitergehen, zumal Handelskommissarin Malmström unterdessen plant, TTIP **nach den Wahlen im Jahr 2017** wieder „aus dem Eisschrank“ zu holen und doch noch durchzupeitschen.

Doch im Europäischen Parlament wird nun eine Anhörung der Kritik der Bürgerinitiative stattfinden müssen - **auch gegen den Willen der selbstherrlichen EU-Kommission.**

Wenn man dies alles nicht erleben würde und auch in der Vergangenheit nicht schon so viel an regelrechten Unglaublichkeiten erlebt hätte, würde man wohl sagen, das alles kann in einem Staat, der sich so gern und geradewegs pausenlos

als demokratischer und sozialer Rechtsstaat bezeichnet, gar nicht denkbar, geschweige denn möglich sein.

Doch weit gefehlt - das alles ist bittertraurige und kaum noch zu überbietende Realität.

Und somit bleibt also immer wieder nur abzuwarten, ob der Wähler endlich einmal aufwacht und allen weiteren derartigen Unglaublichkeiten endlich einen wirklichen Riegel vorschieben wird!

Fazit aus all dem hier Niedergeschriebenen:

Als alter, erfahrungsreicher, von allen Illusionen geheilter und in nahezu aller nur erdenklichen Hinsicht leidgeprüfter Mensch kann ich, vorwärts- wie auch zurückschauend, heute nur noch rezitieren:

**„Denk’ ich an Deutschland in der Nacht,
dann bin ich um den Schlaf gebracht!“**

„Evet“ - Ja zu Erdogan bedeutet Heimkehr der Türken!

von Erwin Arlt

*** Es kann ja wohl nicht richtig sein, hier in Deutschland und in Österreich, die Früchte von Freiheit und Demokratie zu genießen und gleichzeitig für die Diktatur in der Türkei zu stimmen! Damit haben die Mehrheit der Türken für eine sofortige Rückkehr in das gelobte Land gestimmt, wo Erdogan als Alleinherrscher alles bestimmt.**

* Das ist die eine Seite, aber es heißt doch auch, daß sich die Türken weder integrieren wollen, noch assimilieren lassen. **Sie wollen im Endeffekt ein türkisches Kalifat in Deutschland** und den anderen Gastländern aufbauen und da hilft ihnen der Islam, der ja keine Trennung von Politik und Religion kennt, im Gegenteil - **die Religion ist das Vehikel für die Machtergreifung in einem Land.**

* Das Gerede, ja das Geschwätz vom friedlichen Islam und dem gefährlichen Islamismus, gibt es in Wirklichkeit nicht - es überschneidet sich. **Die Moscheen** wären sonst nicht auch **politisch ideologische Schulungsstätten!**

* Aber es gibt auch warnende Stimmen von Türken, die ihr Problem erkannt haben. Bürokaufmann Kemal Kiran sagt: „Ja-Sager, schämen sollt ihr Euch dafür, aus einer Demokratie heraus, für eine Diktatur in der Türkei zu stimmen!“ Leider ist das die Minderheit.

* Natürlich war die Abstimmung durch Behinderungen aller Art gekennzeichnet und entsprach nicht europäischen Standards! Das entschuldigt aber nicht alles! Die Stimmung unter den Türken gegenüber ihren Gastländern, ist also nicht die beste.

* Es war ja schon von Anfang an, **seit die Völkerwanderung aus der Türkei nach Deutschland**, Österreich und in andere europäische Staaten ihren Lauf nahm, falsch, von den deutschen und anderen europäischen Politikern, **blauäugig anzunehmen**, die werden sich langsam aber sicher integrieren, es bliebe ihnen ja gar nichts anderes übrig.

Dieser Versuchsballon platzte jetzt durch die Abstimmung über das Referendum **Erdogans**, der sich schon als **Alleinherrscher** sieht.

* Wenn also in deutschen Großstädten, wie in **Essen 76 % mit „Evet“**, also ja stimmen, in **München 63 %** und in anderen Großstädten, also fast Dreiviertel der Türken für Erdogan und sein Referendum stimmten, **ist das Beweis genug**, daß diese **Türken so schnell wie nur irgend möglich, Deutschland und die anderen Gastländer zu verlassen haben!**

* Es heißt aber auch, daß die **Leisetreterei** der deutschen **Bundesregierung** und der EU **sofort zu beenden** ist. Eine völlig neue Türkei politik ist angesagt! Als erstes muß die Bundesregierung zusammen mit der EU die **Beitrittsverhandlungen** mit der Türkei ehrlicherweise für **beendet erklären!**

* **Dann muß natürlich eine Erklärung der deutschen Regierung erfolgen, die die Türken auffordert, das Land in Richtung Türkei zu verlassen. Auch alle Subventionen an die Türkei sind einzustellen.**

* Und wir kommen nicht daran vorbei, das Thema Merkel, also der Bundeskanzlerin, in diesem Zusammenhang zu untersuchen. **Die Frau mit Raute** - ein freimaurerisches Zeichen, das also den anderen Maurern signalisiert, daß sie von einer der Ihren regiert wird und es damit für diese Spezies, sich nicht schickt, öffentlich Kritik zu üben,

* Deren Politik wiederum ist nicht eine Politik mit den Völkern zusammen, Politik zu gestalten, sondern das Gegenteil hier ist richtig. Dazu paßt auch Merkels Aussage, „**das Volk sei jeder, der in diesem Lande sich aufhält.**“

* Da hat ihr die Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, berechtigterweise auf die Finger geklopft. Nach Merkel sind das alles Menschen, die halt mehr oder weniger zufällig, in dieses Territorium gekommen sind, auch illegal! Frau Petry sagt ganz richtig: „**Merkel wolle den Souverän ausdünnen und abschaffen.**“

* Frau Petry weiter: „**Merkel weigere sich, den Begriff „deutsches Volk“** auszusprechen, obwohl sie genau auf dieses, ihren **Amtseid geleistet** habe! Nunmehr enthüllt sie das Programm, das sie mit der Grenzöffnung verfolgt, zur Gänze, so Frau Petry über Merkel.

* Sie fährt weiter fort: „Für sie ist „das deutsche Volk“ keine kulturelle Größe mit Eigenart und Tradition, sondern: eine zufällige Ansammlung von Menschen auf einem bestimmten Territorien. Nur eine starke AfD könne verhindern, daß die Etablierten den Souverän „deutsches Volk“ austauschen und die Geschichte der Deutschen beenden.“

* Man muß nicht immer Frau Petry's Meinung teilen, aber hier ist es Petry punktgenau und richtig gelungen, Merkels verdeckte Politik zu entlarven.

Wir fügen noch hinzu:

Dr. Willy Wimmer, der ehemalige parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung,

sagte wörtlich: „**Das, was die Bundeskanzlerin in Sachen Nation zum Deutschen Volk abgesondert hat, kann jeder Deutsche nur als krank bezeichnen.**“

Weiter noch die Veröffentlichung der Zeitung „**Die Welt**“ vom **28. Februar des Jahres: „daß 81% der Deutschen der Kanzlerin bei ihrer Nationsleugnung die Gefolgschaft verweigerten.“**

* Der **britische „Expresß“** vom 11. Februar des Jahres wiederum berichtete:

„**Merkels Gouvernement hoping to bring in 12 Million migrants.**“

Es werden also für den Bevölkerungsaustausch schon „Flüchtlinge“ eingeplant, die noch nicht geflohen sind, aber eben auf den bekannten Koffern sitzen und **Migranten, die erst noch angelockt werden müssen!**

* Es hängt eben vieles miteinander zusammen. Erdogans Nationalismus und des Westens Zerstörung der Völker und Nationen. **Aber es ist auch von Vorteil, nun genau zu wissen, auf welcher Seite wir zu stehen haben!**

* UN-Administrator Sergio de Meilo sagte in einer Sendung des US- Radiosenders PBS am 4.8.1999: „Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind ein Nazi-konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft.

Die **VEREINTEN NATIONEN** sind gegründet worden, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern.

Der 14. Dalai Lama erklärte zur Flüchtlingskrise:

* Europa, z. B. Deutschland kann kein arabisches Land werden. **Deutschland ist Deutschland.** Es sind so viele, daß es in der Praxis schwierig ist.

Auch moralisch gesehen finde ich, daß diese Flüchtlinge nur vorübergehend aufgenommen werden sollten.

Das Ziel sollte sein, daß sie zurückkehren und beim Wiederaufbau ihrer eigenen Länder mithelfen.“

* **Die Türken und die anderen Scharen von Ausländern müssen also in ihr Heimatland zurückkehren und ihrem Land dienen, denn die Großzügigkeit Deutschlands und der anderen europäischen Länder muß aus haushaltspolitischen Gründen endlich ein Ende haben!**



Unsere schlesische Heimat

Jahrgang 2017 - Nr. 16

- Verlagsort: 40501 Düsseldorf, Postfach 11 01 35 -

<http://www.bgd1.com>

Kanzelverkündigung der westdeutschen Bischöfe vom 30. Januar 1946 zur Vertreibung

Wir katholischen Bischöfe können nicht länger schweigen zu dem furchtbaren Lose der mehr als 10 Millionen Vertriebenen, die größtenteils schon vor 700 bis 800 Jahren im ostdeutschen Raum angesiedelt waren und den Boden urbar gemacht haben.

Es handelt sich um die Deutschen in Schlesien, in Ost- und Westpreußen, in Pommern, im Sudetenland, aber auch in Ungarn, Rumänien, Südslawien usw.

Alle diese Menschen sind mit gewaltsamer Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat bedroht, ohne daß sie ihr Hab und Gut mitnehmen können, ohne daß ihnen in Westdeutschland eine ausreichende und menschenwürdige Existenz gegeben werden könnte.

Millionen sind schon von diesem entsetzlichen Schicksal ereilt. In Schlesien allein dürften es mehrere Millionen sein.

Die Ausreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt.

Auch nachdem der Hohe Kontrollrat die zwangsweisen Aussiedlungen abgestoppt hat, haben sie keineswegs aufgehört.

Die zurückbleibenden Deutschen aber werden so furchtbaren Drangsalierungen unterworfen, daß sie genötigt sind, das Land zu verlassen, sofern sie nicht durch Untertauchen in fremder Nationalität Schutz finden.

Die Weltöffentlichkeit schweigt zu dieser furchtbaren Tragödie. Es ist, als sei ein eiserner Vorhang vor diesem Teil Europas niedergelassen.

Wir wissen, daß gerade in jenen Gebieten Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben.

Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen? Man kann die wirklich Schuldigen zu unerbittlicher Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten.

Wer will die Verzweiflung so vieler Trauernder auf sich nehmen, die in ihrem entsetzlichen Elend ihrem Leben selbst ein Ende machen.

Wir bitten und flehen, die Weltöffentlichkeit möge ihr Schweigen brechen; diejenigen, die die Macht in Händen haben, mögen verhüten, daß Macht vor Recht gehe, und daß aufs neue eine Saat des Hasses ausgestreut werde, die nur neues Unheil in sich haben kann.

Im Namen der Gerechtigkeit und der Liebe erheben wir unsere Stimme für unsere Landsleute im Osten. Wir bitten die Gläubigen in ihren Gebeten immer wieder dieser Not zu gedenken, und wenn die Ostflüchtlinge zu uns kommen, sie mit der ganzen Opferbereitschaft christlicher Liebe zu empfangen.

Der Heilsbringer - Mr. 100% und Andere von Erwin Arlt

Nun haben wir also die Bescherung. Martin Schulz, der EU-Politiker hat 100% der Delegiertenstimmen des SPD-Sonderparteitages erhalten.

*** WIR ZWEIFELN SEHR STARK, OB ER DER RICHTIGE MANN AM RICHTIGEN PLATZ IST, ER WILL JA SCHLIEßLICH BUNDESKANZLER DER BRD WERDEN, ALSO ANGELA MERKEL IN DIESEM AMT ABLÖSEN.**

* Natürlich könnten wir sagen, regt Euch nicht auf, beide sind - zwar aus verschiedenen Gründen - gleich schlecht für unser Vaterland!

* Der frühere Bürgermeister von Würselen verweigerte jede weitere Flüchtlingsaufnahme, das war Martin Schulz!

* Als EU-Parlamentspräsident forderte er Deutschland auf, mehr Flüchtlinge aufzunehmen! Das ist Martin Schulz!

* Das Gehalt des Heilsbringers Martin Schulz ist höher als das von Angela Merkel, höher als bei Gerhard Schröder, höher als bei den beiden Helmut, Schmidt und Kohl oder auch als das von Willy Brandt! Sein Grundgehalt waren „nur“ 99.000,-- Euro. Zusätzlich eine Kostenpauschale von 51.000 Euro jährlich, eine Residenzzulage von 44.000 Euro jährlich und schließlich und endlich eine Repräsentationszulage von 17.000 Euro jährlich.

Dazu kam sage und schreibe eine Sitzungspauschale von pro Tag 304,-- Euro. Diese Zahlung wurde nicht nur an Werktagen, sondern auch für Sonn- und Feiertage bezahlt, eben an 365 Tagen im Jahr!

* Bei dem obigen Gehalt soll er auch noch in der Funktion eines AfD-Killers im Ruhrgebiet fungieren!

* Wenn man darüberhinaus weiß, daß Martin Schulz ein Abiturabbrecher, zweimaliger Sitzenbleiber ist, der auch eine Lehre abgebrochen hat und als selbständiger Buchhändler Insolvenz anmelden mußte und jahrelang arbeitslos war, dann wird klar, daß er kein geeigneter Kandidat zum Bundeskanzler ist. Seine Alkoholkrankheit werfen wir ihm nicht vor, denn die hat er ja besiegt!

* Jetzt aber kommt der Knaller, man kann es kaum glauben, aber die israelische Zeitschrift „Haaretz“ hat es am 14. Februar 2014 geschrieben: „Für mich existiert das neue Deutschland nur, um die Exis-

tenz des Staates Israel und des jüdischen Volkes sicherzustellen.“

* Die Frage stellt sich ganz nüchtern für unser deutsches Volk:

Kann dieser machthungrige, undeutsche Mann Kanzler werden, der sich mit Gedeih und Verderb dem Staat Israel verschrieben hat, Deutschland als Kanzler selbstbestimmt führen und lenken?! Man kann nur einem Herrn dienen!

* Aus all diesen Gründen ist für uns Martin Schulz der ungeeigneteste Kanzlerkandidat, den wir je hatten!

* Außerdem müssen wir uns nach 72 Jahren am Gängelband von USA und Israel endlich lösen, sonst ist eine selbstbestimmte Politik nicht möglich. Das Gleiche gilt in Bezug zur EU.

* Auch wenn die linksrot-grün-versiffen Politiker, das alles abstreiten, es ist halt dokumentiert.

Wenn wir also schon die EU in diesem Zusammenhang genannt haben, so wollen wir hier - sozusagen in einem Aufwasch - auch noch folgendes korrigieren:

Frau Merkel, Sie irren, wenn sie behaupten:
„Das Volk sei jeder, der in diesem Lande lebt.“

Das Volk ist in erster Linie das Staatsvolk, das durch Jahrhunderte Kultur, Sprache, Art, Heimatliebe, Tradition und Abstammung sich erarbeitet hat.

Die Anderen, die sich hier legal aufhalten, sind Gäste, die sich illegal aufhalten, sind aus diesem Land, also aus Deutschland zu entfernen!

Landläufig Abschub!

* Außerdem gehören die deutschen Staatsbürgerrechte und das Wahlrecht unbedingt dazu.

* Auch das ist Martin Schulz und der amtierenden Bundeskanzlerin in das Stammbuch zu schreiben: Unsere Vorfahren setzten ihr Leben ein, für den Bestand des jeweiligen Volkes und Vaterlandes, **Sie kämpften gegen die Bolschewiken und vorher schon gegen die Ungarn, Mongolen und Türken!**

* Erstmars in der Geschichte hat Deutschland, die heutige BRD, ein „Establishment“, also eine führende politische Klasse, die es offen darauf anlegt, das deutsche Volk in eine multikulturelle, multiethnische Bastion zu verwandeln **und mehr noch,**

sie läßt Kräfte zu, die die Vernichtung und Abschaffung des deutschen Volkes zum Ziel hat!

Nach der 45-jährigen Herrschaft der alliierten Mächte in West und Ost, die das deutsche Volk einfach ertragen hat, kam mit lange vorher wissenschaftlich erarbeitet, die geplante Reeducation, also die Umerziehung des deutschen Volkes zum Tragen. Die deutschen Werte wurden durch die Massenmedien propagiert und ersetzt, durch eine „Bußkultur“!

* Nationale Interessen und eine Staatsraison galten als verpönt und ewig gestrig. Wie überhaupt alle Werte und Tugenden, die bisher galten, eben als ewig gestrig gekennzeichnet wurden. Wer trotzdem Volk, Nation und Vaterland vertrat, wurde als „Neonazi, Rechtsextremist, Verfassungsfeind“ entweder ausgegrenzt oder gleich vor Gericht gestellt mit Anklagen, wie, er wolle den Nationalsozialismus wieder beleben. Jeder, auch der Richter und der Staatsanwalt wußten, daß das in der Regel Unsinn war!

Die eigene Heimat oder das eigene Volk wurden durch Begriffe wie „Gesellschaft und das Zuhause, das man gerade hatte“, ersetzt

* Die Regierenden der Lizenz- und Altparteien schämen sich nicht, sogar die „antifa“ als staatlich förderungswürdig zu erklären und damit flossen und fließen Gelder im Überfluß!!

Bei den Demonstrationen dieser Spezies stehen auf den Spruchbändern dann so aufbauende Parolen wie „Deutschland verrecke“ oder auch „Nie wieder Deutschland“ und dies sei, so lassen uns die Richter wissen, ist alles von der Meinungsfreiheit des Grundgesetzes gedeckt.

Na dann nur weiter so und Thilo Sarrazin/SPD-Mitglied bekommt doch noch Recht, daß sich Deutschland selbst abschafft!

* Heute werden dafür alle die treuen deutschen Menschen, die ihrem eigenen Volk zugewandt sind, als Rechtspopulisten verunglimpft! Wirtschaftlich wird gleichzeitig der Raubtierkapitalismus und der globale Weltherrschaftsanspruch des Westens, besonders der USA missionarisch verbreitet.

Die Neue Weltordnung, die 1924 vom Hochgradgradfreimaurer Graf Coudenhove-Kalergie schon verkündet wurde, hat durch die 68er Revolte fröhlich Urständ gefeiert.

* Die Länder um uns herum, besonders in Europa, sind aus gutem Grund nicht bereit, ihre Identität aufzugeben.

Während ich diese Zeilen zu Papier bringe, höre ich in den Nachrichten daß eine Zusammenkunft der wichtigsten EU-Politiker mit Merkel und dem Kommissionspräsidenten Juncker ein weiter so ausgesprochen wurde - mit noch mehr EU und Zusammengehen vereinbart wurde.

Das Zentrum Europas soll zu einem riesigen „Melting pot“ werden, wenn diesen Völkerverderbern nicht endlich das Handwerk gelegt wird!

* Professor Arnulf Baring fragt: „Scheitert Deutschland?“ und Bundesbankdirektor a.D. Thilo Sarrazin faßt es noch schärfer: „Deutschland schafft sich ab!“ Auch ein „Neonazi“ oder?!

Minister a.D. Jörg Schönbohm sagt es auf Englisch: „Deutschland - **it is fading away!** ! Also es verschwindet.

Der Germanist Kanij Nishio sagt: „Durch die Strategie der Selbstverneinung und der ethnischen Selbstauflösung wird in einem halben Jahrhundert das deutsche Volk in einem total vermischten Zustand sein!!!“

General a.D. Reinhardt Uhle-Wettler stellt die Frage: Ist also Deutschland nicht mehr zu retten?! Er gibt es sich widerstandslos seinem Schicksal?!“

* Es ist durchaus gut, wenn uns Professoren, Bankdirektoren, Literaten, Politiker und Generale, aufrütteln mit Ihren Fragen um Deutschland und seiner Zukunft.

Sie rütteln uns kräftig auf, nicht nachzulassen und zu kämpfen für Heimat, Volk und Vaterland und nicht für EU-Politiker vom Schlage des sogenannten „Heilsbringers“ Martin Schulz, dem Mr. 100% - ähnlich wie bei der SED der DDR und vor allem weil wir seine Vita kennen!

Liebe Freunde,

nicht ein Jeder hat Zugang zum Internet. Jedoch die Zeit wird immer schnellebiger. Unsere Meinung zum Zeitpunkt des Ereignisses eingebracht, kann dazu beitragen, daß wir mit unserer Meinung wahrgenommen werden.

Mit unserer Printausgabe kommen wir für aktuelle Stellungnahmen zu spät. Jedoch, wir können für uns in Anspruch nehmen, fundierte Stellungnahmen, heute, wie vor 26 Jahren in die Debatte zu werfen. Darum hier für unsere Freunde einen Ausschnitt unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Über Ihre Diskussionsbeiträge werden wir uns freuen und diese in beiden Medien, Netz wir Print, weitertragen.

Grüße an alle wachen Geister in unseren Reihen.

Horst Erwin Zaborowski

Bundsvorsitzender und Schriftleiter

Jan 04 2017 Horst Zaborowski @ 01:43

Wasch mir den Pelz – aber mach mich nicht naß

So und nicht anders ist der Aufstand von CSU bis Linke zu sehen bei ihrem Geschrei über die zaghafte Versuche von Bundesinnenminister De Maizière, die Verantwortung des Staates Bundesrepublik Deutschland für seine Staatsbürger in die Tat umzusetzen.

Kann es wirklich sein, daß führende Politiker aus den Bundesländern die Terrorfahrt des ausländischen Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri von Berlin und anschließende Flucht durch Bundesländer sowie durch Länder in der EU schon vergessen haben?

Erst bei einer ganz normalen Straßenkontrolle im Mailänder Vorort Sesto San Giovanni wurde Anis Amri überprüft und nachdem er das Feuer auf die Beamten eröffnete, von der Polizei erschossen.

Besonders peinlich dabei ist, daß einige das sogenannte Dritte Reich bemühen, um das Versagen von Politikern der Bundesrepublik Deutschland, wie Merkel mit der offenen Grenze, zu kaschieren.

05 2017 Horst Zaborowski @ 16:51

Meinungspolizisten

In *Zeit Online* verwendete Jochem Bittner diesen Begriff. –

Immer mehr Deutsche werden einander zu Meinungspolizisten...“

Dieses Wort ist ein Gegensatz in sich. Ein Polizist ist und soll ein neutraler Vermittler der Staatsgewalt sein. Er darf im Dienst über die gesetzlichen Vorgaben hinaus keine Meinung vertreten.

Jeder Bürger der seine Meinung äußert, kann dies rechtens in einem Staat. Sollte seine Meinung mit den Gesetzen des Staates nicht im Einklang sein, ist es die staatliche Justiz, die dies abzuklären hat.

Wer jedoch bei Rot über eine Ampel geht, kann dies nicht mit seiner Meinungsfreiheit begründen, weil es von vornherein ein Verstoß gegen ein bestehendes Gesetz ist.

Auch der Begriff Meinungspolizisten trennt eine Gesellschaft, genau wie die im Artikel von Herrn Bittner angeführten Begriffe Rassist und Linksversiffter.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Jan 06 2017 — Horst Zaborowski @ 02:54

Mit einem Auge betrachtet

Einzelne Entscheidungen von Politikern in Regierungsverantwortung (siehe Merkel) sind für die bestehende Spaltung in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich. **Ob Sie zur Verantwortung gezwungen werden, wird sich bei der Bundestagswahl 2017 entscheiden.**

Autoren, wie **Jakob Augstein** mit seiner Kolumne in SPIEGEL ONLINE „**Sicherheitswahn und „Nafri“**“-Rassismus zeigen: Kein Terrorist kann uns so gefährlich werden wie wir uns selbst.“

tragen wesentlich dazu bei, aus einem Rechtsstaat einen Unrechtsstaat werden zu lassen.

Über Bemühungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière kann sich ein jeder von uns seine Meinung bilden.

An Fakten kommen wir trotzdem nicht vorbei:

Etwa eine halbe Million Bürger aus anderen Staaten befinden sich auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, die damit rechnen müssen keinen Flüchtlingsstatus zu erhalten.

Wenn mit viel Aufwand eine Ausweisung von ca. fünfzig „eingereisten“ Bürger aus anderen Staaten eine Abschiebung (mit hohem finanziellen Aufwand) in Angriff genommen wird, wird dies mit einem öffentlichen Aufwand und einer großen Publikation in den Medien dargestellt.

Diese und die vielen kleinen, in den Medien, wenn überhaupt auf ganz kleiner Flamme berichteten Gesetzesverstöße durch Ausländer, sind die Ursachen, Herr Augstein, warum die Stimmung im Volk kippt.

Daraus dann einen Verstoß gegen Grundgesetz Artikel 3 herbeizuschreiben bzw. sogar von einem grundrechtsfreien Raum zu schreiben ist schon noch mehr, als nur mit einem Auge betrachtet

Jan 07 2017 - Horst Zaborowski @ 18:17

Bundestagswahl 2017 – Schicksalswahl

Vor 72 Jahren saßen wir Deutsche in den Kellern unserer durch und Brand- und Sprengbomben zerstörten Häuser, froren und hungerten in den Rheinwiesen und in den Lagern Sibiriens. Aber wir hofften, zu überleben.

Aufrecht erhielt uns nicht nur unser Überlebenswille, wir konnten uns in dieser Not auf unseren Nachbarn und auf unsere Kameraden verlassen. Wir waren ein Volk in Not. **Verräter waren die Ausnahme.**

Mit Gründung der BRD und der DDR begannen Kräfte aus Wirtschaft und Politik, im Lande und aus dem Ausland heraus diese Einheit systematisch zu zerstören.

Von der RAF über die Grünen bis zu Merkel zieht sich ein roter Faden der Zerstörer der Sitten und Gebräuche unseres deutschen Volkes.

Stand 2017:

In vielen Städten dominieren ausländische Clans bereits das öffentliche Leben. Die Zahl von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland mit ausländischen Wurzeln hat einen Bevölkerungsanteil von ca. 17 % erreicht.

Eingefangen in einer EU, in der jeder Staat sich seine Rosinen herauspickt, die dann der deutsche Steuerzahler bezahlen muß.

Überschwemmt von Menschen aus aller Welt, bis in das letzte deutsche Dorf hinein – der deutsche Steuerzahler zahlt!

Zahlt nicht nur mit seinem schwer verdienten Geld, sondern auch mit seiner Sicherheit. Eine offene Tür zu finden, ist wie ein Sechser im Lotto. Trotz allem technischen Aufrüsten, nicht jeder hat die finanziellen Möglichkeiten aus seinem Heim eine Festung zu machen.

Diebstähle sind an der Tagesordnung nicht nur in unseren Wohnungen, sondern auch im öffentlichen Bereich, auf unseren Straßen und Plätzen.

Die Aufgabe eines Staates, in der er sich von einem Haufen Wilder unterscheidet, ist die Registrierung seiner Staatsbürger – und aller Bürger die in diesen Staat ein oder ausreisen.

Stand in diesen Tagen:

In die Bundesrepublik Deutschland unkontrolliert Hineingeströmte sind bis heute noch nicht voll ermittelt.

Selbst bei Kontrollierten und Registrierten besteht ein **Risiko für deutsche Staatsbürger**. Der beste Beweis ist der Attentäter von Berlin mit seinem bis zu 14 Registrierungen.

Wahlzeit steht an:

Und wie ein Wunder, fast alle in Verantwortung stehende Politiker entdecken ihre Verantwortung. Bei Ihren Wortmeldungen werden Versprechungen abgegeben, wie vor Jahrzehnten vor jeder Wahl, aus denen in den „Koalitionsverhandlungen“ dann nichts als Schmierseife herauskommt.

**Im Bundestagswahl-Jahr 2017
ist unser deutsches Volk geteilt.**

Über Bürger, die 2017 nicht an der Wahl teilnehmen, entscheiden andere. Der Block der Nichtwähler wird bei der Bundestagswahl einfach in Luft aufgelöst.

Wenn Sie zur Wahl gehen entscheiden Sie mit:
Ob Sie in Ihrem Leben in einer menschlichen Umgebung Ihr täglich Brot verdienen oder der Ölkännchenhalter in einem Raum mit lauter sich selbst erzeugenden Maschinen und Computern teilen werden.

Ob Ihre Kinder in der Nähe Ihres Wohnortes eine Schule besuchen können oder Sie diese kilometerweit zur nächsten Schule fahren müssen.

Ob auch noch in Zukunft ein Deutscher Bürgermeister an ihrem Wohnort, Ministerpräsident des Landes in dem Sie wohnen, oder gar Bundeskanzler sein wird.

**Selbsterhaltungswille ist ein Menschenrecht!
Sie sollten mutig genug sein für Ihr eigenes Überleben in Freiheit und Würde Ihre Stimme einzusetzen.**

Horst Zaborowski

**Erika Steinbach –
die Rückkehr zum aufrechten Gang.**

Mit Merkels Gesetzesbruch als Aufhänger, ist es ein leichter Schritt.

Als Kohl vor über 20 Jahren die Heimat von 15 Millionen Heimatvertriebenen verraten hat, wäre dies ein wirkliches Signal einer Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen gewesen.

Damals war es die Heimat von 15 Millionen Deutscher. In diesem Wahljahr 2017 fällt die Entscheidung für oder gegen die Heimat von 80 Millionen Deutscher.

Trotzdem – Danke für Ihren Schritt!

15 2017 - Horst Zaborowski @ 03:32

**Donald Trump als Job-Zauberer
Die ca. drei Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland würden auch eine In-**

itiative von Bundeskanzlerin Merkel begrüßen, wie diese von US Präsident Donald Trump in seinem Land gestartet wurde, um Menschen in Arbeit und Brot zu bringen.

Bei der Hofberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland wird eine Schokoladenseite gezeichnet, wenn über die Zahl der Menschen berichtet wird, die in der BRD in Arbeit stehen.

Auch aus diesen Halbinformationen (die Zahl der Menschen mit geringem Einkommen wird selten oder gar nicht genannt) speist sich der Begriff „Lügenpresse“.

Die Arbeitenden in den USA, genau so wie die Arbeitenden in der BRD wollen mit ihrer Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt sicherstellen.

Muß es uns erst ein Kapitalist aus den USA vormachen, wie dem Raubtierkapitalismus die Krallen gekürzt werden können?

Jan 15 2017 - Horst Zaborowski @ 20:30

Dank an Erika Steinbach

Mit Ihrer Erklärung an die Presse, die ich mit großem Interesse gelesen habe, erinnere ich mich an die mutige Erika Steinbach, die als eine der 17 Abgeordnete gegen die „Polen-Verträge“ gestimmt hatte. (Warschauer Vertrag).

Aus der publizierten „einhelligen Zusammenarbeit mit Bundeskanzlerin Dr. Merkel“ hat sich der Eindruck in Kreisen der Widerstandswilligen und der Vertriebenen verstärkt, daß „Nibelungentreue“ zur Kanzlerin über die Verantwortung aus dem Abgeordneten-Eid gestellt worden war.

Mit der Presseerklärung vom 15. Januar 2017 ist der innere Widerstand gegen den begangenen Gesetzesbruch durch Bundeskanzlerin Dr., Angela Merkel offen gelegt.

Wir Bürger hoffen, daß dieser Anlaß, bei jüngeren Abgeordneten, zur Überprüfung bei Entscheidungen eines jeden einzelnen Abgeordneten beiträgt

Volksentscheide

Eine Forderung nach Volksentscheiden ist legitim. **Es muß jedoch sichergestellt werden, daß diese Entscheidung auch vom Volke in des Wortes Sinn vom ganzen Volk getroffen wird. Ansonsten kann es bei den bisherigen Wahlverfahren bleiben, wo in den meisten Fällen letztendlich nur eine Minderheit ihre Zustimmung gibt.**

Vorschlag:

Bei Volksentscheiden besteht Wahlpflicht

Die Informationsphase ab Einreichung des Vorschlages zum Volksentscheid beträgt ein Jahr.

In dieser Informationsphase muß den Befürwortern und den Gegnern des Volksentscheides ein gleichwertiger, kostenloser Zugang zu allen Informationsebenen auf gesetzlicher Basis garantiert werden.

Um Gesetzeskraft zu erlangen muß der Volksentscheid von 4/5 der wahlberechtigten Bürgern angenommen werden.

Dem Parlament steht ein Einspruchsrecht bei einer vollzähligen Anwesenheit und einer 4/5 Mehrheit zu.

Erfolgt dieser Einspruch, muß der Volksentscheid unter Anwendung der Punkte 1 – 4 wiederholt werden.

Zur Erlangung der Gesetzeskraft reicht dann eine Wahlbeteiligung von 2/3 der Wahlberechtigten.

Gegen diesen Volksentscheid besteht kein Anfechtungsrecht mehr.

Jan 21 2017 - Horst Zaborowski @ 02:56

US-Präsident Trump – Politik nach alten Regeln

Machthaber in früheren Zeiten stützten ihre Macht auf „teile und herrsche“. Demgemäß stellte auch

US-Präsident Trump seine Regierungsmannschaft zusammen. **Zu jedem Thema zwei Minister mit abweichenden Meinungen.**

Damals wie heute bei seiner ersten Rede als Präsident stehen Redekunst, Gestik und Überzeugungskraft im Vordergrund. Der Trick mit den Wiederholungen einzelner Worte paßte genau so ins Bild wie seine Abstützung auf die Menschen (im wesentlichen auf die **Arbeiterschaft und den Mittelstand**), die im **Globalisierungswahn in ihren Lebensgrundlagen eingeschränkt wurden bzw. diese verloren haben.**

Wir sollten auf die bestehenden Möglichkeiten von US-Senat und Repräsentantenhaus nicht viel Hoffnung setzen. Genau so wenig Hoffnung sollten wir auf die Konstruktion Europa setzen.

Trumps Forderung: „**Die Zeit für leeres Gerede ist vorbei. Nun kommt die Stunde des Handelns**“, muß eine Vorlage für deutsche Politiker sein, Politik für deutsche Menschen zu gestalten.

Wir können dabei nur hoffen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland welche finden.

Jan 22 2017 - Horst Zaborowski @ 06:07

US-Präsident Donald Trump

Hoffnung und Illusionen - zwei Seiten einer Medaille. Für die durch den Globalisierungswahn abgehängten Bürger in den USA (wegen der Strahlkraft der amerikanischen Wirtschaft somit auch auf die Bundesrepublik Deutschland anwendbar), ist US-Präsident Trump ein Hoffnungsschimmer. Allein das Eingeständnis durch den US-Präsidenten bzw. die Nennung dieses Zustandes, stellt ein Stück Gerechtigkeit dar.

Eine Illusionen ist darin zu sehen, daß dies Kräfteverhältnisse, auf die Kapitalmasse hochgerechnet (Superreiche, Reiche und gehobene Mittelschicht), die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben für die schaffende Bevölkerung wegen dem zu großen Übergewicht zulassen wird.

Diese beiden Seiten der Trumpschen Medaille zeigt sich auch im Anspruch „Amerika zu erst“.

Wenn dieser Grundsatz eine weltweite Strahlkraft entwickeln sollte, ist die Schlußfolgerung, auch andere Staaten (und somit auch die Bundesrepublik Deutschland) dürfen und letztendlich müssen diesen Anspruch für ihre Staatsbürger in Anspruch nehmen.

Ob jedoch das sogenannte „Populisten-Gipfel-Treffen“ in Koblenz eine Grundlage dafür bieten kann, ist mehr als fraglich. **Europa ist kein Staat. Folge dessen ist die Bundesrepublik Deutschland gefordert, in ihrer Souveränität ihre eigene Bevölkerung vor den Folgen des „Amerika zuerst“ zu schützen.**

Dabei würde es schon reichen, dem Grundgesetz folgend, die Lebensverhältnisse im deutschen Volk insgesamt zu verbessern, wie es der Spruch über dem Reichstag

„DEM DEUTSCHEN VOLKE“

zum Ausdruck bringt!

Jan 23 2017 - Horst Zaborowski @ 04:19

Volks- oder Weltwirtschaft

Dies ist scheinbar keine Frage, weil jede Volkswirtschaft in dieser Weltwirtschaft eingebunden ist. **Und trotzdem ist ein Vergleich mit Gift und Medizin erlaubt – es kommt auf das Verhältnis an.**

Aufgabe der Wirtschaft eines Volkes (Volk deshalb, weil es Menschen in einem Volk sind, die Güter erzeugen und verbrauchen - Staaten können nur Rahmen und Grenzen abstecken bzw. absichern), ist es, Bedürfnisse für das Volk bereitzustellen. **Eine verantwortungsbewußte Volkswirtschaft dient dabei vorwiegend seinem eigenen Volke.**

Weltwirtschaft ist kein Erzeugnis des Kapitalismus. Handel fand seit Menschen Gedenken zwischen den Völkern statt – ob diese sich bereits in Staaten organisiert hatten oder noch nicht.

Globalisierung als ein Produkt des Kapitalismus, ist die Bezeichnung für eine Ausnutzung von Werten und Dienstleistungen der einzelnen Völker. Bei dieser Wertschöpfungskette **bereichert sich in unverschämten Ausmaß ein kleiner Teil der Menschheit auf Kosten des weitaus größeren Teiles.** Diese Ausnutzung bzw. Ausbeutung der

Werte (ob Bodenschätze oder Arbeitskraft), trägt wesentlich zu den großen Einkommensunterschieden innerhalb der Völker bei. – **Und ist auch ursächlich für Flucht aus der Armut!**

Diese Einkommensunterschiede waren es auch, die eine Wende in der Wahl des US-Präsidenten in den Vereinigten Staaten von Amerika zu Donald Trump hin entschieden haben. In der veröffentlichten Meinung wird dieser Umstand herunter geschrieben und herunter geredet. Gemäß dem Spruch: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“, lebt dieser kleinere Teil eines Volkes in einer Glocke der Abgehobenen. Den größeren Teil des Volkes, der die Arbeitslast im wahrsten Sinne des Wortes trägt, dann dazu noch als die „Abgehängten“ zu bezeichnen, zeugt von einem Hochmut der vor dem Fall steht.

Und dieses nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch in „Merkels“ Bundesrepublik Deutschland ist dieser Hochmut der agierenden und regierenden Klasse unerträglich geworden. Das Faß zum überlaufen bringt die Missachtung der bestehenden Gesetze - siehe Öffnung der Grenzen für Menschen aus aller Welt durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, ohne den Vertreter des Souveräns, die Abgeordneten des Bundestages der Bundesrepublik Republik Deutschland, entscheiden zu lassen.

Bei den kommenden Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland wird es sich erweisen, **ob die „Abgehängten“ die Kraft aufbringen, ihre hochmütigen Klassen in die Schranken zu verweisen.**

Jan 25 2017 - Horst Zaborowski @ 03:22

England und sein Demokratieverständnis

wurde durch ein hohes englisches Gericht - High Court - mit dem verkündeten Brexit-Urteil beschädigt, insoweit Demokratie mit Volksherrschaft in einem Zusammenhang gesehen wird.

Waren es doch auch Engländer, die nach Kriegsende 1945 mit dem Alliierten Kontrollrat ihre „demokratische“ Regelungen in Deutschland

einführten und dabei die Weimarer Verfassung mißachteten. Eine Verfassung, die in einer ca. 2000 Jahre vor unserer Zeit, als es um „Germanien“ herum bereits eine „zivilisierte“ Welt gegeben hatte, die von Königen und Kaisern regiert wurde, von unseren Vorfahren im Thing gelebten Demokratie, im Sinne von Volksherrschaft, ihre Wurzeln hat.

In der Urform ist das Volk der „Gesetzgeber“. Alle vom Volk Beauftragten sind in ihre Funktionen und Rechte hinein gewählt oder ernannt worden - so auch die Richter des High Court! – Infolgedessen sprechen diese ihr Urteil im Namen des Volkes, in England wie in der Bundesrepublik Deutschland. **Leider besteht im deutschen Volk zu wenig Selbstbewußtsein und Bereitschaft, diese Souveränität durchzusetzen. Anders kann es sonst nicht verstanden werden, daß Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ihr „Bauchgefühl“ unbeschadet über Gesetze stellen konnte.**

Mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, wurde unter Aufsicht vom Alliierten Kontrollrat ein Gesetz eingeführt und keine Verfassung vom deutschen Volk beschlossen!

Art. 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Wem der GG–Art. 146 als Beweis noch nicht ausreicht, kann sich an den zahlreichen Veränderungen des Grundgesetzes orientieren, die jeweils ohne eine Befragung des Souveräns, dem deutschen Volke, wie es über dem Portal des Reichstages in Stein gemeißelt wurde, „eingeführt“ wurden.

Jan 28 2017 — Horst Zaborowski @ 02:34

Zweierlei Maß

In **ZEIT ONLINE** schrieb Michael Thumann: „Populisten schwärmen von einer Vergangenheit, die nur in Erinnerungen existiert.“

Bei einer derartigen Aussage werden Schlagworte wie Lügenpresse usw. erzeugt. Erinnerungen können sich nur auf Ereignisse aus der Vergangenheit beziehen. Wer sich in der Gegenwart erinnern muß, steht kurz vor seiner Demenz.

Wer dieses „früher“ erlebt hat, dem kann ein „Nachgeborener“ seine Erlebnisse wegdiskutieren, weil ein „Nachgeborener“ in der Vergangenheit nicht gelebt hat und er sein Wissen aus Quellen beziehen muß!

Wenn diese Quellen Sätze wie:

Früher war alles besser. „Stimmt doch!“, untermauern sollten, hat Herr Michael Thumann bei seinen Recherchen sich wenig Mühe gegeben.

Heute leben auch viele Menschen im Westen. Nach über 70 Jahren in Frieden und präzedenzlosem Wohlstand im Westen, macht sich bei ihnen Überdruß breit.

Der Wohlstand reicht in ihren Augen nicht aus, jedenfalls nicht für sie persönlich, und den Frieden halten die meisten offenbar für selbstverständlich.

Der von Herrn Thumann angeführte präzedenzlose Wohlstand im Westen, begann nach dem Kriege 1945 mit dem Räumen von Trümmerbergen, mit Hungerjahren und ein Überleben in den Kellern zerbombter und ausgebrannter Häuser.

Mit ganzjährlich durchgehenden Arbeiten, einschließlich Sonn- und Feiertage in den Kohlenruben und Stahlwerken an Rhein- und Ruhr.

Sicherlich gab es auch in diesen Zeiten Menschen wie Michael Thumann, die Lücken fanden, aus denen heraus „ihr wirtschaftlicher Aufstieg“ es ihnen erlaubte, sich von den arbeitenden Menschen abzusetzen.

Und diese waren es dann auch, die Ansätze wie Erhard's „Soziale Marktwirtschaft“ in 70 Jahren in einen Turbo-Kapitalismus umwandelten. Ergebnisse, wie diese Trump in den USA ins Präsidentenamt beförderten, bestehen ebenfalls in der Bundesrepublik Deutschland. Das Tüpfelchen auf dem „i“ ist Merkels „Wir schaffen das“.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch in der Bundesrepublik Deutschland die vom Turbo-Kapitalismus Ausgemusterten ihre Stimme, im wahrsten Sinne des Wortes, in die Waagschale werfen werden.

Jan 29 2017 - Horst Zaborowski @ 02:35

Achse Paris – Berlin

Der Tatendrang des neuen Außenministers für die Bundesrepublik Deutschland drängt Sigmar Gabriel zum Achsenpartner Frankreich.

Vor Jahren war schon einmal eine Achse Frankreich - Bundesrepublik Deutschland – Rußland im Gespräch.

Nachdem sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, (wie in SPIEGEL ONLINE) berichtet, für ein Ende der Sanktionen gegen Rußland ausgesprochen hat, könnte Außenminister Gabriel einen Versuch zur Belebung der **Achse Frankreich - Bundesrepublik Deutschland - Rußland** wagen. **Dies wäre dann eine angebrachte „Europäische Reaktion“ auf Trumps „Amerika zuerst“.**

Freunde,

bei der Diskussion über eine Achse des Friedens mitten durch Europa rufe ich allen Kritikern zu:

**Man muß die Tatsachen kennen,
bevor man sie verdrehen kann!**

Horst Zaborowski

Jan 30 2017 - Horst Zaborowski @ 02:34

US-Präsident Trump – der globalisierungsfeindliche?

In der Verantwortung stehende Regierungsmitglieder, ob in den Vereinigten Staaten vom Amerika oder in der Bundesrepublik Deutschland, sind ihren Staatsbürgern verantwortlich!

Leider hat sich in den letzten zwanzig Jahren der **Globalisierungswahn** weltweit so verbreitet, daß diese Verantwortung der Regierenden gegenüber ihrem Souverän, der eigenen Bevölkerung gegenüber, als ein negatives Verhalten dargestellt wird.

Wenn in ZEIT ONLINE betitelt wird: Ökonomen sehen 1,6 Millionen deutsche Arbeitsplätze bedroht, zeigt sich die Kraft des Turbo-Kapitalismus.

Es wird höchste Zeit, daß die Rangfolge in einem Staat deutlich benannt wird:

Erst kommt der Souverän, das Volk.

Danach hat das vom Volk gewählte Parlament seine Befugnisse auszuüben.

Die „Regierenden“, vom Präsidenten bis zu den Ministern, arbeiten Vorschläge aus, die vom Parlament bestätigt werden.

Die Wirtschaft hat im Staat eine dienende Funktion.

Vom US-Präsidenten Trump erwarten „seine“ Wähler, Wahlversprechen einzulösen.

Oh Wunder, welch ein großes Geschrei, wenn ein Staatsmann einmal seinen Versprechungen auch Taten folgen läßt.

Als Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland fordern wir von unseren Politikern ebenfalls die Einhaltung der bei Wahlen gegebenen Versprechungen!

Leider ist die Nachkriegsordnung in der Bundesrepublik Deutschland so gestaltet worden, daß die Wirtschaft Narrenfreiheit hat.

Jan 31 2017 - Horst Zaborowski @ 02:32

Wut-Schaum vernebelt den Ausblick

Die Einflußnahme der USA auf die Gestaltung unseres Lebens in Deutschland ab 1945 ist Geschichte und Gegenwart zugleich.

Dieses als schicksalsbedingt hinzunehmen, ist der Bevölkerung der BRD in 70 Jahren, dank der 1945 zugelassenen Medien, „anerzogen“ worden.

Nun kommt Trump. Er bleibt in der Tradition der Einflußnahme Amerikas. Seine andere Art amerikanische Interessen durchzusetzen, ent-

facht kurioser Weise einen Widerstand in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen.

Für viele der Anordnungen von US-Präsident Trump mag der Widerstand aus der eigenen Bevölkerung nachvollziehbar sein. Auch Bedenken über die Einflußnahme der Anordnungen von US-Präsident Trump auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sind nachvollziehbar.

Jedoch die Anordnung des US-Präsidenten, per Dekret von einem auf den anderen Tag nur einem bestimmten Kreis aus anderen Staaten eine Einreise nur nach Überprüfung zu gestatten, darf nicht dazu führen, daß mit Wutschaum reagiert wird.

Zumal Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland, belastet mit dem Versagen bei der Amokfahrt in Berlin (mit Toten und Verwundeten) und Merkels Entscheidung des unkontrollierten Überschreitens der Grenze durch ausländische Bürger, sollten in sich gehen.

Bei der Terrorbekämpfung im eigenen Land versagen und Vorsichtsmaßnahmen in den USA zu kritisieren, ist der Gipfel einer Hochnäsigkeit, die den Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zusteht.

Feb 02 2017 - Horst Zaborowski @ 17:02

Der kleine SPD-Schulz und seine starken Worte

Neue Besen kehren gut und SPD-Schulz kehrt kräftig. Inhaltlich kommt bei den begeisterten SPD-Anhängern im Mondpalast Wanne-Eickel noch nicht so viel rüber. Mit der „Gerechtigkeit“ unter der ja so viel verstanden werden kann und dem „zurückgelassen“ werden hat so mancher seine eigenen Erfahrungen gemacht.

Wie SPIEGEL ONLINE berichtete:

Nur eine ältere Dame murmelt: „**Wat heißt denn dat jetzt genau?**“,
Anna, dat weis der doch auch noch net sogenau.
Wart mal ab, der wird schon noch wat bringn.

Oppe dann mehr Rente kriegst – wird sich ja zeigen. Erstmal wit er, so wie et inne EU gemacht hat, für die „armn“ Südeuropäer sorgen. Also ehrlich, da musse doch Verständnis für habn.

Vonne Merkel kannste doch nur noch mehr Flüchtlinge erwarten die an „Deiner“ Rente knabbern – oder?

Gruß vonne Zabo, inne 90

Feb 04 2017 - Horst Zaborowski @ 12:12

Merkels Traum von einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Schwankungen ähnlich Schröder's „Basta“ beim Abschalten von Atomkraftwerken und bei der Durchsetzung des Bauchgefühls bei Einlaß der Flüchtlinge am Parlament der Bundesrepublik Deutschland vorbei, war die „Eine“ Merkel.

Die „Andere“ Merkel betritt den schwankenden Boden der Ungenauigkeiten mit ihren Überlegungen über ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Geschwindigkeiten pendeln sich ein, sobald Währungen den Kursen im freien Markt folgen. Ergo - ein Europa mit den Währungen aller Länder.

Die Kunstwährung EURO war ein Wunsch ohne jede Chance, auf Dauer Realität zu bleiben.

Feb 06 2017 - Horst Zaborowski @ 17:57

Zu den Grundlagen!

BGD – Nachrichten für das ganze Deutschland
Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft
DIE NEUE DEUTSCHE MITTE

Der Worte sind genug gewechselt. Laßt mich auch endlich Taten seh'n! „J. W. von Goethe, „Faust I“

Wir, aus dem Lande stammende Deutsche (Autochthone), fordern die Einlösung der eindeutigen gesetzlichen Verpflichtung aus **Grundgesetz Art. 146**, die mit Einverständnis der Alliierten dem Deutschen Volk zugesagt worden ist.

Grundlagen sind:
Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung, wie diese am 22. Juli 1913 in Kraft getreten ist.

Die Verfassung des Deutschen Reiches („Weimarer Verfassung“), wie diese am 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt 1919, Seite 1383) in Kraft getreten ist.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, wie diese am 23. Mai 1949 im Bundesgesetzblatt Nr. 1 in Bonn veröffentlicht wurde – Art. 146.

Unser Aufruf:
Bei kommenden Wahlen mit dem Stimmzettel unseren Gesetzen, wie oben aufgeführt, wieder Geltung verschaffen!

Leitlinien:

Alle Menschen haben das Recht, auf dieser unserer aller Welt, zu leben.

Dieses Recht beinhaltet jedoch nicht, daß alle Menschen an einem bestimmten Ort, in einem bestimmten Land oder in einem bestimmten Staat leben dürfen. – Menschen, die an einem Ort, in einem Land oder in einem Staat bereits leben, haben gemäß den Naturgesetzen das Recht, zu bestimmen, wer mit ihnen an einem Ort, in einem Land oder Staat leben darf. – Dieses Selbstbestimmungsrecht mit Begriffen wie „Fremdenhaß“ oder „rechtsextrem“ zu belegen, ist vorsätzlich und schamlos verlogen, rein politisch motiviertes Kalkül, in übelster Weise diffamierend und beleidigend und erfüllt bereits den Straftatbestand der Volksverhetzung. – Jedes Lebewesen auf dieser Welt besitzt ein Selbsterhaltungsrecht und verteidigt seinen Lebensraum für sich und seine Nachkommen.

Geschichte:
70 Jahre nach Kriegsende steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer Zerreißprobe, weil Regierungsmitglieder ihre mit Eid übernommenen Verpflichtungen, dem obersten Souverän, dem Deutschen Volk, gegenüber nicht einhalten. Sie übertreten Gesetze und sind so-

mit auch für in unser Land eindringende Flüchtlingsströme verantwortlich. Passiver Widerstand mit Inkaufnahme von Gesetzesübertretungen ist ein falscher Weg.

An die Geschäftsstelle
Bund für Gesamtdeutschland BGD
Postfach 33 06680 Teuchern

Bitte um kostenlose Lieferung der Zeitung „Unsere Deutsche Heimat“

Vorname, Name:

.....

Straße und Hausnummer:

.....

PLZ Ort:

.....

Unterschrift:

.....

Fernsprecher:

.....

Feb 08 2017 - Horst Zaborowski @ 02:44

EU – Vertragsveränderungen

SPIEGEL ONLINE berichtet:
Merkel hält EU-Rückbau für unrealistisch.

Wo Merkel Recht hat, ist dies anerkennenswert. Leider verliert sich diese klare Sicht in dem Moment, ab dem Merkels Bemühungen auf ein weiterentwickeln der EU nach Großbritanniens Austritt gerichtet sind.

Wer politische Entwicklungen in den Niederlanden und in Frankreich ignoriert und auch de

Gauls Europa der Vaterländer ablehnt, beschleunigt einen Zerfall der EU. Bei einem, wie auch immer organisierten Rückbau der EU würde eine „Rosinenpickerei“ von einzelnen Ländern in ein Chaos führen.

Forderung:

Neuorganisation eines Europas der freien Vaterländer! Keine Diskriminierung eines europäischen Staates oder der Völker. Unter die Vergangenheit einen Strich ziehen. **Die Hoheit eines jeden Staates manifestiert sich in seiner Währung.**

Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten obliegen den Regierungen der souveränen Staaten.

Das Bürokraten-Monster EU abwickeln. Schulden gemäß der Bevölkerungszahl des jeweiligen Staates aufteilen.

Feb 15 2017 - Horst Zaborowski @ 03:25

Merkel und Trump

Zwei verantwortliche Politiker mit unterschiedlicher Kompetenz. Beide Staaten, die USA und Bundesrepublik Deutschland, sind Demokratien. Gemäß der Gesetzeslage sind die Entscheidungsmöglichkeiten in den jeweiligen Staaten unterschiedlich. Obwohl ein Anschein von Gemeinsamkeiten an Ausgewogenheit durch Bundestag und Länderkammer in der BRD und Repräsentantenhaus und Senat in den USA erweckt wird.

In einem sind sich Merkel und Trump in ihren Handlungen einig – **Ihre jeweiligen Handlungen sind unberechenbar für Freund und Feind.**

Daß US-Präsident Trump über den bewußten „roten Knopf“ Verfügungsgewalt besitzt, ist eine Bedrohung für die ganze Welt. Wo hingegen Bundeskanzlerin Merkel „nur“ die Macht hat, ihrem Bauchgefühl gemäß eine Einladung an alle Menschen in der Welt zu senden.

Für autochthone Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist der Unterschied, ob die Welt in einem Atom-Krieg zugrunde geht oder die eigene Heimat von Bürgern aus vielen Staaten

dieser Welt „erobert“ wird, in letzter Konsequenz gleich.

Wenn wir durch einen Atomschlag, von welcher Seite auch ausgeführt, getroffen werden, sind wir in jedem Falle, als Volk sofort tot oder in 20 Jahren hat sich unsere Heimat für unsere Nachkommen in eine Diaspora verwandelt - dann sind wir Deutsche als Volk auch tot.

Feb 20 2017 - Horst Zaborowski @ 20:32

Dem Deutschen Volke

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland am 8. Mai 1949 beschlossen und von den Alliierten genehmigt.

Ein Gesetz durch Vertreter eines Volkes beschlossen, das von Vertretern eines anderen Volkes genehmigt wird, ist ein Diktat – hat mit freier Entscheidung eines freien Volkes nichts gemein.

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Der beseelte Wille als ein gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden zu dienen war Hoffnung.

Die Realität – Europa war in Ost und West gespalten. Der „Kalte Krieg“ besteht mit Abschwächungen bis auf den heutigen Tag fort.

I. Die Grundrechte

Artikel 1

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemein-

schaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Mit diesem Grundgesetz bekennt sich das Deutsche Volk zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, infolgedessen können auch alle weiteren „Grundrechte und Artikel“ sich nur auf das Deutsche Volk beziehen.

Verträge, die ohne Zustimmung des Deutschen Volkes, von auf Zeit gewählten Abgeordneten und Regierungsmitgliedern geschlossen wurden, verstoßen gegen die oben aufgelisteten Grundrechte!

Feb 23 2017 - Horst Zaborowski @ 05:30

Diskussion um Wiedereinführung der Wehrpflicht.

In ZEIT ONLINE wird berichtet, daß zwischen dem Wehrbeauftragten des Bundestages Bartels und dem Reservistenverband unterschiedliche Stellungnahmen über eine Dienstpflicht bestehen.

Voraussetzung für eine Wehrpflicht ist die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. Wer jedoch deutsche Truppen außerhalb des eigenen Staatsgebietes auf anderen Kontinenten einsetzt, darf nicht große Bereitschaft erwarten.

Für der Gedanken eines Gemeinschaftsdienstes, den jeder Staatsbürger der BRD für ein Jahr zu leisten hätte, in dem die freie Wahl zwischen Sozialdienst, Arbeitsdienst und Wehrdienst besteht ist unter dem Gerechtigkeitsgedanken vertretbar.

Politiker, wie Merkel oder Schulz, so Sie ohne „Wehrdienst Erfahrung“ sind, können nur in großen Dimensionen denken. Im Fall eines Falles würde ein sicherer Platz auf dieser Welt auf Sie warten.

Feb 25 2017 - Horst Zaborowski @ 19:25

Trump und Schulz

Zwei Politiker die auf dem Wege zur Macht auf die im jeweiligen Lande „Vergessenen“ - USA oder BRD - den Schulterschluß suchten bzw. suchen. **Es ist zumindest merkwürdig, daß diese „Vergessenen“ ihre Hoffnung setzten bzw. setzen auf**

Männer, die ihre persönlichen Verhältnisse in den oberen Einkommensligen positioniert haben. Wobei Trump zu dem Titel Kapitalist sich offen bekennt. Schulz hingegen verschleiert gerne seine Vermögensverhältnisse bzw. woher seine (Mittel) geflossen sind.

Beide werden zu beweisen haben, daß ihren Wahlversprechen Taten folgen werden.

Bei Trump ist, trotz seinem unkonventionellen Verhalten der Wille zu erkennen, „seinen Wählern“ ihre Träume zu erfüllen. Daß sich abzeichnete, dies geht auf Kosten anderer Volkswirtschaften, berührt die betroffenen Bürger in den USA nur am Rande.

Anders sieht es bei Schulz aus. Aus seiner politischen Vergangenheit trägt er so viel Ballast mit sich in Form von Verschiebung der staatlichen Mittel, die den diese Mittel Erarbeitenden deutschen Bürgern entzogen wurden und verstärkt entzogen werden sollen, daß trotz aller Euphorie der SPD-Anhänger der arbeitenden deutschen Bevölkerung eine unsicher Zukunft ins Haus steht.

Freunde,

es wird sich erweisen ob das „WW“-Wunder aus Würselen die Kurve zum normalen Bürger kriegt - oder etwa denkt:

„Ich bin wie ich bin. Die einen kennen mich - die anderen können mich.“

Feb 26 2017 - Horst Zaborowski @ 04:08

Gaukler am Werk

Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen der Weltpolitik in der Spitzengruppe mitzumischen, waren zu keiner Zeit real.

Angefangen den großen Max zu spielen, begann mit Gründung der BRD und ihrer Einbindung in den kalten Krieg. Nie wieder Krieg war vergessen. Deutsche Politiker, eine Mischung von zurückgekehrten Emigranten und Beflissenen, dienten sich in ihrem vorausseilenden Gehorsam den Siegermächten an.

Der Wirtschaftsaufschwung speiste sich aus dem Aufbau des zerstörten Landes. Bedarf war in eini-

gen Jahren gedeckt und der Export entwickelte sich rasant.

Wo stehen wir im Jahre 2017?

Eingebunden in Verträgen zum „Schutz“ der Eliten aus Politik und Wirtschaft. Eine superreiche Oberschicht, eine sich verkleinernde Mittelschicht und eine sich vergrößernde Anzahl autochthoner Deutscher am untersten Existenzminimum.

In den Siegermächten, insbesondere den USA, hat sich eine ähnlich Entwicklung vollzogen. Die Spaltung der Gesellschaft in Superreich und Bettelarm hat Donald Trump ins Amt des US-Präsidenten gewählt. Wir können erleben, wie ein Politiker beginnt seine Wahlversprechen einzulösen.

In der BRD beginnt der Wahlkampf. Hoffnungsträger Schulz begeistert Bürger so, daß viele Bürger in die SPD eintreten. Zwischen beiden Stühlen sitzend – Forderungen nach Änderung von Harz IV und seinen Taten als EU-Parlamentspräsident – strebt Schulz das Amt eines Bundeskanzler an.

Wobei US-Präsident Trump Aussicht hat, seine Wahlversprechen zu verwirklichen, ist es mehr als fraglich, daß Martin Schulz in diese Lage kommen wird.

Feb 26 2017 - Horst Zaborowski @ 10:42

Volk ist nicht gleich Volk!

Andej Mierow bewertete in Facebook den veröffentlichten Ausspruch, den Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer Landesvertreterversammlung von sich gab:

„Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt“

mit „Falsch ... absolut unrichtig!!!!

Das Wahlvolk ... das wär euer Traum, aber der wird sich nicht erfüllen.

Unsere Antwort zu diesem Thema:

Merkel hat Recht – Das Volk ist Jeder der in diesem Land lebt.

Einen Moment bitte, wer ist Merkels „Volk“?

Sollen das die auf Merkels Geheiß ohne jegliche Kontrolle in unser Land hineingeströmten Menschen aus aller Herren Länder sein?

Sollten es die im Untergrund operierenden Anhänger einer Staatsreligion, dem Islam, sein?

Sollten es Menschen sein, die Ihr Leben einsetzen um möglichst viele Ungläubige zu töten?

Volk und Land sind eine Einheit.

Diese Einheit bezeichnet sich als

„Wir sind das Volk“! Unser deutsches Volk –

lange, bevor Merkel und Glaubensgenossen auf dieser Welt waren.

Lange, bevor es eine Deutsche Demokratische Republik oder eine Bundesrepublik Deutschland gab.

Der Sekundenbruchteil in dem Sie Frau Dr. Merkel und Ihre Glaubensgenossen in der Geschichte wirken können, wird nicht ausreichen, um unser deutsches Volk aus dem Leben der Völker zu eliminieren!

Mrz 02 2017 - Horst Zaborowski @ 03:17

Doppelte Staatsangehörigkeit

An dem Fall des in der Türkei inhaftierten Korrespondenten der „Welt“, Deniz Yücel tritt die Problematik der doppelten Staatsangehörigkeit offen zu Tage.

Grundgesetz Art. 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**schützt den „Deutschen“ Deniz Yücel.
Der „Türkische“ Deniz Yücel untersteht den in
der Türkei geltenden Gesetzen.**

**Die Bundesrepublik Deutschland fordert von
Herrn Deniz Yücel die Einhaltung der in der
BRD geltenden Gesetze.**

**Der Staat Türkei fordert von Herrn Deniz Yücel
die Einhaltung der in der Türkei bestehenden
Gesetze.**

Wer also in zwei Staatsangehörigkeiten seinen Ver-
pflichtungen nachkommen muß, hat nur die Mög-
lichkeit sich gesetzeskonform zu verhalten – in die-
sem Falle in der Bundesrepublik Deutschland und
in dem Staat Türkei.

**Es ist unverantwortlich, weil ein Bürger für sich
in Anspruch nimmt, zwei Staatsangehörigkei-
ten in Anspruch zu nehmen, daß Bundeskanz-
lerin Merkel sich anmaßt, in Entscheidungen
eines anderen Staates „hineinzuwirken“!
Ihren Amtseid hat Bundeskanzlerin Merkel –
zum Wohle des deutschen Volkes – zu wirken,
geleistet.**

**Wir Bürger der Bundesrepublik Deutschland er-
warten, daß Aktivitäten aus dem Staat Türkei
heraus auf dem Boden der Bundesrepublik
Deutschland unterbunden werden – ganz gleich
ob ein Bürger sich für eine oder zwei Staatsan-
gehörigkeiten entschieden hat.**

Mrz 02 2017 - Horst Zaborowski @ 03:50

Entwicklungsland Bundesrepublik Deutschland.

In vielen Staaten auf der Welt mit militärischen Ein-
heiten für „Recht und Ordnung“ zu sorgen beru-
higt bestimmte Strippenzieher.

**Wenn jedoch im Bundestag das Internet, von
wem auch immer, lahmgelegt wird, müssen wir
Bürger fragen, ob die für die Verteidigung der
Bundesrepublik Deutschland aufgewendeten fi-
nanziellen und personellen Mittel zum Wohle
des deutschen Volkes eingesetzt werden?**

Weniger Wahlkampf und mehr Abwehrkräfte ge-
gen Angriffe übers Internet. Sind evtl. einige Mi-
nister überfordert?

Mrz 05 2017 - Horst Zaborowski @ 04:20

Eingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik Deutschland.

Im anstehenden Bundestagswahlkampf wird hof-
fentlich die Souveränität der BRD ein Thema wer-
den.

**Wenn im Lande lebende Volksgruppen ausländ-
ischer Staaten, für sich in Anspruch nehmen,
in ihren Heimatländern anstehende Wahlkämp-
fe auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik
Deutschland auszutragen, wird die Souveräni-
tät der Bundesrepublik Deutschland untergra-
ben.**

Verstoß gegen

Grundgesetz Art. 8

*(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne An-
meldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waf-
fen zu versammeln.*

**In der BRD leben nicht nur Türken. Spanier,
Italiener und noch Angehöriger vieler anderer
Staaten (ca. 200) leben ebenfalls in der BRD.
Sollten politischen Entscheidungen aus allen
dieser Staaten auf dem Hoheitsgebiet der
Bundesrepublik Deutschland ausgetragen wer-
den?**

**Die Souveränität der Bundesrepublik Deutsch-
land wird ebenfalls durch die Möglichkeit einer
„Doppelten Staatsangehörigkeit“ einge-
schränkt!.**

**Wahlentscheidung in einem Staat kann nur von
einem Staatsbürger in seiner Person getroffen
werden. Jeder Staatsbürger hat nur eine Stim-
me.**

Nach

Grundgesetz Art. 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

sind Autochthone Deutsche benachteiligt, weil sie nicht in den anderen Staaten wählen dürfen.

Deutsche Politiker, wie Merkel und Gleichgesinnte, die durch eine Hintertür die Bundesrepublik Deutschland und seine autochthone Bürger in eine Art USA umwandeln wollen, verstoßen bewußt gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Mrz 06 2017 - Horst Zaborowski @ 05:20

Die „weichen“ Demokratien

Wer Demokratie mit Volksherrschaft gleichsetzt, träumt an Realitäten vorbei.

Ein Beispiel für diese These sind die Handlungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und seinem Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci

Mit Ihren Reaktionen auf Entscheidungen einiger deutscher Gemeindevertreter, türkische Politiker, „seiner“ Minister“, Wahlkampfreden zu inner-türkischen Problemen auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu untersagen.

Die altbekannte Nazi-Keule wurde aus der Mottenkiste hervorgeholt, von einem türkischen Politiker, der im Muster einer vergangenen Ideologie in seinem Lande handelt.

Mit dem Ausspruch von Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci ist in Köln – „*Wir lassen uns nicht vorschreiben, was wir zu tun und zu lassen haben*“ wird ein Anspruch erhoben der mit einem Besuch in einem fremden Land nicht in Einklang zu bringen ist.

Wo bleiben die Antworten von Bundeskanzlerin Merkel? Die Pflaumenweichen Ausführungen von Minister Maas in der Fernsehsendung von Anne Will sind eines Vertreters der Bundesrepublik Deutschland unwürdig.

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

Mrz 09 2017 - Horst Zaborowski @ 10:16

Gespaltene Gesellschaft

Eine in die Irre führende Bezeichnung, insbesondere wenn diese auf Deutschland bezogen wird. Auf die USA, mit ihrer gemischten Bevölkerung, kann diese im gegenwärtigen Zeitpunkt zutreffen.

Eine Gesellschaft ist von Natur aus nicht homogen, sondern besteht aus einzelnen Individuen.

Die Bundesrepublik Deutschland war bei ihrer Gründung Heimat von einem homogenen Volk, dem deutschen Volk. Dies traf auch für die Deutsche Demokratische Republik zu.

Mit der Vereinigung beider Staaten beschleunigte sich der von der Wirtschaft in Gang gesetzte Zersetzungsprozeß, der bereits bei Gründung der BRD 1948 sichtbar wurde.

Weil die Wirtschaft in der BRD ihre Interessen über das Gemeinwohl des deutschen Volkes stellte, sickerte der Spaltpilz ein. Dem sich einstellenden Bedarf an Arbeitskräften, wurde nicht mit entsprechender Entwicklung der Technik abgeholfen, sondern mit Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte.

Durch eine Unterminierung des Staates Bundesrepublik Deutschland, insbesondere durch eine von ausländischem Kapital beherrschte Wirtschaft, verlor die Politik mehr und mehr an Einfluß.

Die Zerstörung der Lebensgrundlage des deutschen Volkes wird beschleunigt. Einerseits durch die technische Entwicklung (Maschinen entwickeln und stellen selbständig Maschinen her). Infolgedessen nimmt die Anzahl an Arbeitsplätzen für Menschen mit geringer Qualifikation ab. Andererseits erfolgt eine Verdrängung der deutschen Autochthonen nicht nur in den Städten, wo Ausländer, wie in Bayern (lt. Ministerpräsident Seehofer) bereits einen Anteil von 40 Prozent erobert haben, sondern, ausgelöst durch Merkels Bauchgefühl – mit der Raute sichtbar für alle Mitmenschen dokumentiert – und vom Parlament der Bundesrepublik Deutschland nicht genehmigten Zustrom ausländischer „Mitbewerber“ um die übrig bleibenden Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten.

Mrz 09 2017 - Horst Zaborowski @ 10:45

Außenminister Gabriel

Mit Demut aus dem Flugzeug steigen und Anmaßungen über russische Nachrichtenagentur Interfax in die Welt posaunen.

So kann man mit eigenen Untertanen umgehen, jedoch nicht mit Vertretern einer Welt- und Atommacht.

Mrz 14 2017 - Horst Zaborowski @ 18:23

Geld auf Sparbüchern anlegen – eine Charakterfrage.

Wenn Nadine Oberhuber in *ZEIT ONLINE* ausführt: „Die Niedrigzinspolitik der EZB enteignet die deutschen Sparer! Stimmt, aber ganz unschuldig sind die Deutschen auch nicht: Sie legen ihr Geld einfach falsch an.“ **und dabei von „Wir Sparbuchdeutschen“ spricht, gibt Sie ein Werturteil ab, das ihr nicht zusteht!**

Es waren nach allen Katastrophen, Kriegen usw. die deutschen Sparer, die durch ihre, mitunter auch Mini-Ersparnisse, erst eine Vermögensgrundlage für den Staat schafften.

Große Beschlüsse fassen mit leeren Kassen, die dann mit bedrucktem Papier gefüllt wurden, wären durch die Rücklagen der deutschen Sparer Luftnummern geblieben.

Nun zu den gelobten „Anlageempfehlungen“, Aktienmarkt. Ein Oberbegriff für Spekulationen.

Und gerade Spekulationen zu vermeiden, ist ein Antrieb für viele Sparbuchbesitzer.

Es ist eine Charakterfrage, wie uns Deutschen auch Ehrlichkeit, Treue und Zuverlässigkeit zugeschrieben werden.

Leider sind einige deutsche Politiker in dieser Hinsicht keine Vorbilder mehr. Ansonsten würde es nicht möglich sein, daß Spekulanten die Spielregeln in der Geldpolitik bestimmen.

Draghi und die Europäische Zentralbank (EZB) sind ungeeignet, die Geldpolitik in Deutschland zu gestalten.

Mit einem Austritt aus dem Euro kann das Sparvermögen deutscher Sparer gesichert werden.

Mrz 17 2017 - Horst Zaborowski @ 16:53

Merkel in den USA

Kräfteverhältnisse in der BRD offenbart.

Das Kräfteverhältnis in der BRD zwischen Wirtschaft und Bundesregierung kann an der Besetzung der Delegation abgelesen werden, von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei Ihrem Besuch in den USA begleitet wird.

Die Wurzeln für dieses „Verhältnis“ reichen bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

1948 waren Exekutive, Legislative und Judikative mit der Vergangenheit belastet. Wo hingegen Verständigungsbereitschaft unter „Kapitalisten“ sehr schnell wuchs.

Diese Entwicklung setzte sich in den vergangenen 70 Jahren fort. **Als zusätzliche Belastung für einen souveränen Staat war die Unterordnung des in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Volkes unter die Interessen des jeweiligen Besatzungsstaates.**

Zu den aus Vorkriegszeit bekannten, aus dem Osten oder Westen, gesellten sich der „Tugendwächter“ **EU. Ein Konstrukt zur Überwachung der BRD.**

Alle genannten Faktoren hätten allein diese volkszerstörende Kraft nicht entfalten können, ohne eine innere Aufgabe der Widerstandskraft.

Im Medienzeitalter sollte es unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten gelingen, diese Widerstandskraft kräftig zu beleben.

Merkels Gang nach Canossa läßt beide Möglichkeiten offen – völlige Unterwerfung oder der Widerstand formiert sich.

Mrz 18 2017 - Horst Zaborowski @ 11:02

Verhandlung Merkel – Trump?

Wer die ersten Bilder von Merkel und Trump als Deutung des bestehenden Klimas zwischen diesen „Politikern“ im Netz wahrgenommen hat, darf zweifeln. Trump bemühte sich, seine flachen Handinnenflächen regungslos vor sich hin zu halten.

Merkel beugte sich, tief über den Tisch, der zwischen beiden Vertreter ihrer Staaten stand, zu Trump herüber.

Unsichtbar über Beiden schwebte eine Wolke aus Unsicherheit. Wer sich bei diesem Anblick vergegenwärtigt, daß US-Präsident Trump Zugriff zu dem berühmten Koffer, zu der Apokalypse (Weltuntergang) hat, **kann ein ungutes Gefühl nur schwer unterdrücken.**

Mrz 18 2017 - Horst Zaborowski @ 11:46

Lügenpresse – Ein Beispiel – Oder ?

Im *MORGENGAGAZIN* veröffentlichte Augustin Stenger:

Grünen-Chef Özdemir fordert Weltfunk – Öffentlich-rechtliches Fernsehen soll richtige Meinung weltweit verbreiten.

Zur gleichen Zeit veröffentlichte Felix Hausmann: Merkel erwägt Abschiebung Cem Özdemirs – Droht dem Grünen-Politiker in der Türkei die Todesstrafe?

Es mag dahingestellt sein, welcher Wahrheitsgehalt in diesen Meldungen steckt. Diese Masche, durch aufsehenerregende Meldungen den Bekanntheitsgrad zu erhöhen, ist ein uralter Trick.

**Nur – dann bitte keine Schelte Lügenpresse!
Ironie löst auch keine Probleme!**

Mrz 19 2017 - Horst Zaborowski @ 04:11

In der Realität angekommen

Gemäß *SUNDAY EXPRESS* führte US-Präsident Donald Trump anlässlich des Staatsbesuches von Bundeskanzlerin Angela Merkel aus:

„Immigration ist eine Begünstigung, aber kein Recht. Zudem steht die Sicherheit der eigenen Bürger an erster Stelle.“

In Verbindung mit *Grundgesetz: Artikel 120*
Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten.....

ist ein bewußt gespannter Schleier einer Souveränität der Bundesrepublik Deutschland zerrissen.

Eine Nation, die ihre Stärke nur aus der wirtschaftlichen Macht herleiten will, bleibt ein Befehlsempfänger der Weltmächte.

Ganz besonders beschämend ist es, wenn aus dem Munde des Präsidenten einer Weltmacht auf einen Verrat der deutschen Staatsführung am eigenen deutschen Volk hingewiesen wird.

Wo bleibt der Stolz eines Volkes mit mehrtausendjähriger Geschichte?

Mrz 22 2017 - Horst Zaborowski @ 17:18

Eid ohne Schwurhand

Selbst unter der verringerten Hoffnung, daß ein Schwur im Deutschen Bundestag, korrekterweise dem Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, dem gleichen Maßstab unterliegt, wie ein Schwur vor einem ordentlichen Gericht, ist es doch zumindest befremdlich, **daß der neue Bundespräsident bei seiner Vereidigung nicht die Schwurhand erhob.**

Als Außenminister ist ihm in vielen Ländern, bei offiziellen Anlässen, die volle Ehrerbietung entgegengebracht worden und somit auch dem dem Staat und Volk das er repräsentierte -

Dies dürfen wir Deutsche, immerhin lautet der Schwur noch

„dem deutschen Volke“

auch von „unserem“ neuen Bundespräsidenten - in der Hoffnung auch seines Volkes erwarten!

Mrz 22 2017 - Horst Zaborowski @ 18:08

Demokratie als Mantel über Volksverhetzung

Wie anders sollte sonst der Anspruch verstanden werden, die demokratische Ordnung in der BRD alleine zu repräsentieren. Den Bürgern, die mit der politischen Linie der „Etablierten“ nicht übereinstimmen, wurde vom neuen Bundespräsidenten empfohlen, bei ihrem Ruf „**Wir sind das Volk**“ entgegen zurufen – **wir auch.**

Das zustimmende Gelächter bei der Vereidigung des neuen Bundespräsidenten anwesenden

„Volksvertretern“ läßt nur den Schluß zu – der auf vielen Demos erschallte Ruf „Wir sind das Volk“ ist von der anwesenden Elite der Bundesrepublik Deutschland nicht verstanden worden.

Zum besseren Verstehen: Wir sind das Deutsche Volk – (Deutsche bewußt groß geschrieben, vielleicht fällt dann eher der Groschen).

Mrz 24 2017 - Horst Zaborowski @ 19:14

Zuckerbrot vor Wahlen.

Merkel gibt bei doppelter Staatsbürgerschaft nach?!

In jeder Wahlperiode der gleiche Ablauf. Vor den Wahlen – immer gemäß der jeweiligen Parteilinie – werden Vergünstigungen, Erleichterungen usw. versprochen.

Bei der Bildung einer Koalition, die in den meisten Fällen durch das Wahlergebnis erzwungen wird, können, logischerweise, die von den jeweiligen Koalitionspartnern „ihren“ Wählern versprochene Änderungen am Bestehenden nicht eins zu eins umgesetzt werden.

Der dann erzielte Kompromiß wird als in einer Demokratie notwendig dargestellt.

Bis hierhin ist dies noch folgerichtig. Jedoch – nach dem Prinzip Wahl ist Wahl – wird jede Korrekturmöglichkeit bis auf das Ende der Legislaturperiode verschoben. Dies kommt der Handlungsweise einer Diktatur sehr nahe!

In Deutschland hatten wir eine Staatskonstruktion, in der diese Korrekturmöglichkeit auf demokratischer Weise erfolgen konnte.

Der Reichspräsident wurde direkt vom Volk für eine Legislaturperiode überschreitende Amtszeit gewählt.

Der Reichspräsident konnte gewählte Regierungen auflösen und Neuwahlen ausschreiben.

Der Reichspräsident wiederum konnte vom Parlament mit einer entsprechenden Anzahl Befürworter seines Amtes enthoben werden.

Alles nachzulesen in der Weimarer Verfassung vom Deutschen Reich.

Nur für die Schreier ohne Geschichtskennntnisse: Gründung des (zweiten) Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 in Versailles. (62 Jahre)

Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933. (12 Jahre)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 23. Mai 1949 mit Zustimmung der Alliierten bis heute (68 Jahre).

Mrz 26 2017 - Horst Zaborowski @ 03:01

Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat!

Die Bundeszentrale für politische Bildung kollidiert mit *Grundgesetz Art. 5*

Art. 5. (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Bildung, soweit diese auf politische Ausdrücke Einfluß nimmt, ist eine Zensur. Insbesondere dann, wenn bestimmte Worte „stigmatisiert“ werden. Inwieweit politische Ausdrücke zu beanstanden sind, ist den ordentlichen Gerichten vorbehalten.

Mrz 29 2017 - Horst Zaborowski @ 15:03

Aus einer bescheidenen Demokratie heraus eine kleine Diktatur beschließen.

Eine Grundlage für Veränderungen in dieser Richtung ist eine „Große Koalition“. Wobei selbst in einer großen Koalition, bei Wahlbeteiligungen unter 70%, in den seltensten Fällen eine Mehrheit der wahlberechtigten Staatsbürger für eine Gesetzesvorlage erreicht wird.

Im Vergleich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der

Urfassung vom 23. Mai 1949

Artikel 16

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Ist der klare Auftrag gemäß GG Artikel 16 (2) deutsche Staatsangehöriger zu schützen erkennbar.

Im Jahre 1949 wäre und ist kein Angehöriger eines anderen Staates auf die Idee gekommen in der Bundesrepublik Deutschland Schutz zu suchen. Der Artikel 16 (2) bezog sich auf Deutsche Bürger in der DDR. Ebenso auf Deutsche die in den Ostgebieten vom Deutschen Reich, die unter Fremdverwaltung standen und von dort in die BRD geflohen sind.

Mit dem heutigen Stand:

Fassung vom 23.12.2014:

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechts-

anwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

werden alle Menschen aus der ganzen Welt vor politischer Verfolgung in ihren Ländern mit einem Paragraphen der Bundesrepublik Deutschland geschützt.

Diese Auffassung bis zum Ende gedacht bedeutet eine Verdrängung der autochthonen Deutschen aus dem Gebiet, daß unsere Vorfahren urbar machten.

Welche Krankheit ist in einem Volk ausgebrochen, in dem diese Zusammenhänge nicht erkannt werden.

PS: eingereichte Kommentare werden nur bearbeitet, wenn diese in deutscher Sprache verfaßt sind!

2 Responses to “Aus einer bescheidenen Demokratie heraus eine kleine Diktatur beschließen.”

ebsp says:

April 1st, 2017 20:41

Der Artikel 16a GG besteht eigentlich nur aus Gummiparagrafen. Allein die Festlegung durch die regierenden Gremien, was „sichere Drittstaaten“ sein sollen, räumt willkürlicher Auslegung breiten Spielraum ein. Mit der Regierung der BRD befreundete oder verbündete Staaten (NATO) sollen wohl darunter fallen, ansonsten wird wohl nach Gutdünken entschieden oder auch gar nicht, woraus das Bleiberecht durch jahrelangen Aufenthalt entsteht. Ansonsten toben sich zahlreiche Lobby-Organisationen auf dem Rechtsweg aus, die ihre sichere Einkommensquelle auf diesem Feld gefunden haben. Mit dem Schutz politisch Verfolgter hat das alles herzlich wenig zu tun.

obaz says:

April 2nd, 2017 01:17

Der Kern bzgl. Auslegung Asylrecht besteht darin, daß

BGD Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht

ausschließlich zu deutschen Staatsangehörigen eine Aussage formuliert hat.

Nicht eine einziges Wort deutet darauf hin, daß dieser Artikel Bezug auf ausländische Staatsbürger nimmt.

Ferner ist von entscheidender Bedeutung, daß Artikel 16 sich innerhalb I. Grundrechte befindet die ihrem Inhalt, bzw. ihrer Grundaussage nicht verändert werden dürfen.

Bei dieser Gelegenheit ist es notwendig, alle vorgenommenen Änderungen innerhalb der GG Arti-

kel 1 bis 19 in den vergangenen 70 Jahren vorgenommenen Änderungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen.

Apr 07 2017 - Horst Zaborowski @ 00:02

Bundesjustizminister Maas und das Recht auf freie Meinungsfreiheit. Schluß mit dem Versteckspiel!

Grundgesetz Art. 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Einschränkungen dieser Freiheit ist ein Gesetzesbruch. Insbesondere weil GG Art. 5 eines der Grundrechte ist.

Die Formulierung (1) Jeder hat das Recht, setzt voraus, daß ein jeder sich zu seinem Wort und seiner Schrift bekennt.

Wenn der Gesetzgeber eine Notwendigkeit sieht einzugreifen, dann sollten seine Bemühungen darauf beschränkt werden, daß ein jeder sich zu seiner Meinung mit seinem Namen bekennen muß!

Insbesondere in den Netzen würden dann ganz schnell normale Nutzer vor den Feiglingen geschützt, die sich hinter Anonymität, (gleich einem Heckenschützen) verbergen wollen.

ebsp says: April 8th, 2017 17:45

Das ist die eine Seite der Medaille: Feigheit aus Angst vor Schelte wegen falscher Anschuldigungen oder Verleumdung.

Die anderen Seite gibt es aber leider auch: Feigheit aus Furcht, von Freunden kritisiert zu werden oder berufliche Nachteile zu erleiden. Zum Glück ist es in Europa noch nicht (schon wieder) so weit, daß man Angst haben muß, wegen einer geäußerten Meinung politisch verfolgt zu werden.

obaz says: April 9th, 2017 00:27

Wie es in Europa insgesamt mit der Freiheit, seine Meinung zu äußern, bestellt ist, wage ich nicht zu beurteilen. **In der Bundesrepublik Deutschland jedoch ist der „vorausseilende Gehorsam“, noch aus Kaiser Zeiten, weit verbreitet. Mut zur Wahrheit war und ist immer noch eine Charakterfrage**

Apr 07 2017 - Horst Zaborowski @ 00:35

Volk – Staat – Regierung

Die Souveränität eines Staates entsteht durch die Bereitschaft seiner Staatsbürger, den für die Bürger handelnden Politikern einen Gestaltungsfreiraum einzuräumen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde und wird dieser Gestaltungsfreiraum mißbraucht. Politische wie wirtschaftliche Eliten handeln zu Gunsten Ihrer persönlichen, wie Ihrer wirtschaftlichen Interessen über die Köpfe der Staatsbürger hinweg.

Zum Beispiel:

Immigration wird zur Eroberung der Heimat autochthoner deutscher Bevölkerung durch Bürger ausländischer Staaten mißbraucht!

Trojanische Pferde dabei sind etablierte deutsche staatstragende Parteien, die eine staatsverratende Politik betreiben.

Korrektur bei den kommenden Bundestagswahlen durch autochthone Deutsche entscheidet über Fortbestand oder Untergang des deutschen Volkes.

Apr 07 2017 - Horst Zaborowski @ 16:47

Grundgesetz oder Verfassung!

Wer diese Frage in den öffentlichen Raum stellt, wird mit mehreren Auslegungen konfrontiert.

Wir nehmen das Grundgesetz selbst zur Stellungnahme:

*Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Urfassung vom 23. Mai 1949.*

Artikel 146

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Bonn am Rhein, am 23. Mai 1949.

*Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Stand: 21. Juli 2010*

Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Hieraus wird erkennbar, daß an sehr vielen Artikeln des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und nicht nur im Artikel 146, in dieses Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland dem Zeitgeist gemäße Änderungen eingestellt worden sind.

Über die Rechtmäßigkeit dieser vielen Änderungen läßt sich trefflich streiten. Insbesondere unter Einbeziehung der bei den jeweiligen Abstimmungen herrschenden Mehrheitsverhältnisse. **Wahlberechtigte und nicht an der Wahl teilnehmende Staatsbürger wurden nicht sachgemäß, sondern willkürlich in Bezug gesetzt.**

Trotzdem bleibt die Feststellung: In der Urfassung vom Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 und der derzeit gültigen Fassung vom 21. Juli 2010 steht jeweils **das Wort und der Begriff Grundgesetz, wie auch Verfassung.**

Wenn diese beiden Worte und Begriffe **den gleichen Tatsachenbestand manifestieren würden**, wäre es überflüssig und sinnverwirrend, beide Begriffe statt eines dieser Begriffe in die Gesetzestexte aufzunehmen.

Diese Manipulation der beiden Begriffe im öffentlichen Raum beschädigt bewußt die grund-

sätzliche Darstellung unseres Zusammenlebens im deutschen Volk.

Und nur für dieses deutsche Volk und für keine andere Bevölkerung ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik beschlossen worden!

Wer daran rüttelt – beteiligt sich an einem Staatsstreich von oben ohne Rückhalt im deutschen Volk.

2 Responses to “Grundgesetz oder Verfassung!”
ebps says: April 8th, 2017 17:48

Das Grundgesetz hat seit seiner Verabschiedung so viele Änderungen erlitten und wurde leider auch mit sovielen vom jeweiligen Zeitgeist diktierten Änderungen überfrachtet, daß man es schon nicht mehr als Verfassung ansehen kann. Eine Verfassung hat klar, aber allgemein und umfassend zu sein. Jede Ausnahme von einer Ausnahme gehört nicht in eine Verfassung, sondern in ein Änderungsgesetz zu einem Gesetz, welches sich innerhalb des Auslegungsrahmens der Verfassung zu bewegen hat.

obaz says: April 9th, 2017 00:16

Ein guter Gedanke, der einer Würde, die eine Verfassung ausstrahlt, mehr Beachtung entgegenbringt.

Gesetze können geändert werden, weil sich die Lebensumstände ändern. Bei einer vom Volke in einer freien Wahl angenommenen Verfassung haben sich die Lebensumstände ein- und anzupassen.

Apr 08 2017 - Horst Zaborowski @ 10:54

Demokratie = Volksherrschaft

Eine grundsätzliche Frage wurde bisher noch nicht gestellt. Wie groß muß bei einer Abstimmung der Anteil Stimmberechtigter sein, um dem Begriff Volksherrschaft zu genügen?

Darf überhaupt von Volksherrschaft ausgegangen werden, wenn einzelne Teilnehmer an der Abstimmung keine Volksangehörigen sind?

Nachdem der Einfluß ausländischer Bürger in die

Parteien der BRD und auch in die Parlamente ein beträchtliches Ausmaß angenommen hat, muß der Begriff Demokratie abgeklärt werden.

Hat sich da, unter dem Mantel der Demokratie eine Diktatur breitgemacht?

War Merkels Gesetzesbruch bei der Einreise von Flüchtenden bereits eine diktatorische Handlung?

Immerhin eine nicht unwesentliche Frage bei einer Bundeskanzler-Kandidatin.

2 Responses to “Demokratie = Volksherrschaft”
obaz says: April 9th, 2017 18:31

Volksherrschaft und Demokratie sind nicht immer Deckungsgleich. Bestes Beispiel ist die Bundesrepublik Deutschland.

1. Die Bundesrepublik Deutschland wurde offiziell am 23. Mai 1949 gegründet. Als Bevollmächtigte „Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder“ vom Parlamentarischen Rat angenommen.

Artikel 146

*Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine **Verfassung** in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Bonn am Rhein, am 23. Mai 1949.

Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

21. Juli 2010

Die Gegensätze in GG Artikel 146 bestehen innerhalb des Grundgesetzes. Eine Verfassung soll erst beschlossen werden.

Die UN-Feindstaatenklausel: Artikel 53 und 107 beziehen sich auf das Deutsche Reich. In die UNO aufgenommen wurden die BRD und die DDR. Beim Zusammenschluß von BRD und DDR wurden die UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und 107 nicht aufgehoben.

Gemäß Urteil vom Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Die BRD ist identisch mit dem Deutschen Reich. Das Volk dieses nicht untergegangenen und rechtsfähigen Deutschen Reiches wurde nicht gefragt.

Soviel zu Volksherrschaft und Demokratie!

esbp says: April 11th, 2017 16:22

Gute Frage! Eigentlich ist es der Begriff der REPUBLIK und nicht der der Demokratie, der dem Ideal der Volksherrschaft am nächsten kommt. Die Republik bedingt, daß die Herrschaft und das Regierungshandeln eine öffentliche Angelegenheit zu sein haben. Das ist ziemlich abstrakt, stellt aber den Volkswillen (wie immer er auch gefunden werden möge) über alles und das zu jeder Zeit.

DEMOKRATIE hat einen anderen Schwerpunkt: es ist ein Formalismus, um dem Volk Einflußnahme auf die Politik zu ermöglichen und zu zählbaren Ergebnissen zu kommen. Dieser Formalismus kann höchst unterschiedlich ausgestaltet werden. Ein Extrem ist, daß jede politische Entscheidung direkt vom Stimmbürger getroffen und verantwortet werden muß; eine Idealform, die an vielerlei Durchführungsschwierigkeiten scheitern wird. Zwischen diesem und dem anderen Extrem gibt es eine Vielzahl von Übergangsformen (z.B. das bekannte und vielgerühmte Schweizer Modell, oder wesentlich stärker eingeschränkt und im Vorfeld auf eine geringe Wahlmöglichkeit verengt - die sog. Zweiparteiensysteme).

Das andere Extrem wäre eine einmalige Möglichkeit auf lange Zeit, einige Repräsentanten (sog. Volksvertreter) aus einer vorher getroffenen Vorauswahl auszuwählen, denen auf eine vorbestimmte Dauer jegliche Entscheidungsgewalt abgetreten wird und die in dieser Zeit schalten und walten dürfen, wie immer sie wollen und können.

Apr 11 2017 - Horst Zaborowski @ 11:06

Plasberg erfüllt seine Aufgabe als Journalist

Eine Sternstunde im öffentlich rechtlichen ersten Fernsehprogramm.

Dem Moderator Frank Plasberg gelang es in der Sendung „hart aber fair“ am 10.04.2017 die Teilnehmer an dieser Diskussionsrunde:

Jürgen Hardt, CDU

Koordinator für die Transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt; Außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion,

Julian Reichelt

Seit Anfang Februar 2017 ist Julian Reichelt Vorsitzender der „Bild“-Chefredaktionen,

Kristin Helberg

Journalistin und Nahostexpertin; Buchautorin „Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land“,

Fritz Pleitgen

Journalist, ehem. WDR-Intendant (1995 - 2007); ehem. ARD-Korrespondent in Moskau und Washington,

Ulrich Scholz

Oberstleutnant a.D. ; ehem. NATO-Planungsstabsoffizier,

zu bewegen, sich zu Ihren Aussagen in dieser Sendung auch klar zu bekennen.

Das Thema der Sendung wurde dominiert durch die in Syrien mit Giftgas getöteten Kinder.

Langjährige Zuschauer werden sich an den kleinen Jungen erinnern, der vor Jahren auf der Flucht am rettenden Ufer gestorben war. –

Wie damals – so auch in dieser Sendung – war es „dieses“ Bild, das einvernehmlich Betroffenheit auslöste.

Bei der Frage nach den Reaktionen trennten sich die Meinungen. Einvernehmlich wurde nicht erwähnt (bis auf einen Einwurf von Oberstleutnant a.D Ulrich Scholz), daß zur gleichen Zeit auf der Welt viele Kinder den „Machtspielen“ der „Großen“ vom Leben zum Tod hin „geopfert“ werden. Die Journalistin Kristin Helberg war bei diesem Thema persönlich betroffen, weil Sie mit einem Syrer verheiratet ist.

Der Journalist Fritz Pleitgen brachte mit seiner ruhigen, bedächtigen, aus langjähriger Tätigkeit im Ausland geformten Art einen sachlichen Ton in die Debatte.

Vom Journalisten Julian Reichelt war aus seiner Situation als Vorsitzender der „Bild“-Chefredaktionen und für die Veröffentlichung des Bildes mit den toten Kindern in Syrien Verantwortlichen, kein sachlicher Beitrag zu erwarten.

Diskussionsteilnehmer Jürgen Hardt, CDU, mußte durch Diskussionsleiter Pleitgen mehrmals aufgefordert werden, sich zu seinem Standpunkt zu bekennen.

Der Diskussionsbeitrag von Oberstleutnant a.D. Scholz war eine sachliche und klare Stellungnahme, wie wir diese von einem deutschen Offizier erwarten - und dankbar sein können, daß es auch diesen Teil im deutschen Volk noch gibt.

Die Verlierer in dieser Diskussionsrunde waren:

Journalist **Julian Reichelt**, der in seinen fanatischen Äußerungen eher als Demagoge denn als Journalist wahrgenommen wurde.

Jürgen Hardt, CDU stimmte in Julia Reichelts Grundauffassung ein und **verstieg sich zu der Äußerung, daß es Augenblicke gibt, wo die Regierenden sich über den ausgesprochen Willen des Volkes hinwegsetzen müssen.**

Diese Aussagen waren unter Kenntnisnahme der Befragung durch die Redaktion von hart aber fair:

US-Präsident Trump Bombeneinsatz in Syrien:

19% Ja – 56 % Nein

Deutsche Beteiligung am Krieg in Syrien:

18% Ja – 75% Nein.

Der Journalist Julian Reichelt sollte bei seinen Vergleichen mit der deutschen Vergangenheit etwas bedächtiger umgehen. Zu den damaligen Zeiten gab es auch einen Demagogen, dessen Art und Weise sich zu äußern, verdächtig nahe seinem Auftreten kommt.

Diese Diskussionen können zu Erkenntnissen bei den Zuschauern führen. Leider ist aus den Informationsquellen/Zeitschriften nicht immer ersichtlich, welche „Geistesgrößen“ gerade in dieser Sendung und gerade zu diesem Thema ihr Wissen weitergeben werden.

Horst Zaborowski

Unser Bund für Gesamtdeutschland (BGD) fordert die Einhaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.

I. Die Grundrechte

A r t i k e l 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Wir fordern Streichung von § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), weil er mit den Grundrechten der Bundesrepublik Deutschland aus Artikel 3 (3) nicht vereinbar ist.

A r t i k e l 146

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Wir fordern eine Volksabstimmung mit Wahlpflicht damit die vor 70 Jahren im GG Artikel 146 versprochene Verfassung, *die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist*, **in Kraft treten kann.**

A r t i k e l 54

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

Wir fordern Wahl des Bundespräsidenten in direkter Wahl durch die wahlberechtigten Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland.

Begründung: In einer Demokratie muß allen Bürgern eine direkte Mitgestaltung im Staate ermöglicht werden. Mit dem GG Artikel 54 (3) ist dies nicht gegeben.

Grundsatz-Programm der Partei: Aus dem Lande stammende Deutsche - Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft

1. Erhalt der Identität als Deutsches Volk.

Deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen sind Träger der Hoheit. Kraft ihrer Hoheit beauftragen wahlberechtigte deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen für auf Zeit von ihnen gewählte Abgeordnete.

Artikel 38 (1)

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Diese Blankovollmacht auf Zeit schränkt die Hoheit deutscher Staatsbürger und Staatsbürgerinnen auf Bundesebene unangemessen ein. Die im Grundgesetz der BRD vorgesehenen Befugnisse der Länder reichen alleine nicht aus, um Entscheidungen, die dem deutschen Volk Schaden zufügen, abzuwenden (wie leider allzu oft seit Bestehen der BRD geschehen ist).

Das Amt des Bundespräsidenten

GG Art. 54 (1) *Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat,* ist bisher nicht mit Befugnissen ausgestattet, um wirksam Schaden vom deutschen Volk abhalten können. Insbesondere sind die Vorschriften zur Wahl des Bundespräsidenten nicht geeignet die den deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen eigene Hoheit direkt einwirken zu lassen. Er ist eine moralische Instanz und dazu noch ohne direkte Legitimation durch den Träger der Hoheit, das deutsche Volk, somit kein Garant für Beachtung der Willensbekundung des Hoheitsträgers.

Im BRD Grundgesetz wurden bei seiner Einführung bereits Passagen aus der Verfassung des Deutschen Reiches („Weimarer Reichsverfassung“ 11. August 1919 eingefügt.

Die Partei: „**Aus dem Lande stammende Deutsche**“

fordert: Eine Volksabstimmung mit Wahlpflicht betreffend Aufnahme des Artikels 41 bis Art. 51 aus der Verfassung des Deutschen Reiches in das Grundgesetz der BRD.

Artikel 41

1). Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt usw. in einer vom Deutschen Volk zu beschließende Verfassung.

Dadurch wird der Drei-Säulen-Aufbau der Bundesrepublik Deutschland bestehend aus Judikative, Legislative und Exekutive vervollständigt durch den direkten Zugriff der Hoheit deutscher Staatsbürger und Staatsbürgerinnen auf die Lenkung des Staates.

2). Erhalt der Hoheit des Deutschen Volkes.

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist das Deutsche Volk in einen, von den Siegern des Zweiten Weltkrieges vorgegebenen Staat vereinnahmt worden. Der mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, bzw. der Deutschen Demokratischen Republik vorgegebenen Rahmen war für einen Übergangsstaat in einen europäischen Rahmen konzipiert. Das gleichzeitig mit Gründung der BRD in Kraft gesetzte Grundgesetz war für eine Übergangszeit bestimmt. – siehe GG Artikel 146.

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Seit dem 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz bis zum 29. Juli 2009 ca. 60mal geändert. Obwohl **formal eine Mehrheit** in Bundestag und Bundesrat bei diesen Abstimmungen mit Gesetzeskraft erreicht wurde, **war zu keinem Zeitpunkt der Wille des Souveräns, das Deutsche Volk, in seiner Gesamtheit zur Abstimmung aufgerufen worden,**

Seit Gründung der BRD wurden von den Regierenden nicht nur das Grundgesetz nach Bedarf verändert, sondern auch Verträge gebrochen. Höhepunkt des Staatsversagens ist die „aus dem Bauch heraus“ durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel getroffen Entscheidung, **entgegen den bestehenden Gesetzen, Flüchtlingsströme unkontrolliert in die Bundesrepublik Deutschland einreisen zu lassen.**

Die Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ fordert Wahl einer Verfassung, wie diese im Grundgesetz Art. 146 in Abstimmung mit den Alliierten versprochen worden ist.

Zeit für Entscheidungen !

Wir Bürger - soweit wir Deutsche sind - sind kein Volk von „Rebellen“. Jedenfalls, wenn es um die Existenz des Staates im allgemeinen geht.

Leidenschaft findet allenfalls auf den Fußballplätzen statt oder wenn unser „liebste Kind“, das Auto, einen Kratzer abbekommen hat. Allenfalls kann uns noch die zu laute Musik unseres Wohnungsnachbarn zu heftigen Reaktionen bewegen.

Bei den neuen „Mitbürgern“, die aus vielen Staaten mit anderen Wertvorstellungen, Gepflogenheiten zu uns kommen, bestehen andere „Traditionen!“

Ein Volk, auch wenn es viele nicht mehr wahrhaben wollen, ist wie eine Familie. In einer intakten Familie ist eine(r), ob Mutter oder Vater, dessen Wort etwas gilt.

Wenn Kinder auf dem Weg ins erwachsen werden ihre Grenzen testen, ist dies ein natürlicher Vorgang. Eine intakte Familie übersteht diese Bewährungsprobe.

So war es jedenfalls seit alters her in deutschen Familien.

Bedenken sollte es bei uns Deutschen auslösen:

Dieser, im vorherigen Absatz geschilderte Umgang in den Familien ist in vielen ausländischen Familien heute noch gelebtes Leben.

Leider schwindet die Zahl deutscher Familien, in denen diese urdeutschen Lebensformen gepflegt werden.

Verantwortlich dafür ist die, von langer Hand geplante, Veränderung deutscher Lebensformen. Erschütterungen des Familiengefüges wurden hervorgerufen und beschleunigt einerseits durch Kriege.

In den letzten beiden Weltkriegen mußten die Familienlasten zum großen Teil Frauen tragen. Dies war - und ist auch in der heutigen Zeit - eine bewundernswerte Leistung. In Ausnahmesituationen, wie ein Krieg dies einmal ist, kann dies, nein es mußte, hingenommen werden.

Leider, auch beschleunigt durch die industrielle Entwicklung, wurden diese Ausnahmesituationen vom Kapitalismus (der Sozialismus der UdSSR war da nicht anders) rücksichtslos ausgenutzt.

Die heutige Situation erzwingt erneut - und dies in „Friedenszeiten“ - eine Mitarbeit der Frauen, um

das Familieneinkommen auf das notwendige Einkommen anzuheben.

Besonders hart von dieser Situation sind Alleinerziehende, ob Frau oder Mann, betroffen.

Diese Vorherrschaft des Kapitalismus muß gebrochen werden.

Seit Ende des zweiten Weltkrieges:

Die Staaten BRD und DDR wurden auf der politischen Seite von überwiegend katzbuckelnden Zeitgenossen „gegründet“. Der internationale Kapitalismus dirigierte (im Grunde genommen bis auf den heutigen Tag) aus dem Hintergrund im Sinne von „Anlegern“ (im wahrsten Sinne des Wortes) Ausbeutern aus der ganzen Welt.

Für die Erhöhung der Aktienkurse wird die arbeitende Bevölkerung um den gerechten Lohn, den gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Brutto-Sozialprodukt, betrogen.

Die große Lüge von der sozialen Sicherheit.

Obwohl den „Staatenlenkern“ der BRD bekannt, aus den Ihnen zur Verfügung stehenden Informationen ersichtlichen Fakten nachvollziehbar, wird aus Habgier und Feigheit der Kopf in den Sand gesteckt.

Von Frau Dr. Merkel veranlaßter unkontrollierter Einlaß von Menschen vieler Völker, Nationen und Religionen überschwemmt unsere deutsche Heimat mit Menschen, die bereits den heutigen Anforderungen der Wirtschaft nicht genügen können. **Weiterhin steht die industrielle Revolution 4.0 vor der Tür.**

Das bedeutet, es werden Millionen Arbeitsplätze ersatzlos wegfallen.

Das Sozialgefüge der Bundesrepublik Deutschland und die bestehende Schuldenlast von (im dem Augenblick, an dem ich diese Zeilen schreibe) Euro **2.297.569.300.624 erhöht sich um 1.556 Euro pro Sekunde.**

Unter dieser Faktenlage den Politikern der Stunde Ihren Handlungsspielraum zu überlassen, ist Selbstmord des deutschen Volkes.

Bitte, unsere deutsche Zwietracht überwinden, es wird ernst! Jeder einzelne Bürger der in gesellschaftlichen Gruppen eingebunden ist, muß seinen Beitrag leisten - gemeinsam sind wir stark genug, das Unheil abzuwenden.

Horst Zaborowski